



TNS Infratest
Politikforschung

Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland 2014

Eine Vergleichsstudie von TNS Infratest Politikforschung
im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung

Ihre Ansprechpartner:

Rita Müller-Hilmer

030 / 533 22 202

Oliver Sartorius

030 / 533 22 204

Rainer Stocker

030 / 533 22 208

Berlin, September 2014
67.22.138229

Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland 2014

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland ab 18 Jahren
Stichprobenanlage:	Repräsentative Zufallsauswahl aus onomastischer Stichprobe
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
Erhebungszeitraum:	2. Juni bis 2. August 2014
Fallzahl:	2.001 Befragte
Fehlertoleranz:	1,0* bis 2,2** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent
Institut:	TNS Infratest Politikforschung
Ihre Ansprechpartner:	Rita Müller-Hilmer +49 (0)30 533 22 202 rita.mueller-hilmer@tns-infratest.com Oliver Sartorius +49 (0)30 533 22 204 oliver.sartorius@tns-infratest.com Rainer Stocker +49 (0)30 533 22 208 rainer.stocker@tns-infratest.com

Inhalt

1	Überblick zu den Ergebnissen der Studie	4
2	Vorbemerkungen.....	7
3	Strukturelle Zusammensetzung der Zielgruppe.....	9
3.1	Herkunft und Nationalität	9
3.2	Soziodemographie	11
4	Formale Integrationsvoraussetzungen.....	16
4.1	Aufenthaltsdauer	16
4.2	Sprachbeherrschung.....	18
4.3	Bildung und Beruf	21
5	Verhältnis zu den Deutschen	26
5.1	Kontakte	26
5.2	Erfahrungen mit Deutschen	28
5.3	Einstellungen gegenüber den Deutschen	32
6	Verhältnis zu Deutschland.....	35
6.1	Lebenszufriedenheit	35
6.2	Deutschland als Heimat	38
7	Integration und Integrationsbereitschaft	45
7.1	Einstellungen zu Staat und Demokratie	45
7.2	Gesellschaftspolitische Einstellungen	51
7.3	Integrationsbereitschaft.....	54
8	Politisches Interesse und politische Orientierung	60
8.1	Politisches Interesse	60
8.2	Politische Orientierung	61
9	Integrationspolitische Initiativen der Bundesregierung	63
9.1	Bekanntheit und Bewertung der Integrationsgipfel.....	63
9.2	Wegfall der Optionspflicht	64
9.3	Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse	65
9.4	Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung	66

1 Überblick zu den Ergebnissen der Studie

Die Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund hat in Deutschland seit 2008 spürbar zugenommen. Entsprechend ist deren Anteil an der Gesamtbevölkerung auf 20 Prozent gestiegen.

Herkunft und Zusammensetzung

- Türkischstämmige stellen zwar noch immer die größte **Migrantengruppe** in Deutschland, allerdings nur noch knapp vor Menschen mit russischem Migrationshintergrund. Auch die Zahl der Menschen, die aus Polen stammen, hat in den letzten Jahren zugenommen. Nach wie vor besitzt etwa jede zweite Person mit Migrationshintergrund die **deutsche Staatsbürgerschaft**.
- Das **Durchschnittsalter** der befragten Migranten liegt deutlich unter dem der deutschen Gesamtbevölkerung. Etwas mehr als die Hälfte ist jünger als 45 Jahre. Sieben von Zehn leben in **Großstädten oder Ballungsräumen** mit mehr als 100.000 Einwohnern.
- Das **Bildungsniveau** in der Stichprobe ist im Vergleich zur Vorgängerbefragung leicht angestiegen. In der Zielgruppe liegt der Anteil **Erwerbstätiger** (auch aufgrund der jüngeren Altersstruktur) etwas höher als in der deutschen Gesamtbevölkerung. Unter den erwerbstätigen Migranten wiederum ist jeder Zweite Angestellter und nur noch jeder Dritte Arbeiter. Damit ist auch bei Migranten der Anteil der Arbeiter rückläufig.
- Rund sechs von zehn Befragten sind **verheiratet**. Das jüngere Durchschnittsalter führt dazu, dass in Migrantenhaushalten sehr viel häufiger **Kinder** leben als in Deutschland insgesamt.
- Die Bedeutung der zweiten und dritten Migrantengeneration nimmt zu: So ist mittlerweile fast ein Viertel der Zielpersonen selbst **in Deutschland geboren**. Auch der Anteil derer, die schon länger als 20 Jahre hier leben, hat in den letzten sechs Jahren zugenommen.
- Jeder zweite Migrant ist Christ, drei von Zehn gehören einer islamischen **Glaubensrichtung** an. Etwa jeder Sechste ist konfessionslos. Damit ist der Anteil der Muslime im Vergleich zu 2008 etwas zurückgegangen, die Zahl der Menschen ohne Glaubensbekenntnis dagegen leicht gestiegen. Die Hälfte der hier lebenden Migranten bezeichnet sich als **religiös**.

Alles in allem dominiert bei den Befragten 2014 ein **positiverer Blick auf Deutschland** und die Situation von Zuwanderern als noch vor sechs Jahren:

- Migranten sind heute häufiger der Meinung, dass ihnen Deutsche mit **Respekt und Toleranz** begegnen als noch vor sechs Jahren (73% im Vergleich zu 68%).
- Im Vergleich zu 2008 sind die hier lebenden Migranten deutlich **zufriedener mit ihrer gegenwärtigen Situation**. Auch der Anteil derer, die sehr gerne in Deutschland leben, ist angestiegen und Sorgen wegen Arbeitslosigkeit und Zukunftschancen haben – sicher auch aufgrund des positiven wirtschaftlichen Umfelds – insgesamt an Dringlichkeit verloren.
- Jeweils eine Mehrheit der Migranten fühlt sich sowohl **Deutschland** (79%) als auch ihrem Herkunftsland (60%) stark **verbunden** – ohne, dass sie darin einen Widerspruch sehen. Mittlerweile fühlen sich drei Viertel der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland als

gleichberechtigte Bürger akzeptiert und damit spürbar mehr als noch vor sechs Jahren. Auch die **Beliebtheit der deutschen Staatsbürgerschaft** ist im Vergleich zu 2008 leicht angestiegen. Gut vier von Zehn ohne deutschen Pass wollen sich einbürgern lassen.

- Die Funktionsweise der **öffentlichen Verwaltung** in Deutschland wird nochmal etwas positiver bewertet als 2008. Auch was die persönlichen Erfahrungen mit Einrichtungen und Behörden anbelangt, zeigen sich die Migranten überwiegend zufrieden. Alle abgefragten Organisationen werden ganz überwiegend positiv bewertet, insbesondere Bürgerämter und Schulen.
- Die Zahl der Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen ist in den letzten Jahren tendenziell angestiegen – insbesondere was die Mitgliedschaft in Sport- und Freizeitvereinen sowie Gruppen, die die Traditionen des Herkunftslandes pflegen, anbelangt.
- **Diskriminierungserfahrungen** aufgrund von Herkunft oder Religion sind vor allem bei der Suche nach einer Wohnung oder einem Arbeitsplatz nicht unüblich. Im Vergleich zu 2008 teilen aber mehr Migranten die Ansicht, dass Deutschland ausreichend **Schutz vor Benachteiligung** bietet.

Viele weitere **Indikatoren**, die eine wichtige Rolle im Integrationsprozess spielen, wie Sprachkenntnisse oder der persönliche Kontakt zu Deutschen, sind gegenüber der Erhebung von 2008 **auf unverändertem (hohem) Niveau**:

- So ist die Bedeutung guter **Deutschkenntnisse** für gelingende Integration unter den Migranten weiterhin unbestritten. Nahezu alle Befragten halten diese für sich persönlich für wichtig. Auch bei der Selbsteinschätzung der **eigenen Sprachkenntnisse** hat sich im Vergleich zur Vorgängerstudie kaum etwas geändert. Mehr als zwei Drittel der Befragten sind der Ansicht, dass sie sehr oder eher gut Deutsch sprechen.
- Wie 2008 finden mehr als acht von zehn Migranten **die Deutschen sympathisch**.
- Der **Kontakt zu autochthonen Deutschen** liegt auf ähnlich hohem Niveau wie 2008: Drei Viertel haben viele Deutsche im Freundeskreis. Fast neun von Zehn hätten kein Problem damit, wenn das eigene Kind eine(n) Deutsche(n) heiraten würde. Die Heirat mit einem andersgläubigen Partner wird allerdings wesentlich kritischer gesehen.
- Fast alle Befragten vertreten die Meinung, dass sich Migranten an die **Regeln und Werte der Mehrheitsgesellschaft anpassen** müssen. Drei Viertel sind der Auffassung, dass die Zuwanderer dies auch versuchen. Für mehr Zuwanderung nach Deutschland plädiert allerdings nur jede(r) Zweite.
- Gut drei Viertel sind mit der **Demokratie in Deutschland** zufrieden. Grundsätzlich gibt es auch viel Zustimmung für demokratische Grundprinzipien. So geht für drei von Vier vom Streik- und Demonstrationsrecht keine Gefahr für die Demokratie aus und knapp sieben von Zehn sehen auch Religionskritik vom Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt. Bei Letzterem ist die Zustimmung seit 2008 aber gesunken. Gleichzeitig ist man etwas häufiger als vor sechs Jahren der Meinung, dass Religion keinen Einfluss auf die Politik eines Landes haben sollte.
- Auch die **gesellschaftspolitischen Einstellungen** der Migranten haben sich kaum verändert. Eine deutliche Mehrheit spricht sich für die Gleichberechtigung von Mann und Frau aus und knapp

zwei Drittel zeigt Toleranz gegenüber Homosexuellen. Bezüglich der Rolle von Härte und Strenge in Erziehungsfragen ist das Meinungsbild wie 2008 gespalten.

In einzelnen Bereichen lassen sich jedoch auch **negative Tendenzen** feststellen:

- Vor allem **türkischstämmige Migranten** (und damit auch Muslime) weisen – wie schon 2008 - vergleichsweise große Integrationsprobleme auf: Sie haben überdurchschnittlich häufig keine **deutschen Bekannten** und fühlen sich nach wie vor am seltensten seitens der Deutschen wertgeschätzt. Sie finden Deutsche gemeinhin weniger sympathisch und stehen einer deutschen Schwiegertochter bzw. einem deutschen Schwiegersohn relativ kritisch gegenüber. In beiden Fällen ist die Skepsis seit 2008 größer geworden.
- Sie berichten häufiger von **Diskriminierung** als andere, entsprechend ist bei ihnen die Angst vor Fremdenhass am stärksten ausgeprägt. Daher überrascht auch nicht, dass sie mit dem Schutz vor Benachteiligung in Deutschland weniger zufrieden sind.
- Sie fühlen sich hierzulande nach wie vor wesentlich weniger wohl und zeigen eine überdurchschnittlich starke **Verbundenheit zu ihrem Herkunftsland**. Bei ihnen hat die deutsche Staatsbürgerschaft entgegen dem allgemeinen Trend an Beliebtheit verloren.
- Sie sind zwar ebenfalls mehrheitlich der Meinung, dass sich Zuwanderer an die hier geltenden **Regeln und Werten** anpassen müssen, unterstützen diese Forderung aber insgesamt am wenigsten. Sie berichten in ihrem Bekanntenkreis auch häufiger als andere Migrantengruppen von Abschottungstendenzen gegenüber der deutschen Gesellschaft.
- Dennoch bleibt **positiv** festzuhalten, dass der Anteil der sich als gleichberechtigt fühlenden Bürger bei Türkischstämmigen überproportional angestiegen ist. Zudem zeigen sie besonders viel Zustimmung für die Abschaffung der Optionspflicht.

Politisches Interesse und integrationspolitische Maßnahmen

- Die Hälfte der Personen mit Migrationshintergrund **interessiert sich für die Politik** in Deutschland, vier von Zehn verfolgen auch die politischen Geschehnisse im Herkunftsland. Damit ist vor allem das Interesse an der Politik im Herkunftsland gestiegen.
- Die **Integrationsgipfel der Bundesregierung** sind nur einer Minderheit von rund 30 Prozent bekannt. Knapp zwei Drittel derjenigen, die davon gehört haben, bewerten diese Gipfel jedoch positiv. Die **Abschaffung der Optionspflicht** stößt bei einer breiten Mehrheit der Migranten auf Zustimmung. Immerhin sechs von Zehn rechnen dadurch auch mit positiven Effekten für die Integration. Die Erleichterung der **Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse** stößt ebenfalls auf ein mehrheitlich positives Echo.
- Das **integrationspolitische Fazit** über die letzten fünf Jahre fällt insgesamt verhalten positiv aus. Nach Meinung von knapp 40 Prozent hat sich die Situation von Zuwanderern in den letzten Jahren verbessert. Ein Fünftel sieht dagegen eher Verschlechterungen.
- Knapp drei von Zehn versprechen sich von der **Politik der neuen Bundesregierung** Verbesserungen für die Migranten in Deutschland, gut jeder Zehnte blickt eher pessimistisch in die Zukunft. Etwa die Hälfte erwartet keine wesentlichen Veränderungen.

2 Vorbemerkungen

Laut Mikrozensus 2012¹ leben in Deutschland 16,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Gegenüber 2005 ist deren Zahl um 1,3 Mio. angestiegen. Diese Bevölkerungsgruppe wächst damit schneller als die der deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung ist zuletzt auf etwa 20 Prozent angewachsen. Allein ihr zahlenmäßiger Anteil zeigt also die gestiegene Bedeutung dieser Gruppe für die Gesellschaft in Deutschland.

Bereits im Jahr 2008 hatte TNS Infratest Politikforschung für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung eine breit angelegte Studie mit Migranten² durchgeführt, um umfassende Informationen über das Leben dieser Zielgruppe in Deutschland zu ermitteln. Zahlreiche politische Maßnahmen (darunter mehrere Integrationsgipfel sowie ein Nationaler Aktionsplan Integration) sollten in den letzten Jahren die Rahmenbedingungen für die Integration von Migranten in die deutsche Gesellschaft verbessern. Die gesellschaftspolitische Debatte um die Notwendigkeit der Integration wird zunehmend auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der Sicherung der Renten und dem Bedarf der deutschen Unternehmen an Fachkräften geführt.

Vor diesem Hintergrund war ein zentrales Ziel der vorliegenden Wiederholungsbefragung, Veränderungen in den Einstellungen verschiedener (soziografischer wie geografischer) Migrantengruppen im Verlauf der vergangenen sechs Jahre festzustellen und der Frage nachzugehen, inwieweit die Integrationsbemühungen der deutschen Politik aus Sicht der Migranten erfolgreich gewesen sind. Dabei sollten vor allem Vergleiche zu folgenden Themenkomplexen ermöglicht werden:

- Herkunft und Nationalität
- Formale Integration: Aufenthaltsdauer, Sprachkenntnisse, Bildung und Beruf
- Verhältnis zu autochthonen Deutschen: Kontakte, Erfahrungen, Einstellungen
- Verhältnis zu Deutschland: Lebenszufriedenheit, Verbundenheit
- Einstellungen zu Staat und Demokratie
- Gesellschaftsbild: Gleichberechtigung, Kindererziehung, Minderheitentoleranz
- Integrationsbereitschaft
- Interesse an Politik und politische Orientierung

Zudem hat eine 2011 von uns im Auftrag des Bundespresseamts durchgeführte Reihe von Fokusgruppen mit jungen türkischstämmigen Menschen gezeigt, dass es in dieser integrationspolitisch wichtigen Gruppe trotz eines hohen Maßes an Identifikation mit Deutschland noch gravierende Integrationshemmnisse gibt. Auch diese identifizierten Hürden sollten in der vorliegenden Untersuchung aufgegriffen und quantifiziert werden, um geeignete Strategien für die Politik ableiten zu können.

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt: Migration hat eine lange Tradition in Deutschland. Pressemitteilung Nr. 430 vom 17.12.2013 (https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/12/PD13_430_122.html).

² Aus stilistischen Gründen wird der Begriff „Migranten“ in diesem Bericht synonym benutzt für „Menschen mit Migrationshintergrund“. Aus Gründen der Lesbarkeit wird zudem auf die Verwendung der weiblichen Endung verzichtet.

Um die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Vorgängerstudie zu gewährleisten, wurde dieselbe methodische Anlage wie bei der Befragung im Jahr 2008 gewählt. Viele Frageformulierungen wurden unverändert übernommen.

Die Studie basiert auf einer Befragung von 2.001 Menschen mit Migrationshintergrund. Da das Merkmal „Migrant“ in keinem Register verfügbar ist, kam bei der Auswahl der Zielpersonen das sogenannte onomastische Verfahren zur Anwendung (Onomastik = Namensforschung). Dabei wird über den Vor- und Nachnamen der Person gezielt nach Menschen mit entsprechendem Migrationshintergrund gesucht. Mittels Screening-Fragen wurde im Interview die Zugehörigkeit zur Zielgruppe nochmals überprüft. Da bei diesem Verfahren nur die Herkunft, nicht aber die Nationalität ausschlaggebend ist, wurden auch eingebürgerte Migranten in die Untersuchung einbezogen.

Die Befragung wurde mittels computergestützter telefonischer Interviews durchgeführt (CATI-Befragung). Bei Zielpersonen, die der deutschen Sprache nicht oder nicht ausreichend mächtig waren, konnte das Interview entweder in der Heimatsprache oder in Englisch durchgeführt werden. Hierzu wurden englische, italienische, polnische, russische, türkische, arabische, persische sowie bosnische Fragebögen ausgearbeitet und mehrsprachige Interviewer eingesetzt. Auf diese Weise konnten auch wegen möglicher Sprachbarrieren ansonsten nur schwer erreichbare Gruppen besser berücksichtigt werden.

Die Grundgesamtheit der Studie besteht wie 2008 aus den Migrantengruppen, die am stärksten in Deutschland vertreten sind. Dementsprechend wurden Personen ab 18 Jahren befragt, die selbst bzw. deren Eltern oder Großeltern aus folgenden Ländern nach Deutschland eingewandert sind:

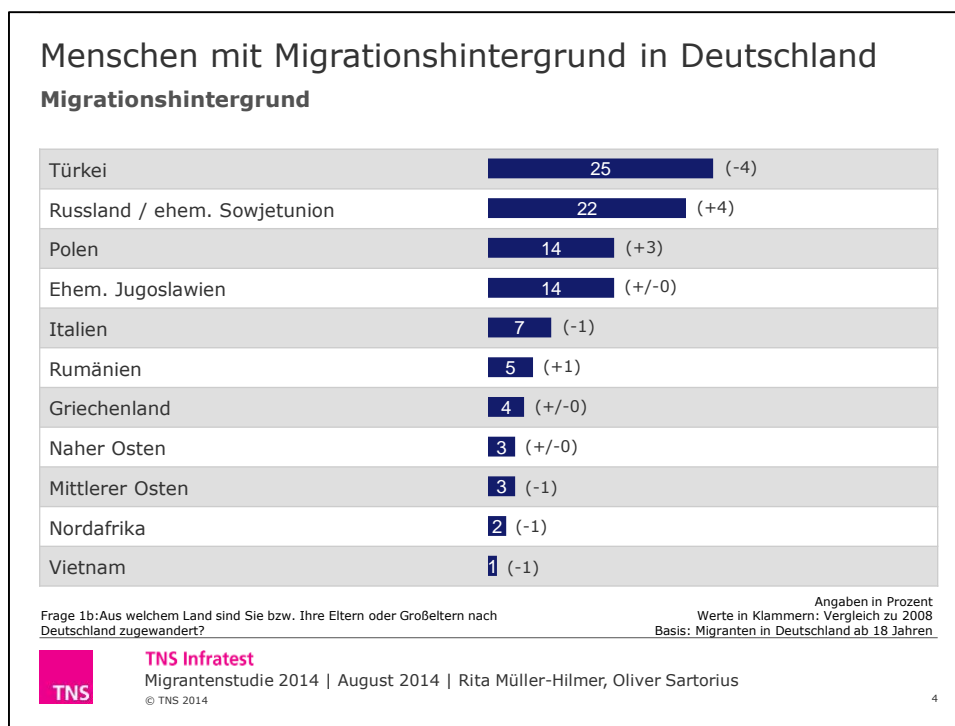
- EU-Staaten: Polen, Italien, Rumänien, Griechenland
- Türkei
- Russische Föderation / ehemalige Sowjetunion: Russland, Ukraine, Kasachstan u.a.
- Ex-Jugoslawien: Kroatien, Serbien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina, Slowenien, Mazedonien
- Naher Osten: Libanon, palästinensische Autonomiegebiete, Syrien, Jordanien, Irak u.a.
- Mittlerer Osten: Iran, Afghanistan, Pakistan u.a.
- Nord-Afrika: Marokko, Tunesien, Ägypten, Algerien u.a.
- Vietnam

Insgesamt umfasst die Grundgesamtheit damit rund zwei Drittel der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Um auch valide Aussagen für kleinere Migrantengruppen treffen zu können, wurde wie schon 2008 ein partiell disproportionaler Ansatz gewählt. So wurden beispielsweise überproportional viele Menschen befragt, die aus Vietnam oder den Ländern Nordafrikas stammen (mindestens rund 80 Personen pro Gruppe), bei den größten Migrantengruppen wurden dementsprechend weniger Personen befragt. Damit das Gesamtergebnis für die Grundgesamtheit der ausgewählten Migrantengruppen repräsentativ ist, wurden mittels Gewichtung diese Disproportionalitäten im Anschluss an die Befragung wieder ausgeglichen.

3 Strukturelle Zusammensetzung der Zielgruppe

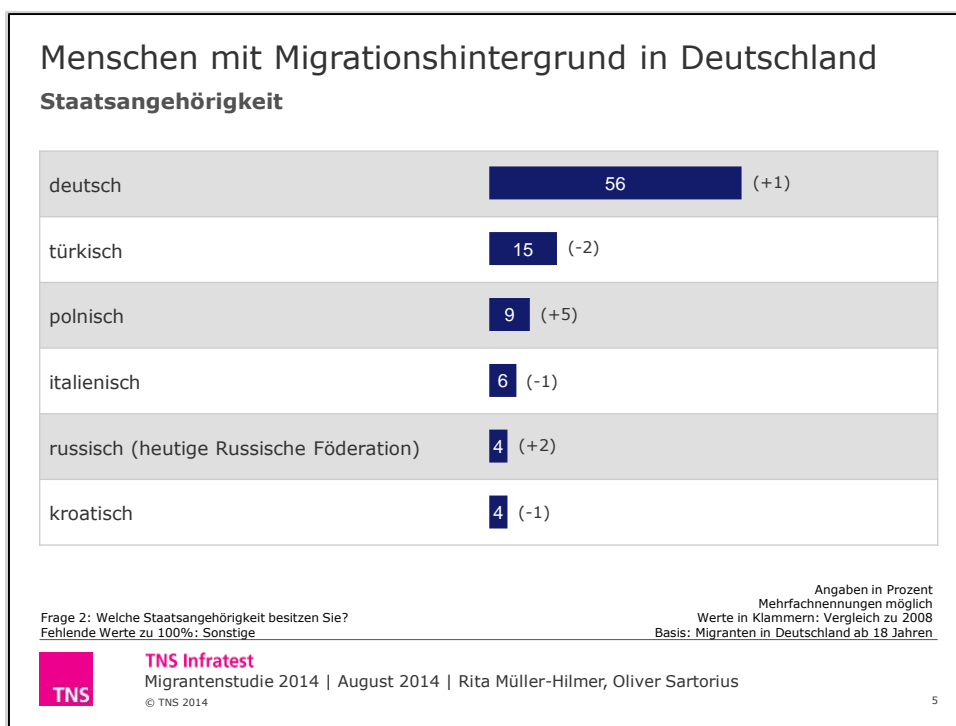
3.1 Herkunft und Nationalität

Entsprechend der Definition der Grundgesamtheit sind ein Viertel (25%) der Personen in der Zielgruppe türkischstämmig. Damit stellen Menschen, die selbst oder deren Eltern bzw. Großeltern aus der Türkei eingewandert sind, zwar immer noch die größte Migrantengruppe in Deutschland. Ihr Anteil hat sich im Vergleich zu 2008 aber leicht verringert (-4%-Punkte). Im selben Umfang erhöht hat sich dagegen die Zahl der Migranten aus Russland und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, die nun mehr als ein Fünftel (22%; +4%-Punkte) der Gesamtstichprobe ausmachen. 14 Prozent stammen nach wie vor aus den jugoslawischen Nachfolgestaaten, wobei viele dieser Migranten angeben, aus dem neuen EU-Land Kroatien in die Bundesrepublik eingewandert zu sein. Genauso groß ist mittlerweile der Anteil der in Deutschland lebenden Menschen, die ihre Wurzeln in Polen haben (14%; +3%-Punkte). Damit ist das osteuropäische Nachbarland nach wie vor das wichtigste Herkunftsland für Migration nach Deutschland aus anderen EU-Ländern, gefolgt von Italien (7%), Rumänien (5%) und Griechenland (4%). Jeweils 3 Prozent der Grundgesamtheit stammen aus den Ländern des Nahen und Mittleren Osten, jeder Fünfzigste (2%) aus Nordafrika und jeder Hundertste (1%) aus Vietnam. Damit haben sich im Vergleich zu 2008 die Anteile der kleineren Migrantengruppen nur unwesentlich verändert.



Da die Zielgruppe der Untersuchung als Personen mit Migrationshintergrund definiert ist, sagen diese Zahlen nichts über die Staatsbürgerschaft aus. Für die der Studie zu Grunde liegende Frage nach dem Stand der Integration der in Deutschland lebenden Migranten ist die Gruppe der eingebürgerten Personen von besonderem Interesse. Gut jeder zweite Befragte mit Migrationshintergrund (56%; +1%-Punkt im Vergleich zu 2008) ist im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft. Damit entspricht

dieser Wert fast exakt dem im Mikrozensus ermittelten Anteil an Deutschen unter den in der Bundesrepublik lebenden Personen mit Migrationshintergrund (55%; +3%-Punkte im Vergleich zum Mikrozensus 2005). Daneben ist knapp jeder Siebte (15%) Türke und etwa jeder Zehnte (9%) Pole. Entsprechend der Verschiebungen der Größenordnungen zwischen den Migrantengruppen hat die Zahl der Migranten mit türkischem Pass im Vergleich zur Erhebung 2008 damit leicht abgenommen (-2%-Punkte), die Zahl der polnischen Staatsbürger ist dagegen angestiegen (+5%-Punkte). Des Weiteren besitzen 6 Prozent der Befragten die italienische Staatsbürgerschaft, die russische bzw. kroatische jeweils 4 Prozent. Rund jeder Fünfte ist Staatsbürger eines anderen Landes.



Wie auch schon bei der Vorgängerstudie sind zum Teil deutliche Unterschiede hinsichtlich des Anteils Eingebürgerter zwischen den einzelnen Migrantengruppen zu konstatieren. Überdurchschnittlich häufig im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft sind demnach russischstämmige Befragte (80%; -8%-Punkte im Vergleich zu 2008) und innerhalb der Gruppe der EU-Länder Personen, die selbst oder deren Vorfahren aus Polen (68%; -9%-Punkte) oder Rumänien (60%; -21%-Punkte) nach Deutschland gekommen sind. Die hohe Zahl der deutschen Staatsbürger in diesen Gruppen erklärt sich in erster Linie durch den Zuzug und die Einbürgerung von Aussiedlern und Spätaussiedlern in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Seit 1950 kamen etwa 4,5 Mio. (Spät-) Aussiedler nach Deutschland. Die meisten von ihnen stammen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, insbesondere aus Russland und Kasachstan sowie Polen und Rumänien.³ Weit überdurchschnittlich ist die Zahl der Deutschen zudem unter den Menschen aus dem Nahen und Mittleren Osten (86 bzw. 87%; +22 bzw. +20%-Punkte) sowie den Ländern Nordafrikas (75%; + 2%-Punkte). In den beiden

³ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2012): (Spät-) Aussiedler (<http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61643/aussiedler>).

zuerst genannten Gruppen ist demzufolge ein deutlicher Anstieg der deutschen Staatsangehörigen im Vergleich zu 2008 festzustellen.

Der weiterhin niedrige Anteil der deutschen Staatsbürger italienischer (20%; +3%-Punkte) und griechischer Abstammung (35%; +16%-Punkte) sowie von Migranten aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens – darunter Kroatien und Slowenien – (30%; -1%-Punkt) kann möglicherweise damit erklärt werden, dass diese Personen als EU-Bürger ohnehin viele Rechte in Deutschland genießen und durch eine kostenpflichtige Einbürgerung kaum zusätzliche Vorteile hätten. Weitgehend unverändert ist auch der Anteil der Türkischstämmigen, die den deutschen Pass besitzen (45%; +2%-Punkte).

Von den befragten Nicht-EU-Bürgern mit Migrationshintergrund besitzen 86 Prozent (+4%-Punkte) eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, 10 Prozent eine befristete Aufenthaltserlaubnis und zwar wegen Erwerbstätigkeit (2%) bzw. Ausbildung (1%), aus familiären Gründen (5%) bzw. aus völkerrechtlichen, politischen oder humanitären Gründen (2%). Die übrigen 4 Prozent geben einen anderen Aufenthaltszweck an bzw. wissen es nicht genau.

3.2 Soziodemographie

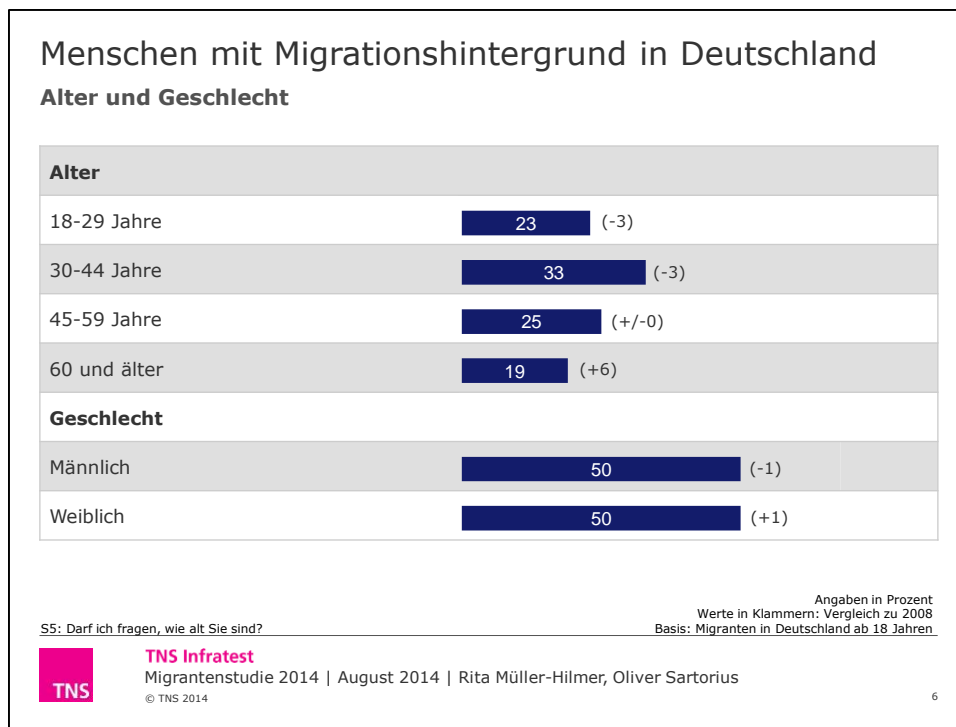
Alter, Geschlecht und Wohnort

Das Durchschnittsalter der Zielgruppe liegt mit 43,4 Jahren deutlich unter dem der deutschen Bevölkerung ab 18 Jahren (Ø-Alter: rund 50 Jahre).⁴ Knapp ein Viertel der Befragten (23%) ist zwischen 18 und 29 Jahre, ein Drittel (33%) ist zwischen Anfang 30 und Mitte 40. Jeder Vierte (25%) befindet sich in der Gruppe der 45-59-Jährigen, ein knappes Fünftel (19%) kann der Altersgruppe 60+ zugeordnet werden. Damit ist vor allem diese höchste Altersgruppe deutlich schwächer vertreten als in der deutschen Gesamtbevölkerung. Wie auch schon 2008 ist rund die Hälfte (51%; -2%-Punkte) der Migranten, die in Deutschland geboren wurden, erst zwischen 18 und 29 Jahre alt. Am jüngsten ist die Gruppe der Migranten aus dem Nahen Osten (Ø-Alter: 37,3), gefolgt von Vietnamesischstämmigen (Ø-Alter: 38,1), Migranten aus dem Mittleren Osten (Ø-Alter: 39,7) und Nordafrika (Ø-Alter: 39,9). Ebenfalls etwas jünger als der Durchschnitt ist die Gruppe der Personen, die aus der Türkei stammen (Ø-Alter: 41,1). Hier dominieren wie bereits in der Vorgängerstudie die Jahrgänge zwischen 30 und 44 Jahren und damit eine Altersgruppe, in der viele berufstätig sind und minderjährige Kinder haben.

In der Stichprobe sind Männer und Frauen etwa gleich verteilt (50:50), womit der Männeranteil etwas höher liegt als in der Gesamtbevölkerung (48:52). Zwar ist die Gruppe der männlichen Migranten nach wie vor etwas älter als die weiblichen Befragten, im Vergleich zur Erhebung im Jahr 2008 haben sich die Unterschiede allerdings reduziert. Auffällig ist, dass in beiden Befragungen der Anteil an Frauen in der Altersgruppe zwischen 30 und 44 Jahren überproportional hoch ausfällt (2008: 55%; 2014: 54%), während alle anderen Altersgruppen von den Männern dominiert werden. Bei Menschen mit Wurzeln in Griechenland, Italien, Naher und Mittlerer Osten sowie Nordafrika gibt es

⁴ Quelle: ARD-DeutschlandTREND von Infratest dimap / Quartalsauswertung 2/2014.

überdurchschnittlich viele Männer, bei Migranten aus Polen und Russland dagegen etwas mehr Frauen.



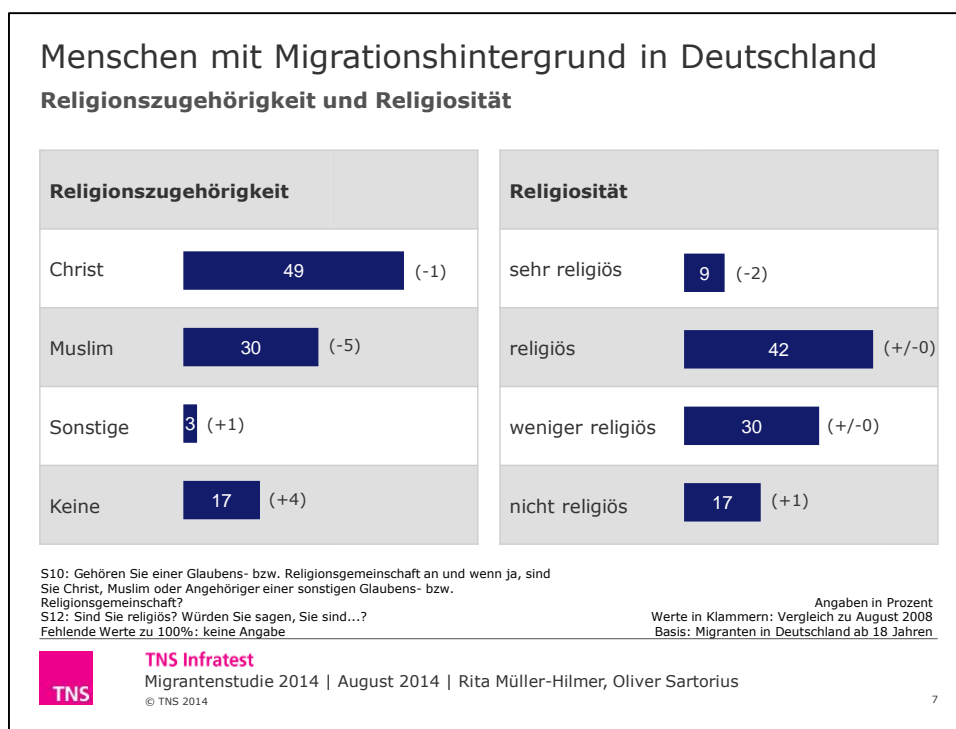
Die überwiegende Mehrheit der Personen mit Migrationshintergrund lebt in Großstädten bzw. Ballungsgebieten mit mehr als 100.000 Einwohnern (70%). Jeder Fünfte (20%) lebt in einer mittelgroßen Stadt und jeder Zehnte (10%) in einer Kleinstadt mit weniger als 20.000 Einwohnern.⁵ Wie also in der Vergangenheit auch gibt es eine starke räumliche Konzentration auf urbane Gebiete. Dies ist insofern verständlich, als dass Großstädte nicht nur über eine adäquate Infrastruktur verfügen, sondern zumindest denjenigen Migranten, die einer der größeren in Deutschland vertretenen Gruppen angehören, ein Leben in einer Community von Landsleuten ermöglichen. Entstehen infolgedessen Parallelgesellschaften und Abschottung gegenüber den anderen Stadtbewohnern, kann dies zu Problemen bei der Integration führen.

Religion: Zugehörigkeit und Bedeutung

Bereits bei der ersten Befragung im Jahr 2008 wurde deutlich, dass neben dem Herkunftsland auch die Religionszugehörigkeit großen Einfluss auf die Einstellungen und Meinungen der Migranten hat. Deshalb wurde auch diesmal ausführlich nach der Konfession und der Religiosität der Zielpersonen gefragt. Etwa die Hälfte der Befragten sind christlichen (49%; -1%-Punkt im Vergleich zu 2008) und knapp ein Drittel muslimischen Glaubens (30%; -5%-Punkte). Nur ein Bruchteil der befragten Migranten (3%; +1%-Punkt) nennt eine andere Glaubens- oder Religionsgemeinschaft. 17 Prozent

⁵ Auch in dieser Frage gibt es deutliche Unterschiede zur deutschen Bevölkerung: hier leben gut 40 Prozent in Gemeinden unter 20.000 Einwohner, und jeweils rund drei von Zehn in mittelgroßen Städten (20.000-99.999 Einwohner) oder Großstädten mit mindestens 100.000 Einwohnern (Quelle: ARD-DeutschlandTREND von Infratest dimap / Quartalsauswertung 2/2014).

(+4%-Punkte) sind ohne Religionszugehörigkeit.⁶ Die im Vergleich zu 2008 entstandenen Änderungen können zumindest teilweise auf die Verschiebungen der Anteile der einzelnen Migrantengruppen zurückgeführt werden. So ist der Anteil der Türkischstämmigen, bei denen fast 9 von 10 Moslems sind (88%), an der Grundgesamtheit in den letzten Jahren geschrumpft. Im Gegenzug hat sich die Zahl der aus Russland und den Staaten der ehemaligen UdSSR stammenden Personen erhöht. In dieser Gruppe gibt es überdurchschnittlich viele Menschen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören (28%).



Neben den Migranten mit Herkunftsland Türkei sind auch Menschen, die ihre Wurzeln im Nahen Osten und in Nordafrika haben, mehrheitlich muslimischen Glaubens (79 bzw. 81%). In der Gruppe der aus dem Mittleren Osten stammenden Migranten – hierbei handelt es sich in erster Linie um Iraner – stellt sich die Situation wie auch schon in der Vorgängerbefragung etwas anders dar. Hier ist „nur“ die Hälfte (51%) muslimisch, 9 Prozent geben an, Christ zu sein und 5 Prozent bekennen sich zu einer anderen Religionsgemeinschaft. Ein Drittel (32%) jedoch ist ohne Religionszugehörigkeit, da scheinbar viele Iraner im Exil ihren Glauben ablegen⁷ oder wegen ihres abgelegten Glaubens die Region verlassen haben. Personen mit italienischem, griechischem, polnischem, rumänischem, russischem sowie ex-jugoslawischem Migrationshintergrund sind wiederum hauptsächlich Christen.

⁶ Damit unterscheidet sich die Verteilung signifikant von den Anteilen in der Gesamtbevölkerung in Deutschland, wonach rund sechs von Zehn dem Christentum angehören, 30 Prozent ohne Konfession und 5 Prozent muslimisch sind. Ebenfalls rund 5 Prozent gehören einer weiteren Religionsgemeinschaft an (Religionsmonitor 2013 der Bertelsmann Stiftung).

⁷ Im Beitrag „Iraner in Deutschland“ der Zeitschrift *Ausländer in Deutschland* (1/2003, 19.Jg. vom 30. Mai 2003) heißt es: „...Unter dem Eindruck der Theokratie im Iran haben viele Iraner - im Exil wie auch in der Heimat - ihren religiösen Glauben verloren. Vom Islam sind sie enttäuscht, er ist ihnen gleichgültig geworden oder sie sehen ihn beschmutzt. Andere bezeichnen sich eher als "Freidenker", wenden sich dem Sufismus zu, nehmen national-chauvinistische Einstellungen an, werden atheistisch oder konvertieren zum Christentum.“

Die Hälfte der vietnamesischstämmigen Migranten (51%) ist atheistisch, jeweils rund ein Viertel ist Christ (22%) oder Angehöriger einer anderen Glaubensrichtung (25%; in erster Linie vermutlich Buddhisten).

Muslime können grob den drei großen islamischen Glaubensrichtungen zugeordnet werden. Die größte Gruppe unter ihnen stellen die Sunniten (70%). Die restlichen Muslime verteilen sich mehr oder weniger gleichmäßig auf die schiitische (9%), allevitische (8%) oder eine andere islamische Glaubensrichtung (8%). Die Zugehörigkeit zu einer der Religionsgemeinschaften hängt naturgemäß stark vom jeweiligen Herkunftsland ab. Türkischstämmige und Migranten aus dem Nahen Osten sind überwiegend sunnitisch, Personen aus Ländern des Mittleren Ostens dagegen mehrheitlich schiitisch. Allevitin stammen fast ausschließlich aus der Türkei, sind aber auch in dieser Gruppe in der Minderheit (10%).

Trotz des im Vergleich zur Gesamtbevölkerung höheren Anteils an konfessionell Gebundenen, bezeichnet sich aber bei weitem nicht jeder Migrant auch als religiös. Für fast jeden Sechsten (17%) spielt Religion im Alltag keine Rolle und weitere 30 Prozent stufen sich selbst als weniger religiös ein. Für rund die Hälfte ist Religion dagegen von persönlicher Bedeutung: 42 Prozent bezeichnen sich als religiös, 9 Prozent sogar als sehr religiös. Im Vergleich zu 2008 gab es damit keine wesentlichen Änderungen. Überdurchschnittlich religiös sind vor allem Mitglieder islamischer Religionsgemeinschaften (69% sehr religiös oder religiös) und damit vor allem Migranten, die aus der Türkei, dem Nahen Osten und Nordafrika stammen. Aber auch für Menschen aus den vor allem christlich geprägten Herkunftsländern Griechenland und Italien ist Religion von überdurchschnittlich großer Bedeutung. Weniger religiös sind dagegen in erster Linie Menschen mit vietnamesischen, russischen und rumänischen Wurzeln sowie Personen, die selbst oder deren (Groß-) Eltern aus den Ländern des Mittleren Ostens (v.a. Iran) eingewandert sind.

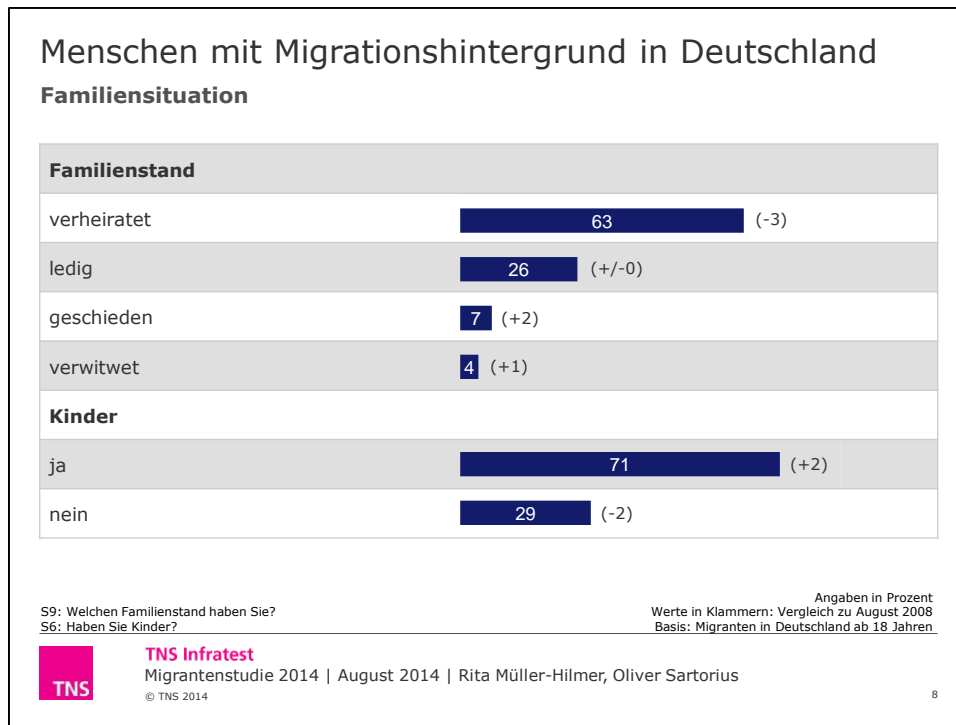
Familiensituation

Auch in Bezug auf die Familiensituation gibt es im Vergleich zur Vorgängerstudie nur marginale Änderungen. Knapp zwei Drittel der befragten Personen mit Migrationshintergrund sind verheiratet (63%; -3%-Punkte), gut ein Viertel ist alleinstehend (26%; +/-0%-Punkte), etwa jeder Zehnte lebt entweder in Scheidung (7%; +2%-Punkte) oder ist verwitwet (4%; +1%-Punkt). Die Tatsache, dass solche sich in der Grundgesamtheit nur langfristig ändernden soziodemographischen Merkmale in beiden Befragungen ähnliche Ausprägungen aufweisen, spricht für die Qualität der Stichproben und die Vergleichbarkeit der Ergebnisse. In der Gruppe der Türkischstämmigen ist der Anteil der Verheirateten am höchsten (67%). Unterdurchschnittlich häufig verheiratet sind Migranten aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Italien.

Ein Großteil der Migranten hat Kinder (71%; +2%-Punkte im Vergleich zu 2008). Damit unterscheidet sich die Gruppe in dieser Hinsicht deutlich von der deutschen Bevölkerung. Laut Mikrozensus 2012 leben nur in etwa drei von zehn deutschen Haushalten Kinder.⁸ Dieser Unterschied kann unter anderem darauf zurückgeführt werden, dass die Migranten im Schnitt wesentlich jünger

⁸ Quelle: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2012. Fachserie 1 Reihe 3 (während in der vorliegenden Untersuchung gefragt wurde, ob man Kinder hat, werden im Mikrozensus nur im Haushalt lebende Kinder erfasst. Die Zahlen sind demzufolge nur eingeschränkt vergleichbar).

sind als die in Deutschland lebende Gesamtbevölkerung. Häufig kinderlos sind aber die vielfach ledigen Migranten aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Vietnam.



Personen mit Migrationshintergrund unterscheiden sich auch hinsichtlich der Anzahl der eigenen Kinder von der Gesamtbevölkerung (siehe Tabelle 1). Während in Deutschland die Ein-Kind-Familie inzwischen die Regel ist, leben in rund drei Viertel der Migrantenhaushalte zwei (48%) oder sogar mehr Kinder (29%). Besonders viele Kinder haben Angehörige des islamischen Glaubens. Fast die Hälfte der hier lebenden Muslime mit Familie hat drei oder mehr Kinder. Dies kann sowohl auf kulturelle als auch religiöse Gründe zurückgeführt werden.

Tabelle 1: Haushalte mit Kindern

Kinderzahl	Haushalte mit Kindern in Deutschland gesamt	Befragte mit Migrationshintergrund	Befragte muslimischen Glaubens
1	52	23	11
2	36	48	40
3+	12	29	49

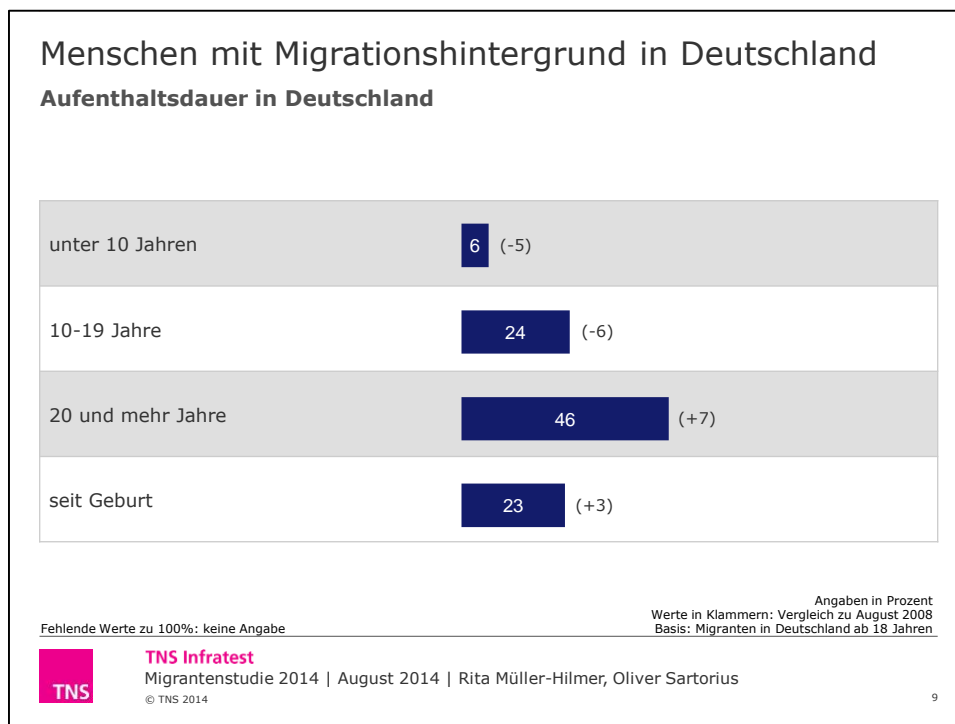
Quelle für Haushalte in Deutschland gesamt: Mikrozensus 2012 (Statistisches Bundesamt) / Angaben in Prozent

4 Formale Integrationsvoraussetzungen

Eine erfolgreiche Integration hängt unter anderem von einer Reihe formaler Voraussetzungen ab. So lässt sich vermuten, dass eine Integration in die Gesellschaft der Wahlheimat umso besser gelingt, je länger man sich dort aufhält, je besser man die Landessprache beherrscht und je höher der formale Bildungsgrad ist. Insbesondere von den beiden zuletzt genannten Faktoren hängt in Deutschland die Möglichkeit ab, eine adäquate berufliche Tätigkeit ausüben zu können.

4.1 Aufenthaltsdauer

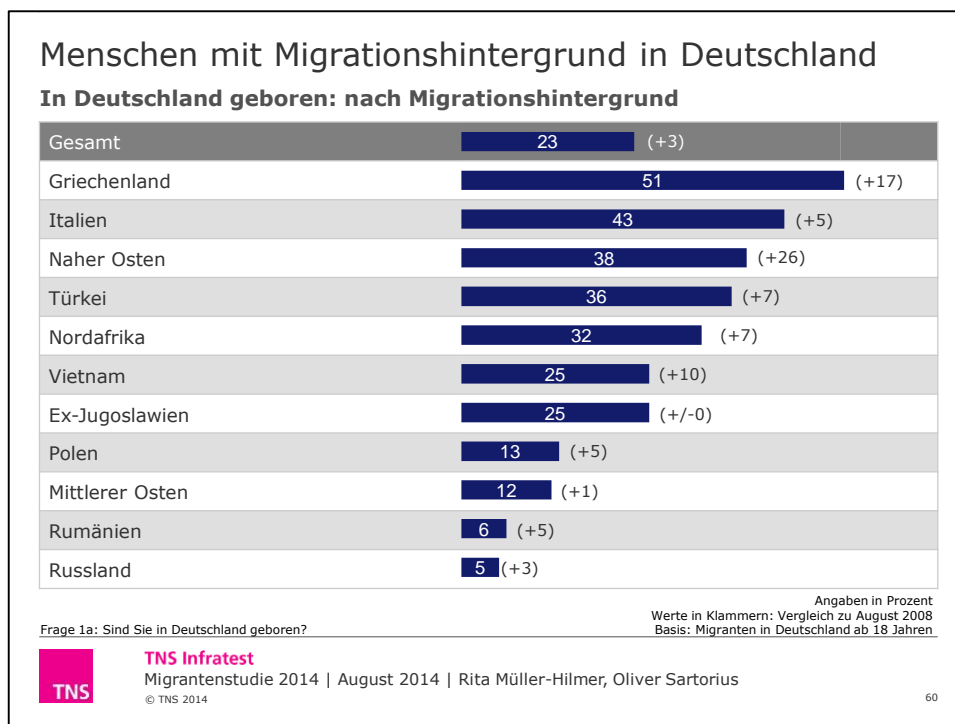
Fast ein Viertel (23%; +3%-Punkte im Vergleich zu 2008) der Zielpersonen wurde als Kinder von Einwanderern hier geboren. Die Bedeutung der zweiten und dritten Migrantengeneration ist nicht nur in der Stichprobe gewachsen. Auch unter allen Personen mit Migrationshintergrund (die Zielgruppe ist sowohl hinsichtlich Alter als auch Herkunftsland beschränkt), liegt der Anteil der in Deutschland Geborenen mittlerweile bei 33% und hat in den letzten Jahren zugenommen.⁹ Weitere 46 Prozent (+7%-Punkte) der Migranten nennen die Bundesrepublik bereits seit mindestens 20 Jahren ihre Heimat, ein Viertel (24%; -6%-Punkte) lebt immerhin schon zwischen 10 und 19 Jahren hier. Nur 6 Prozent (-5%-Punkte) sind erst innerhalb des letzten Jahrzehnts nach Deutschland zugewandert.



⁹ Quelle: Statistisches Bundesamt: Migration hat eine lange Tradition in Deutschland. Pressemitteilung Nr. 430 vom 17.12.2013 (https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/12/PD13_430_122.html).

Von denjenigen Zielpersonen mit eigener Migrationserfahrung kam fast die Hälfte (47%; -3%-Punkte) bis zum 20. Lebensjahr, also als Kind oder Teenager zusammen mit ihren Eltern nach Deutschland. Knapp vier von Zehn (38%; +1%-Punkt) waren zum Zeitpunkt der Immigration zwischen 21 und 35 Jahre alt. Nur ein Siebtel (14%; +2%-Punkte) war bereits 36 Jahre oder älter.

Die Aufenthaltsdauer variiert zwischen den einzelnen Migrantengruppen zum Teil deutlich und steht naturgemäß im Zusammenhang mit den verschiedenen Einwanderungswellen seit den 1950er Jahren. Im Durchschnitt am längsten leben Personen mit griechischen und italienischen Wurzeln in Deutschland. Ein Großteil ist bereits hier als Kind von Zuwanderern geboren (Griechen: 51%; Italiener: 43%) oder lebt seit mehr als zwei Jahrzehnten in Deutschland (48 bzw. 44%). Auch Menschen türkischer und vietnamesischer Abstammung leben schon überdurchschnittlich lange in Deutschland. Gut ein Drittel (36%) der Türkischstämmigen wurde hier geboren, weitere 51 Prozent sind vor mehr als 20 Jahren angekommen. Bei den vietnamesischstämmigen Migranten kamen knapp sechs von 10 (57%) bereits vor der deutschen Wiedervereinigung nach Deutschland. Die lange Aufenthaltsdauer und die hohe Rate der in Deutschland Geborenen in diesen Gruppen erklären sich durch die Geschichte der Zuwanderung nach Deutschland. Zur Zeit des Wirtschaftswunders brauchte die deutsche Industrie dringend Arbeitskräfte, weshalb 1955 zunächst das deutsch-italienische Anwerbeabkommen abgeschlossen wurde, infolgedessen zwischen 1956 und 1972 gut zwei Millionen Menschen aus Italien nach Deutschland kamen. Auch mit Griechenland, Spanien, Portugal und der Türkei gab es ähnliche Anwerbeabkommen. Das deutsch-türkische Anwerbeabkommen trat 1961 in Kraft, bis 1972 kamen knapp 750.000 Türken nach Deutschland. Ähnlich stellte sich die Situation in der ehemaligen DDR dar, wo der Fachkräftemangel vor allem durch Anwerbung von Arbeitskräften aus Vietnam zu decken versucht wurde. Mittlerweile leben viele Familien bereits in der dritten Generation in Deutschland.

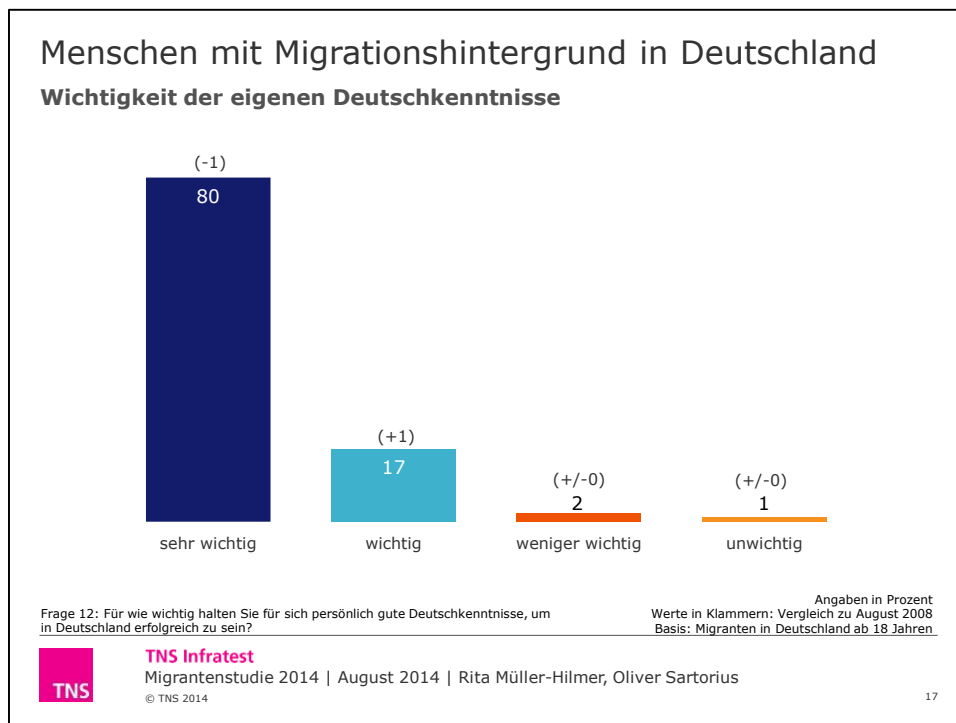


Vergleichsweise kurz fällt die Aufenthaltsdauer der Zuwanderer aus den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes aus, von denen die meisten erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Fall des Eisernen Vorhangs nach Deutschland kamen. So nennen mehr als zwei Drittel (68%) der Migranten aus Russland und den Staaten der ehemaligen UdSSR Deutschland erst seit weniger als 20 Jahren ihr Zuhause. Besonders „jung“ ist wenig überraschend die Zuwanderung aus dem neuen EU-Land Rumänien. Gut ein Fünftel (22%) der Menschen mit Wurzeln in dem südosteuropäischen Land kam erst innerhalb des letzten Jahrzehnts in die Bundesrepublik.

Die Einwanderung aus dem ehemaligen Jugoslawien ist weniger durch die Suche nach Arbeitsplätzen als durch Flucht vor Krieg und Verfolgung geprägt. Im Zuge der jugoslawischen Erbfolgekriege Anfang der 1990er Jahre kam ein Großteil der Flüchtlinge zwischen 1992 und 1995 aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina nach Deutschland. Dies führt dazu, dass viele in dieser Migrantengruppe nun auch schon seit mehr als 20 Jahren in Deutschland leben (58%).

4.2 Sprachbeherrschung

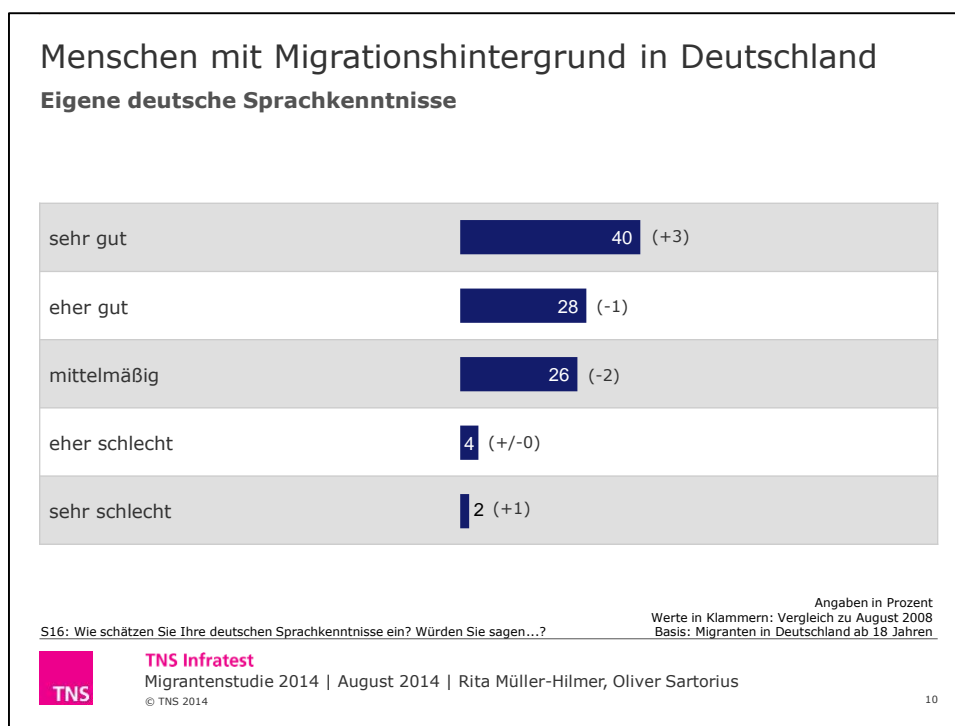
Sprachkenntnisse gelten als ein zentraler Schlüssel zur Integration. Nur wer die deutsche Sprache ausreichend beherrscht, kann mit Deutschen und deutschen Behörden kommunizieren, sich über das Geschehen in Deutschland informieren und hat bessere Chancen sowohl auf einen höheren Bildungsabschluss als auch auf dem Arbeitsmarkt.



Der hohe Stellenwert, den die Politik in Deutschland guten Deutschkenntnissen bei der Bewältigung von Integrationsproblemen einräumt, ist auch unter den Personen mit Migrationshintergrund selbst unbestritten. Nahezu alle Befragten halten die Beherrschung der deutschen Sprache für sich

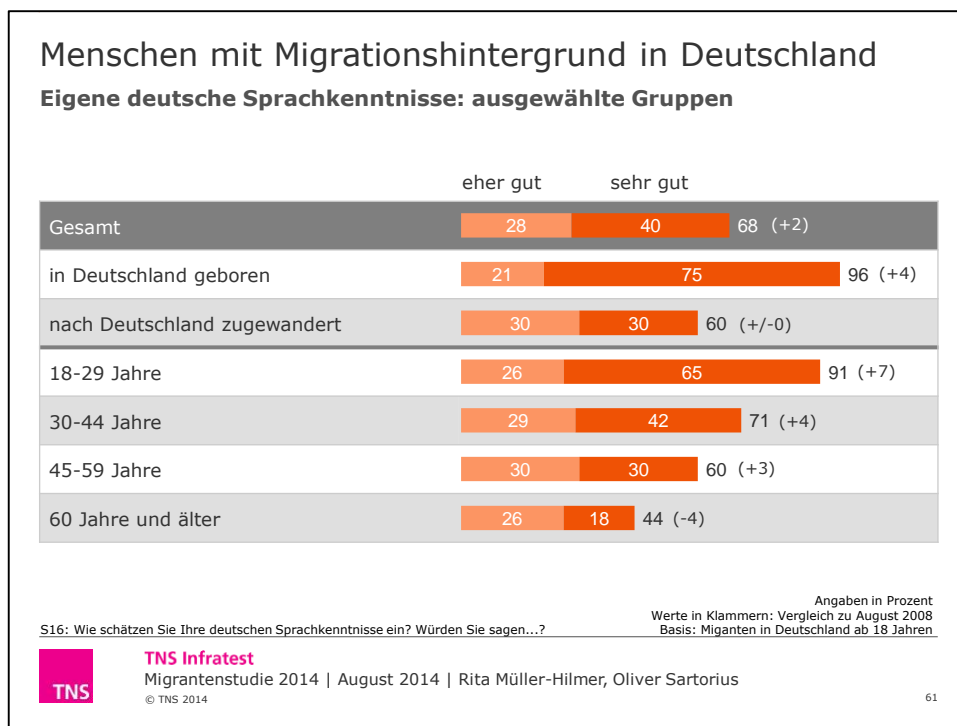
persönlich für sehr wichtig (80%; -1%-Punkt im Vergleich zu 2008) oder wichtig (17%; +1%-Punkt), um in Deutschland erfolgreich zu sein.

Nach den eigenen Deutschkenntnissen befragt, geben vier von zehn Migranten (40%; +3%-Punkte) an, die Sprache sehr gut zu beherrschen. 28 Prozent halten die eigenen Sprachfertigkeiten für eher gut (-1%-Punkt), ein Viertel für zumindest mittelmäßig (26%; -2%-Punkte). Nur etwa jeder Siebzehnte räumt ein, (eher) schlecht Deutsch zu sprechen (6%; +1%-Punkt). Damit liegen die Deutschkenntnisse der Migranten auf einem ähnlichen und damit recht hohen Niveau wie bei der Vorgängerstudie. Dies wird zumindest teilweise auch der Tatsache geschuldet sein, dass Migranten aus bildungsfernen Familien mit schlechten Deutschkenntnissen vermutlich weniger bereit sein dürften, an einer Umfrage teilzunehmen als Migranten mit guten Deutschkenntnissen – auch wenn diesem zu erwartendem Effekt damit begegnet wurde, dass das Interview in der jeweiligen Muttersprache durchgeführt werden konnte. Natürlich muss auch beachtet werden, dass es sich hierbei um eine Selbsteinschätzung handelt und es keine einheitliche Vorstellung darüber gibt, was gute bzw. mittelmäßige Sprachkenntnisse sind. Im Großen und Ganzen stimmt aber auch diesmal die Selbsteinschätzung mit der Fremdeinschätzung durch die Interviewer überein: Befragte, die angeben, sehr/eher gute Deutschkenntnisse zu besitzen, haben das Interview fast ohne Verständigungsprobleme auf Deutsch durchgeführt. Die Interviews mit den Migranten, die ihre Deutschkenntnisse als schlecht bezeichnen, wurden dagegen größtenteils in ihrer Heimatsprache durchgeführt bzw. es kam zu gelegentlichen Verständigungsproblemen, falls das Interview auf Deutsch durchgeführt wurde.



Über besonders gute Deutschkenntnisse verfügen naturgemäß diejenigen Zielpersonen, die der zweiten oder dritten Migrantengeneration angehören und bereits in Deutschland geboren wurden. In dieser Gruppe, die auch schon in Deutschland zur Schule gegangen ist, verfügen fast alle über sehr gute (75%; +5%-Punkte) oder eher gute (21%; -1%-Punkt) Sprachkenntnisse. Direkt damit

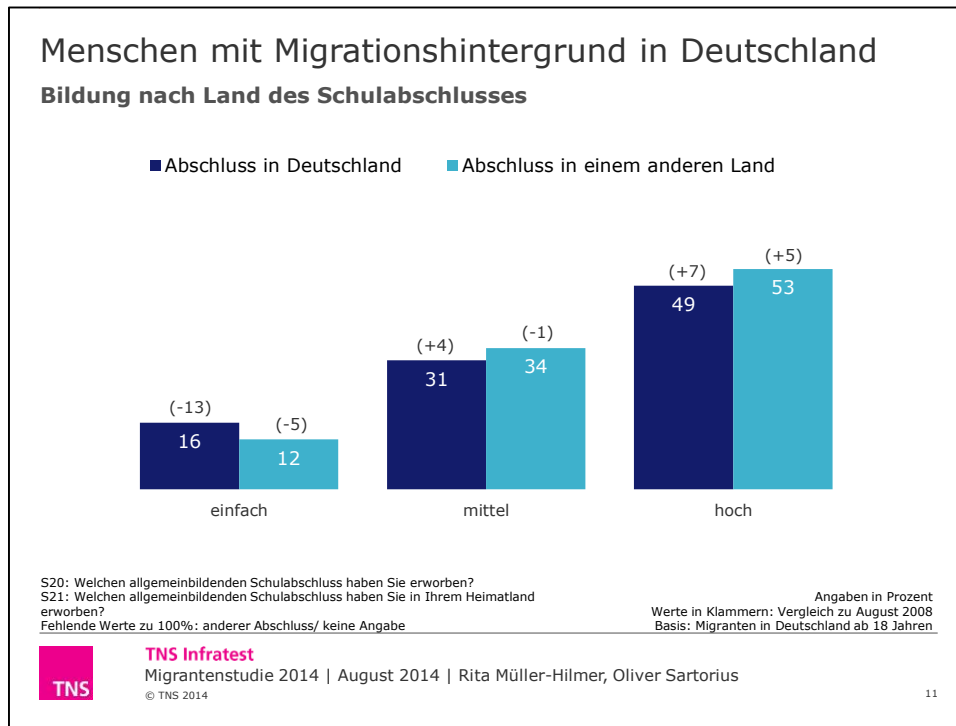
verbunden ist natürlich auch die positive Selbsteinschätzung der jüngsten befragten Migrantengeneration im Alter zwischen 18 und 29 Jahren (91% sehr/eher gut; +7%-Punkte) und der Gruppe derjenigen Migranten, die (noch) keine eigenen Kinder haben (89%; +3%-Punkte). Damit haben sich die deutschen Sprachkenntnisse der jüngeren Migranten in den letzten fünf Jahren leicht verbessert – zumindest in ihrer Selbstwahrnehmung. Im Vergleich der Herkunftsländer stufen sich Personen mit Wurzeln in Griechenland (92%; +9%-Punkte), den Ländern des Nahen Osten (88%; +18%-Punkte) und Ex-Jugoslawiens (79%; +4%-Punkte) besonders positiv ein. In der Gruppe der Russischstämmigen, in der viele erst in den letzten Jahren nach Deutschland zugewandert sind, ist der Anteil der Personen mit mittelmäßigen oder schlechten Sprachkenntnissen dagegen deutlich höher als im Durchschnitt.



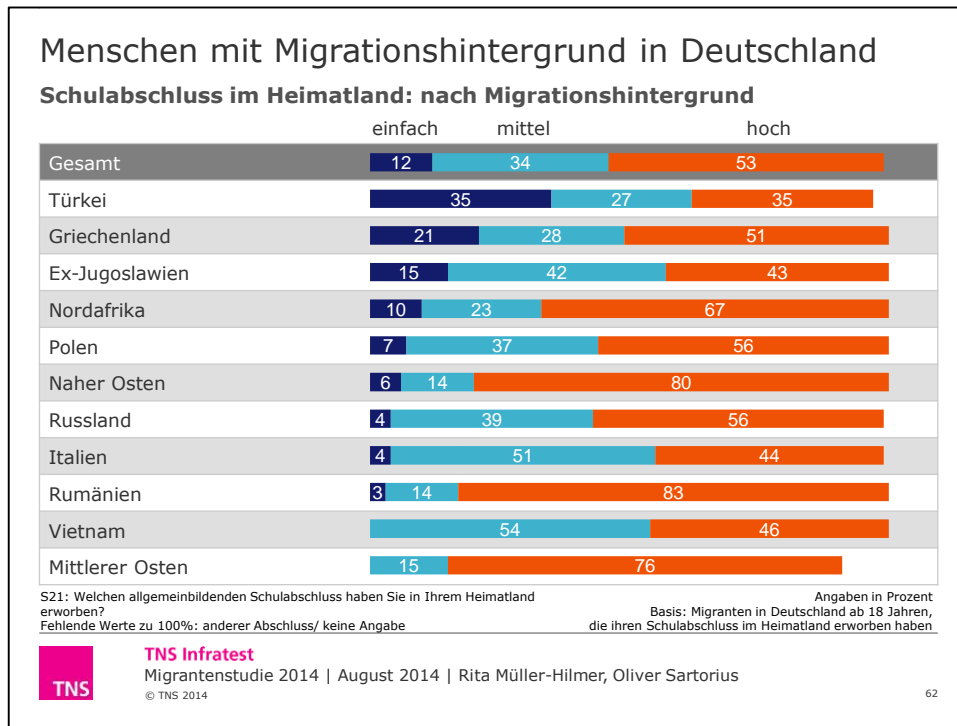
4.3 Bildung und Beruf

Fast alle Personen mit Migrationshintergrund in der Stichprobe verfügen über einen Schulabschluss (94%; +1%-Punkt im Vergleich zu 2008) und damit über die wichtigste Voraussetzung für wirtschaftliche und finanzielle Unabhängigkeit. Die Hälfte (50%; +3%-Punkte) hat ihren Schulabschluss in Deutschland erworben. 16 Prozent davon verfügen über den deutschen Hauptschulabschluss. Damit ist der Anteil der Personen mit einem einfachen deutschen Schulabschluss im Vergleich zur Vorgängerstudie deutlich gesunken (-13%-Punkte). Jeweils rund drei von Zehn verfügen über die Mittlere Reife (31%; +4%-Punkte) oder Abitur bzw. Fachhochschulreife (28%; +/-0%-Punkte) und mehr als jeder Fünfte (21%; +7%-Punkte) kann einen (Fach-) Hochschulabschluss vorweisen. Auch in der Gruppe derjenigen, die ihren Bildungsabschluss in ihrem Heimatland erworben haben, legen die Untersuchungsergebnisse einen leichten Anstieg des Bildungsniveaus nahe. So hat hier mehr als ein Viertel (27%; +6%-Punkte) ein Studium im Ausland erfolgreich abgeschlossen. Etwa genauso viele (26%; -1%-Punkt) geben an, über einen „höheren“ Schulabschluss zu verfügen, 34 Prozent (-1%-Punkt) über einen „mittleren“ und 12 Prozent (-5%-Punkte) über einen „einfachen“ Schulabschluss. Allerdings muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass in beiden Studien aus 2008 und 2014 der Anteil der Migranten mit hoher Bildung in der Stichprobe vermutlich überhöht ist, da diese Gruppe auskunftsbereiter sein dürfte als nicht integrierte Migranten mit geringer formaler Bildung.¹⁰

¹⁰ Trotz dieses Umstands sind die Umfragedaten wie auch bei der Vorgängerstudie 2008 nicht bildungsgewichtet. Dies hat folgende Gründe: Mittlerweile gibt es im Mikrozensus zumindest für größere Länder zwar Sollvorgaben für die Gewichtung, allerdings sind dort die Fallzahlen pro Land teilweise recht gering, so dass fraglich ist, ob diese Zahlen tatsächlich die Realität abbilden. Außerdem ist unklar, ob alle Befragten unter einem einfachen, mittleren oder höheren Schulabschluss dasselbe verstehen und sich möglicherweise tendenziell vielleicht zu hoch einschätzen (weil in ihrem Herkunftsland der nach unserer Definition einfache Abschluss vielleicht als relativ hoch wahrgenommen wird).



Unter denjenigen Migranten, die ihren Schulabschluss in ihrem Heimatland erworben haben, verfügen Türkischstämmige wie auch schon 2008 auffällig häufig nur über einen einfachen (35%) Schulabschluss. Bei den Rumänischstämmigen gibt es dagegen überdurchschnittlich viele mit einem hohen formalen Bildungsniveau: Ein Drittel (33%) hat Abitur, die Hälfte (50%) sogar einen Studienabschluss. Dies widerspricht der in der öffentlichen Debatte häufig geäußerten Behauptung, dass mit der vollen Freizügigkeit für EU-Bürger aus Rumänien und Bulgarien mit verstärkter Armutsmigration nach Deutschland zu rechnen sei.



Wie in der deutschen Bevölkerung insgesamt, gibt es auch bei den Personen mit Migrationshintergrund einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau der Eltern und dem erreichten bzw. angestrebten Schulabschluss der Kinder. Daran hat sich seit der Vorgängerstudie von 2008 nichts geändert. So verfügen die Kinder von Eltern ohne oder mit nur einfachem Bildungsabschluss deutlich seltener (13 bzw. 16%) über einen Hochschulabschluss (oder streben diesen an) als Kinder von Akademikereltern (48%).

Im Vergleich zur deutschen Bevölkerung sind die befragten Migranten etwas häufiger erwerbstätig und befinden sich häufiger noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung. Der Anteil der Rentner unter den Migranten ist dagegen deutlich geringer (siehe Tabelle 2). Diese Unterschiede können auf das im Vergleich zur Gesamtbevölkerung niedrigere Durchschnittsalter der Personen mit Migrationshintergrund zurückgeführt werden. Interessanterweise hat sich in der Gruppe der weiblichen Migranten der Anteil der Erwerbstätigen im Vergleich zu 2008 leicht erhöht (+4%-Punkte), der Anteil der Hausfrauen ist dagegen rückläufig (-5%-Punkte). Dies kann als vorsichtiges Indiz für eine Verbesserung der beruflichen Integration auch von Frauen mit Migrationshintergrund in den deutschen Arbeitsmarkt gewertet werden. Der Anteil der Erwerbstätigkeit korreliert zudem (wie auch schon 2008) mit dem formalen Bildungsniveau der Befragten. Personen ohne Schulabschluss sind nur zu 38 Prozent erwerbstätig, Menschen mit einem hohen Bildungsabschluss dagegen zu 61 Prozent. In der Gruppe derer ohne Schulabschluss sind die Arbeitslosenquote und der Anteil der Hausfrauen überdurchschnittlich hoch, vor allem aber befinden sich viele von ihnen bereits im Ruhestand.

Tabelle 2: Tätigkeit (Auswahl)

Tätigkeit	Deutsche ab 18 Jahren	Befragte mit Migrationshintergrund
Erwerbstätig (Voll-/Teilzeit)	53	58
Rentner/ Pensionär	30	14
Hausfrau	4	6
Arbeitslos	4	5
Schüler / Student / in Ausbild.	8	13

Quelle für Deutsche ab 18 Jahren: ARD-DeutschlandTREND von Infratest dimap, Quartalsauswertung 2/2014 / Angaben in Prozent

Bei den befragten Migranten aus Polen und Rumänien fällt der Anteil der Erwerbstätigen überdurchschnittlich hoch aus (69 bzw. 67%). Die Studie stützt somit die These, dass von einer massenhaften Armutszuwanderung in die deutschen Sozialversicherungssysteme aus Rumänien nicht die Rede sein kann. Bei Befragten aus dem Nahen Osten, Vietnam und Nordafrika ist der Studentenanteil besonders hoch. Unter den Menschen, die aus der Türkei und den Ländern des Nahen Ostens stammen, befinden sich dagegen überdurchschnittlich viele Hausfrauen.

Zwar ist auch bei Personen mit Migrationshintergrund die Zahl der Arbeiter rückläufig (33%; -6%-Punkte im Vergleich zu 2008), im Vergleich zur deutschen Bevölkerung insgesamt ist diese Berufsgruppe allerdings immer noch recht groß. Rund die Hälfte der erwerbstätigen Migranten arbeitet mittlerweile als Angestellter (51%; +3%-Punkte), 3 Prozent sind verbeamtet und weitere 12 Prozent (jeweils +1%-Punkt) sind selbständig bzw. freiberuflich tätig. Der Anteil der Beamten ist damit nach wie vor sehr gering, was zum Teil auch daran liegt, dass ein deutscher Pass Voraussetzung für eine Tätigkeit im Staatsdienst ist. In der Gruppe der Migranten der zweiten oder dritten Generation – also der in Deutschland Geborenen – entspricht die Verteilung über die Berufsgruppen wesentlich stärker der Verteilung in der deutschen Gesamtbevölkerung. Hinsichtlich ethnischer Unterschiede bei der Berufswahl bleibt festzuhalten, dass Türkisch- und Russischstämmige überdurchschnittlich häufig als Arbeiter ihr Geld verdienen, bei Personen aus Polen und Rumänien ist der Anteil der Angestellten überproportional hoch. In der Gruppe der Menschen mit italienischem und griechischem Migrationshintergrund gibt es häufiger Selbständige und Freiberufler als beim Rest der Befragten.

Tabelle 3: Beruf der Erwerbstätigen

Tätigkeit	Deutsche ab 18 Jahren	Befragte mit Migrationshintergrund
Arbeiter	18	33



Angestellter	64	51
Beamter	8	3
Freiberufler/ Selbstständig	11	12

Quelle für Deutsche ab 18 Jahren: ARD-DeutschlandTREND von Infratest dimap, Quartalsauswertung 2/2014 /
Angaben in Prozent

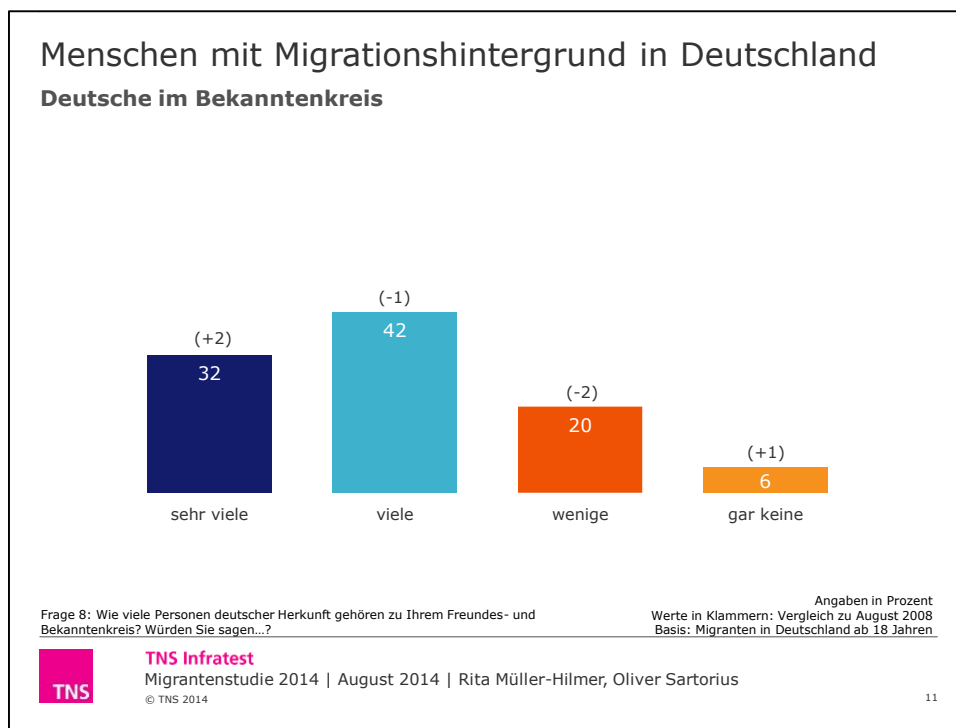
5 Verhältnis zu den Deutschen

Ein weiterer wichtiger Indikator für den Erfolg von Integration ist der Kontakt und Austausch mit autochthonen Deutschen sowie die Qualität der Beziehung zu ihnen.

5.1 Kontakte

Deutsche im Bekanntenkreis

Wie schon 2008 zählen die meisten Migranten nicht nur Personen mit gleichem Migrationshintergrund, sondern auch Menschen deutscher Herkunft zu ihrem Freundes- und Bekanntenkreis. Gut vier von zehn (42%; -1%-Punkt) haben viele deutsche Freunde oder Bekannte, ein Drittel (32%; +2%-Punkte) sogar sehr viele. Ein Fünftel (20%; -2%-Punkte) hat zumindest zu wenigen autochthonen Deutschen Kontakt, nur 6 Prozent (+1%-Punkt) der befragten Migranten bleiben ausschließlich unter sich. Damit liegt das Ausmaß des Kontakts zwischen den Bevölkerungsgruppen zwar auf hohem Niveau, der Austausch konnte in den letzten Jahren aber nicht intensiviert werden.

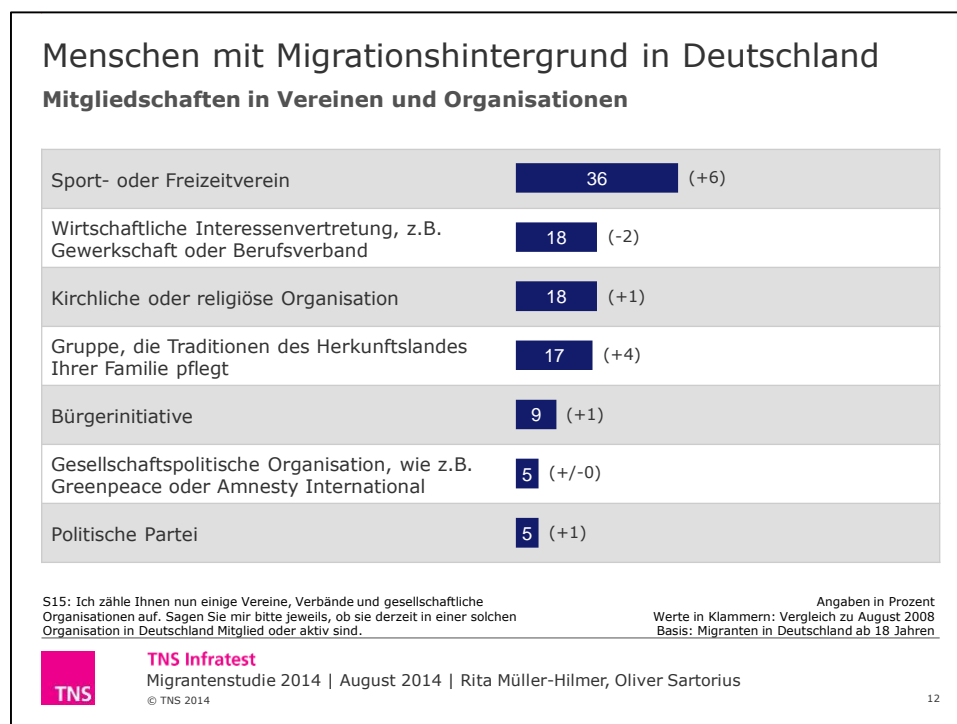


Eines der entscheidenden Hemmnisse für mehr soziale Kontakte zu Menschen deutscher Herkunft scheinen mangelnde Sprachkenntnisse zu sein. So haben ältere Migranten über 60 Jahren bzw. Rentner (jeweils 39%), Personen ohne Schulabschluss (41%), Arbeitslose (39%), Russischstämmige (35%) und Migranten, die weniger als 20 Jahre in Deutschland leben (35%) überdurchschnittlich häufig entweder nur wenige oder gar keine deutschen Bekanntschaften. Alle Teilgruppen haben nach eigener Auskunft vergleichsweise große Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache. In dieser Hinsicht eine Ausnahme bilden Türkischstämmige (und damit einhergehend Muslime), die zwar

ebenfalls seltener Kontakt zu Deutschen pflegen, deren Sprachfähigkeiten aber kaum vom Durchschnitt der Befragten abweichen. Hier muss es andere Gründe für die Zurückhaltung geben. Überdurchschnittlich viele autochthone Deutsche zählen dagegen Personen mit Wurzeln in Polen (89%), Griechenland (86%), Ex-Jugoslawien (83%) und Italien (81%) zu ihrem Freundes- und Bekanntenkreis.

Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen

Für eine stärkere Integration der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund in die deutsche Gesellschaft spricht auch, dass die Zahl der Mitgliedschaften in Vereinen und Organisation seit 2008 tendenziell angestiegen ist. Insbesondere der Anteil der Migranten, die Mitglied in einem Sport- oder Freizeitverein sind, hat sich in den vergangenen Jahren von 30 auf 36 Prozent erhöht. Des Weiteren ist knapp ein Fünftel der Befragten in einer wirtschaftlichen Interessenvertretung wie zum Beispiel einer Gewerkschaft oder einem Berufsverband organisiert (18%; -2%-Punkte) oder Mitglied in einer kirchlichen bzw. religiösen Einrichtung (18%; +1%-Punkt). Etwa jeder Zehnte engagiert sich in einer Bürgerinitiative (9%; +1%-Punkt), jeder Zwanzigste (jeweils 5%) ist Mitglied in einer gesellschaftspolitischen Organisation wie Greenpeace oder Amnesty International (+/-0%-Punkte) oder einer politischen Partei (+1%-Punkt). Gleichzeitig hat aber auch der Wunsch, die Traditionen des Herkunftslandes gemeinsam mit anderen zu pflegen, zugenommen. 17 Prozent (+4%-Punkte) geben an, Mitglied in einer Gruppe zu sein, die sich die Aufrechterhaltung der Kultur und der Tradition des Herkunftslandes zum Ziel gesetzt hat. Mitglied in solchen Vereinigungen sind überdurchschnittlich häufig aus der Türkei stammende Migranten und damit vor allem Muslime. Gerade für sie scheint darin eine wichtige Möglichkeit zu bestehen, mit ihrem Herkunftsland in Verbindung zu bleiben.



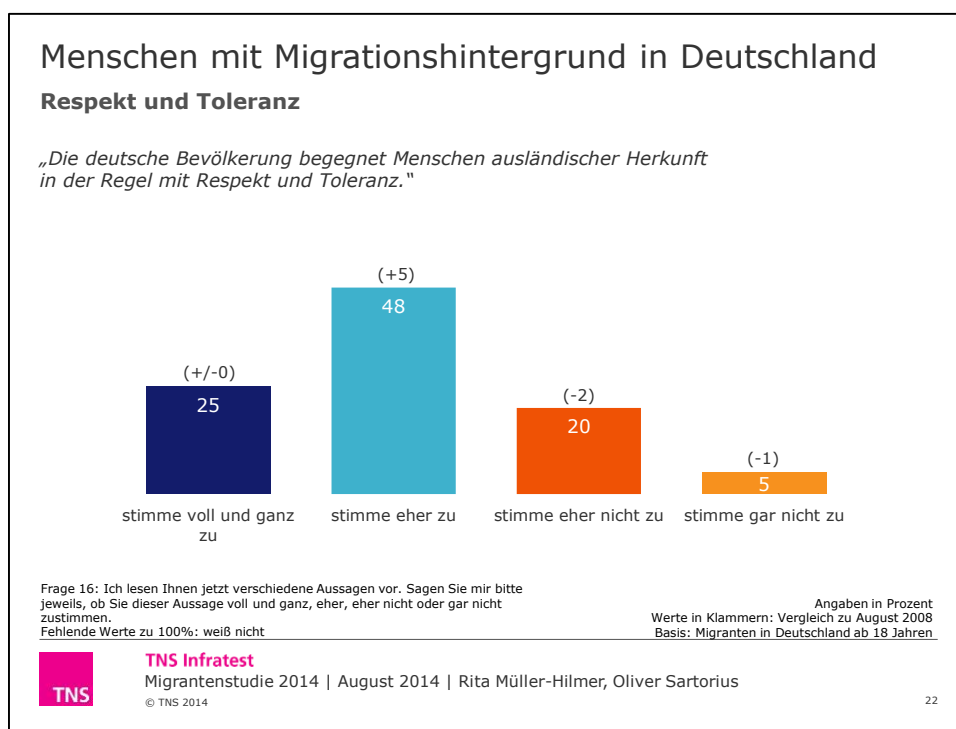
Der Versuch, beiden Wurzeln der eigenen Identität gerecht zu werden, muss nicht zwingend ein Indiz für eine schlechte(re) Integration sein. Allerdings deuten die Befunde auch darauf hin, dass gerade in den schwächer integrierten Gruppen das Bedürfnis nach Pflege der eigenen Kultur besonders stark ausgeprägt ist.

5.2 Erfahrungen mit Deutschen

Integration ist keine Einbahnstraße. Neben der grundsätzlichen Bereitschaft der Zuwanderer, sich in die Gesellschaft einzufügen, muss auch das aufnehmende Land Voraussetzungen schaffen, die eine erfolgreiche Integration befördern. In diesem Zusammenhang wird häufig gefordert, dass Deutschland gegenüber den Migranten eine „Willkommenskultur“ etablieren muss. Damit soll Migranten signalisiert werden, dass sie erwünscht sind und sie hier eine Perspektive haben.

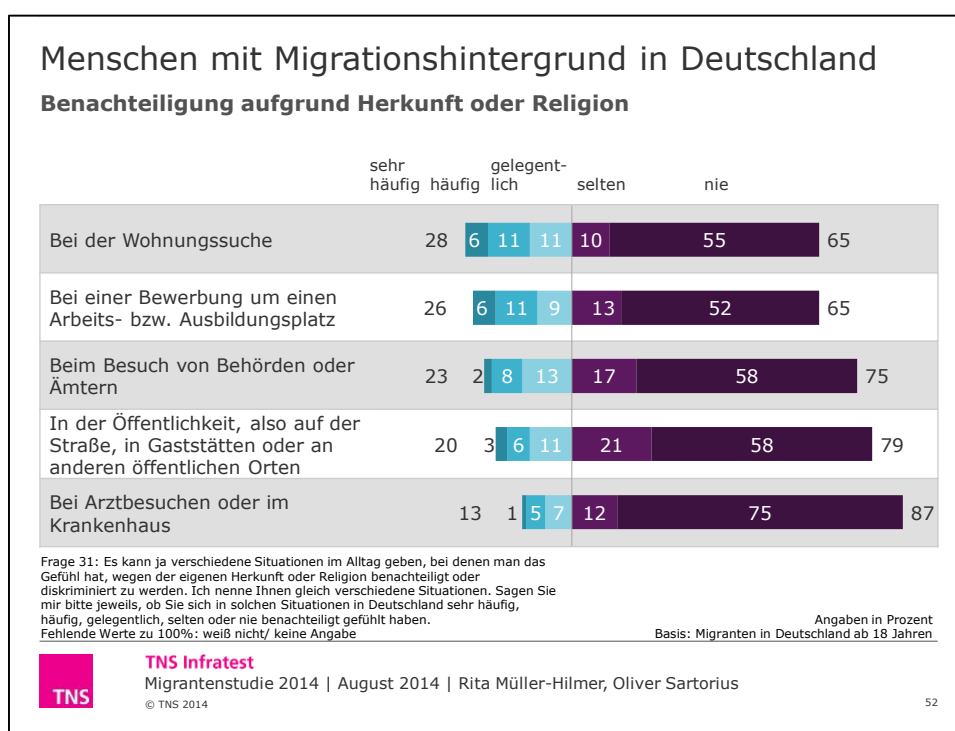
Respekt und Toleranz

Dass die deutsche Bevölkerung den Zuwanderern und ihren Nachkommen auf Augenhöhe begegnet, ist sicher eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass sich Migranten hier willkommen fühlen. Dies ist nach Ansicht von fast drei Viertel (73%) der in Deutschland lebenden Personen mit Migrationshintergrund gegeben. So stimmen 25 Prozent der Aussage, die deutsche Bevölkerung begegne Menschen ausländischer Herkunft in der Regel mit Respekt und Toleranz, voll und ganz zu. Knapp die Hälfte (48%) stimmt dem zumindest eher zu. Damit zeichnet sich in dieser Hinsicht im Vergleich zur Vorgängerstudie 2008 nochmal eine leichte Verbesserung ab. Damals konnten der Aussage insgesamt 68 Prozent der Befragten zustimmen. Nichtsdestotrotz vermisst nach wie vor jeder Vierte (25%; -3%-Punkte) im Umgang der Deutschen mit Migranten den gebotenen Respekt.



Personen, die selbst oder deren Vorfahren aus Rumänien, Vietnam oder Polen nach Deutschland zugewandert sind, fühlen sich von den Deutschen weit stärker akzeptiert als beispielsweise Migranten, die ihre Wurzeln in der Türkei oder den Ländern Nordafrikas haben. Wie auch schon 2008 sind die Türkischstämmigen (und damit verbunden Personen muslimischen Glaubens) diejenigen, die am häufigsten den Respekt und die Toleranz im persönlichen Umgang vermissen – auch wenn sich die Einschätzung im Vergleich zu vor sechs Jahren leicht verbessert hat (Ablehnung: 41%; -6%-Punkte im Vergleich zu 2008). Deutlich negativer als in der Vorgängererhebung fällt das Urteil der hier lebenden Menschen aus nordafrikanischen Ländern aus (32%; +12%-Punkte).

Benachteiligung aufgrund Herkunft oder Religion



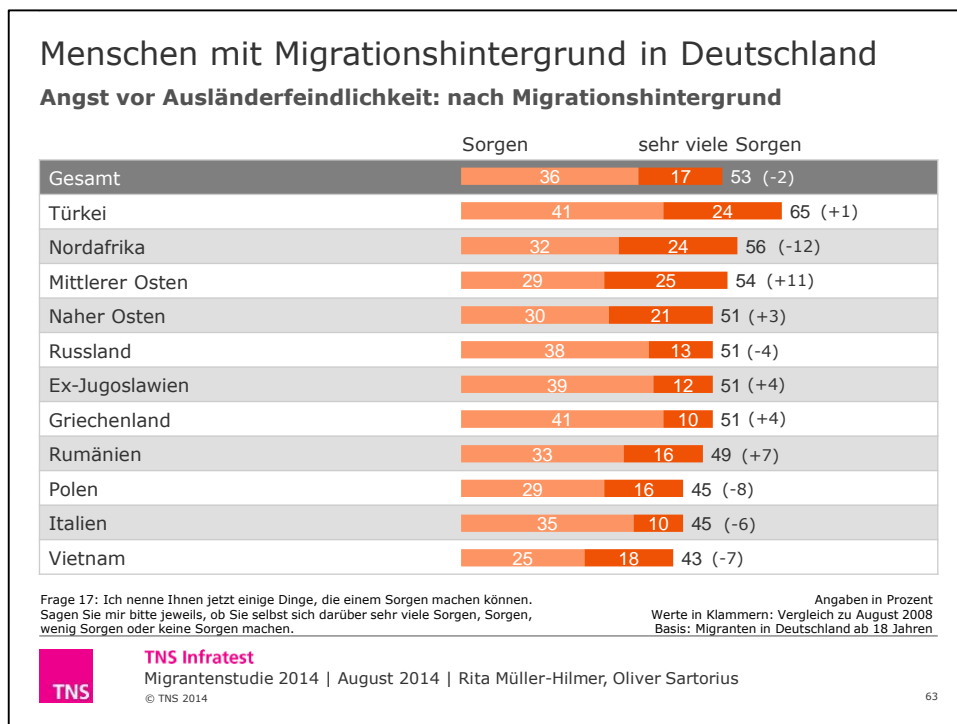
Trotz eines weithin gefühlten respektvollen und toleranten Umgangs mit Migranten in Deutschland, hat ein Teil der Befragten bereits Benachteiligung und Diskriminierung aufgrund der eigenen Herkunft oder Religion erlebt.¹¹ Vor allem bei der Wohnungssuche haben fast drei von Zehn (28%) zumindest gelegentlich negative Erfahrungen gemacht. Gut ein Viertel (26%) wurde nach eigener Auskunft im Rahmen einer Bewerbung um einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz benachteiligt. Nun liegt es natürlich im Ermessen des Einzelnen, ob eine Diskriminierung vorliegt. Dass man es mit einem Namen, der auf eine ausländische Herkunft schließen lässt, auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt in Deutschland aber nach wie vor schwerer haben dürfte, ist weitgehend unbestritten. Auch beim Kontakt mit Ämtern und Behörden in Deutschland berichtet fast jeder Vierte (23%) von gelegentlichen Feindseligkeiten und zwei von Zehn (20%) wurden Opfer von Diskriminierung in der Öffentlichkeit, also auf der Straße oder in einer Gaststätte. Von negativen Erfahrungen bei Arzt- oder

¹¹ Bei der Befragung 2008 wurde nur nach Erfahrungen mit Benachteiligung oder Diskriminierung allgemein gefragt, nicht in bestimmten Situationen. Deshalb ist hier kein Vergleich der Ergebnisse möglich.

Krankenhausbesuchen berichten lediglich 13% der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund. Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass bei allen abgefragten Situationen sich jeweils eine Mehrheit noch niemals diskriminiert gefühlt hat, aber zumindest bei der Suche nach einer Wohnung oder einem Arbeitsplatz scheint Benachteiligung auf Grund Herkunft oder Religion in Deutschland nicht ungewöhnlich zu sein.

Nach eigener Aussage überdurchschnittlich häufig Feindseligkeiten ausgesetzt sind Anhänger der islamischen Glaubensrichtung, und damit vor allem Menschen, die aus der Türkei, Nordafrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten stammen. Von Arztbesuchen einmal abgesehen berichten Muslime bei allen abgefragten Situationen – insbesondere aber bei der Arbeitsplatzsuche (+14%-Punkte im Vergleich zu Gesamt) und hinsichtlich Anfeindungen in der Öffentlichkeit (+18%-Punkte) – sehr viel häufiger von Diskriminierung als Befragte mit einer anderen oder ohne Religionszugehörigkeit. Migranten aus Vietnam haben nach eigenem Bekunden häufiger als andere negative Erfahrungen auf offener Straße (+13%-Punkte) und auch bei der Wohnungssuche (+9%-Punkte) gemacht. Junge Befragte im Alter zwischen 18 und 29 Jahren berichten überdurchschnittlich häufig von Problemen bei der Suche nach Arbeit oder Ausbildung (+7%-Punkte).

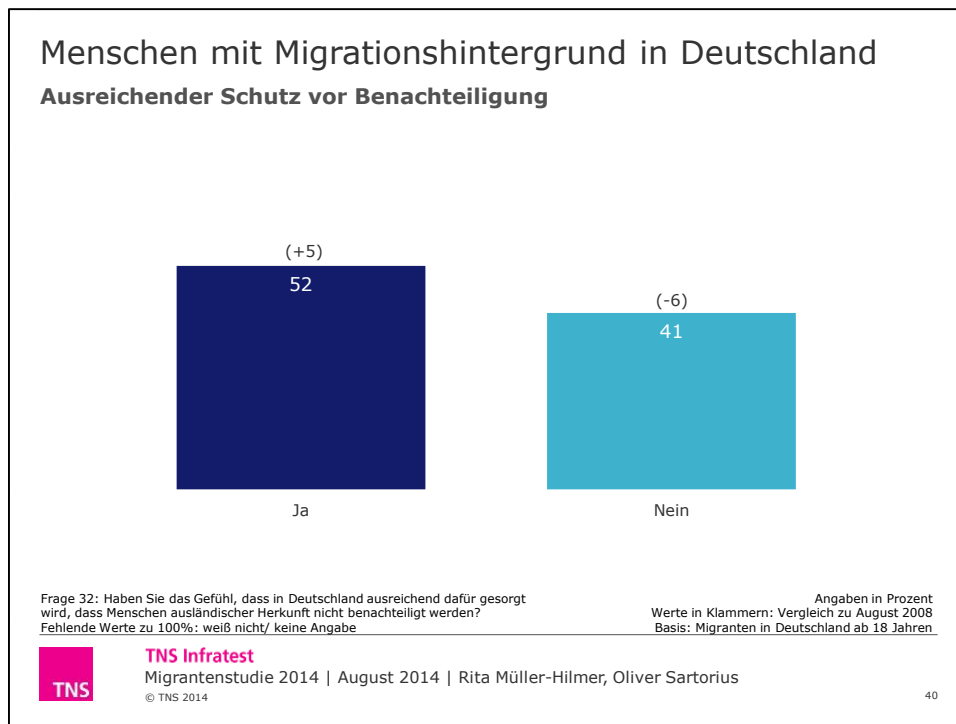
Derlei selbst erlebte oder von anderen Migranten berichtete Benachteiligungen verstärken die Furcht vor Ausländerfeindlichkeit in Deutschland. So macht sich nach wie vor jeder zweite Migrant (53%; -2%-Punkte) Sorgen darüber, dass viele Deutsche etwas gegen Ausländer haben. Dies trifft erneut besonders häufig auf Muslime (+8%-Punkte im Vergleich zu Gesamt) bzw. türkischstämmige Befragte (+12%-Punkte) zu, die auch vergleichsweise oft Diskriminierungserfahrungen gemacht haben. Weibliche Migranten zeigen sich in dieser Frage ebenfalls besorgter (+14%-Punkte) als Männer.



Schutz vor Benachteiligung

Trotz teilweise erlebter Diskriminierung und der recht weit verbreiteten Sorge vor Ausländerfeindlichkeit gibt es bei der Frage, ob in Deutschland ausreichend Schutz vor Benachteiligung geboten wird, im Vergleich zu 2008 eine positive Entwicklung zu vermelden. Gut die Hälfte der Befragten (52%) und damit etwas mehr als vor sechs Jahren (+5%-Punkte) haben das Gefühl, dass hierzulande ausreichend dafür gesorgt wird, dass Menschen ausländischer Herkunft nicht benachteiligt werden. Dabei mag die Politik der Bundesregierung durchaus einen Beitrag geleistet haben (siehe Abschnitt 9). Gut vier von Zehn (41%; -6%-Punkte) sehen hier aber weiterhin Handlungsbedarf.

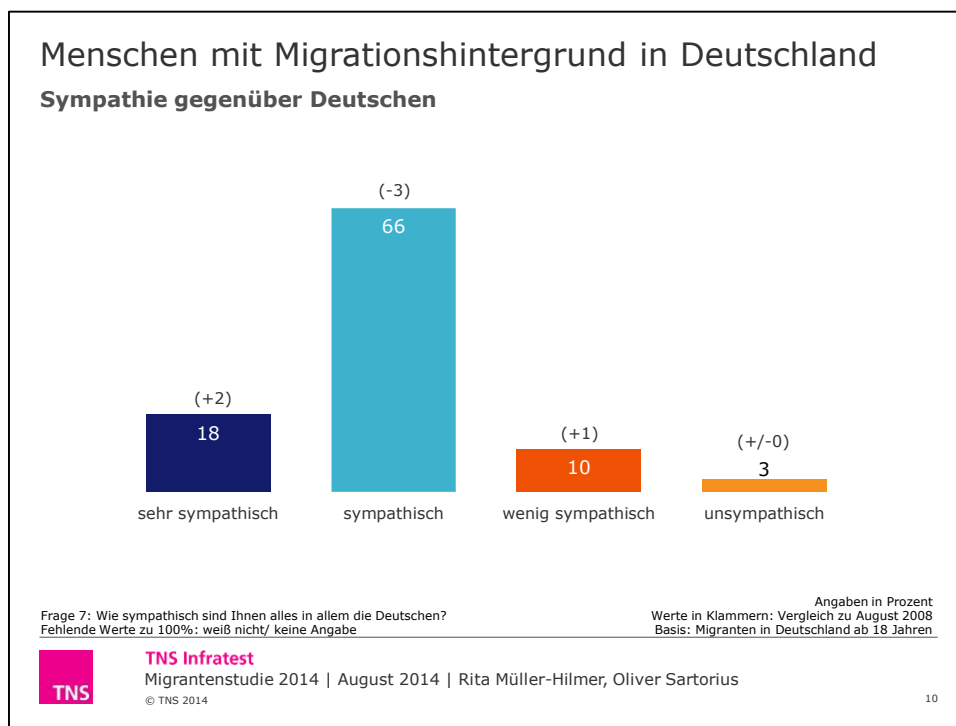
Unverändert kritisch ist die Sicht der hier lebenden Muslime und insbesondere der türkischstämmigen Befragten, die jeweils mehrheitlich unzufrieden mit dem Erreichten sind. So meinen 58 Prozent der Personen, die ihre Wurzeln in der Türkei haben und 55 Prozent der Angehörigen des Islams, dass in Deutschland der Schutz vor Diskriminierung nicht ausreichend gewährleistet wird. Dies verwundert nicht, da diese Gruppen nach eigener Auskunft auch überdurchschnittlich häufig Benachteiligung erlebt haben.



5.3 Einstellungen gegenüber den Deutschen

Sympathie gegenüber den Deutschen

Als weiterer Gradmesser für das Verhältnis zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und der autochthonen Bevölkerung wurde wie auch schon 2008 nach der Sympathie gegenüber den Deutschen gefragt. Hier gibt es im Vergleich zur Vorgängerstudie kaum Veränderungen. Der überwiegenden Mehrheit der Migranten sind die Deutschen grundsätzlich sympathisch (66%; -3%-Punkte) oder sogar sehr sympathisch (18%; +2%-Punkte). Nur eine Minderheit der hier lebenden Personen mit Migrationshintergrund findet sie weniger sympathisch (10%; +1%-Punkt) oder hegt gar eine ausgesprochene Antipathie gegenüber den Einheimischen (3%; +/-0%-Punkte).



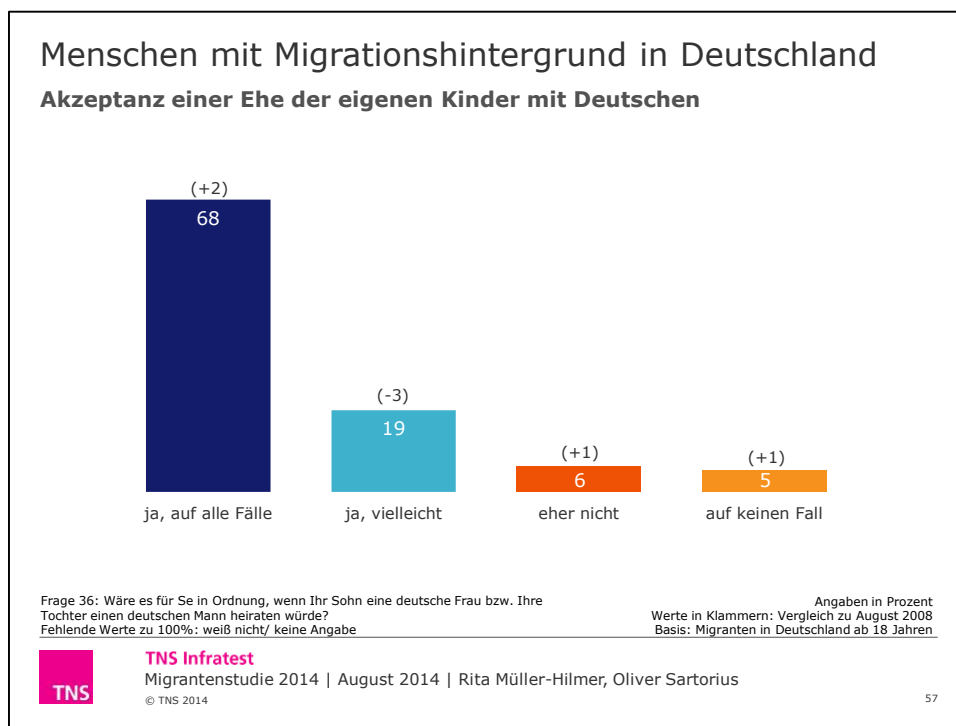
Wie auch schon 2008 gibt es in dieser Frage große Unterschiede zwischen den einzelnen Migrantengruppen, die auf ethnische und religiöse Gründe zurückgeführt werden können. Während Befragte mit familiären Wurzeln in den mehrheitlich christlich geprägten Ländern Griechenland, Italien, Polen, den jugoslawischen Nachfolgeländern, Rumänien und Russland den Deutschen fast uneingeschränkt positiv gegenüberstehen, sehen die Befragten aus der Türkei die Deutschen deutlich weniger wohlwollend. In dieser Gruppe ist die Distanz gegenüber der einheimischen Bevölkerung in den letzten sechs Jahren sogar noch größer geworden (wenig sympathisch / unsympathisch: 36%; +9%-Punkte im Vergleich zu 2008). Fast durchgehend positiv fällt dagegen das Urteil der Menschen aus den restlichen Herkunftsländern aus.

Ferner sind bei Migranten ohne oder mit nur einfacher Schulbildung (wenig sympathisch / unsympathisch: jeweils 21%) sowie bei denen, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht anstreben (25%), vergleichsweise häufig negative Assoziationen präsent.

Akzeptanz von Deutschen als Familienmitglied

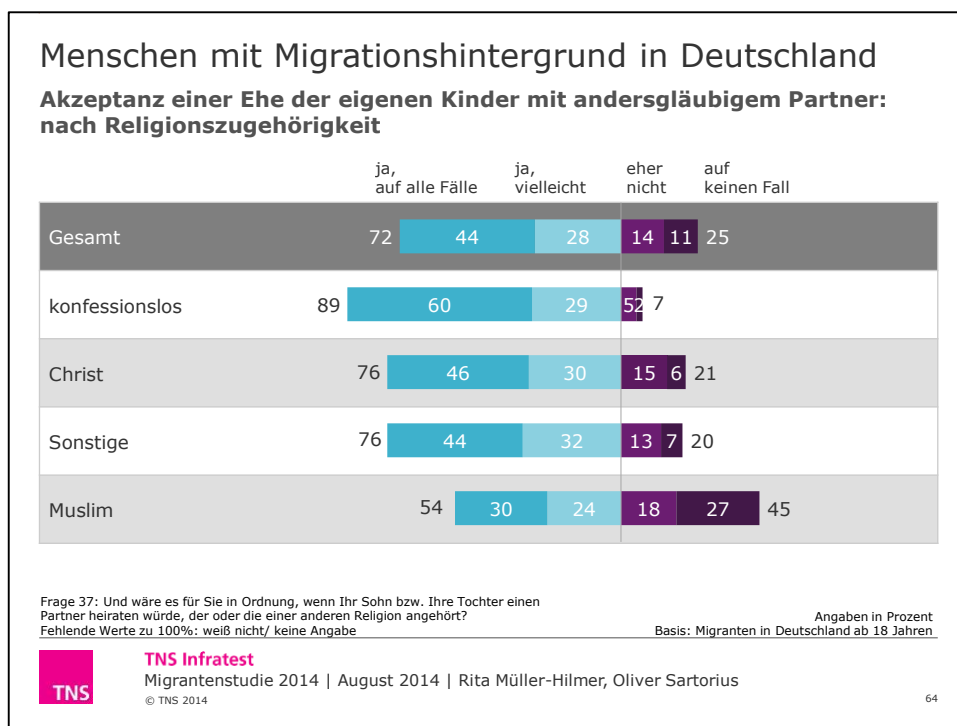
Insgesamt ist also eine große Mehrheit der Menschen mit Migrationshintergrund den Deutschen gegenüber positiv eingestellt. Ist diese Zuneigung aber eher oberflächlich oder ist sie tief verwurzelt? Die Frage, ob es in Ordnung sei, wenn der eigene Sohn eine deutsche Frau oder die eigene Tochter einen deutschen Mann heiraten würde, wenn also ein Deutscher oder eine Deutsche Teil der Familie werden würde, kann als Indikator für die Intensität der Zuneigung fungieren.

Für gut zwei Drittel der Menschen mit Migrationshintergrund (68%; +2%-Punkte im Vergleich zu 2008) wäre es völlig in Ordnung, wenn das eigene Kind einen Deutschen bzw. eine Deutsche heiraten würde. Ein knappes Fünftel (19%; -3%-Punkte) würde es vielleicht akzeptieren. 6 Prozent der Befragten stehen einer derartigen Verbindung eher skeptisch gegenüber, 5 Prozent lehnen sie kategorisch ab (jeweils +1%-Punkt). Damit ist die Einstellung der Migranten in dieser Hinsicht weitgehend konstant geblieben.



Nach wie vor sind die Gründe für die jeweilige zustimmende oder ablehnende Haltung in dieser Frage mutmaßlich in erster Linie religiöser Natur. So sprechen sich drei von zehn Muslime (30%) gegen eine Heirat des Sohnes bzw. der Tochter mit einer Deutschen bzw. einem Deutschen aus. Ihre Skepsis gegenüber einer derartigen Verbindung ist in den letzten Jahren sogar noch stärker geworden (+10%-Punkte im Vergleich zu 2008). Erneut sind es damit vor allem Menschen mit türkischem Migrationshintergrund, die überdurchschnittlich häufig Probleme mit einem deutschen Schwiegersohn oder einer deutschen Schwiegertochter hätten. Migranten ohne Religionszugehörigkeit, aber auch Anhänger des Christentums oder einer anderen Glaubensrichtung als dem Islam haben dagegen so gut wie nie Bedenken gegenüber einem solchen Anliegen.

Dass die Haltung in dieser Frage tatsächlich in erster Linie von religiösen Erwägungen bestimmt wird, zeigen die Ergebnisse der neu gestellten Frage, ob man denn mit einer Heirat des eigenen Kindes über die Grenzen der eigenen Religionszugehörigkeit hinweg einverstanden wäre. Hier offenbaren sich nun auch in der Gesamtstichprobe weitaus größere Zweifel. So kann sich noch nicht einmal die Hälfte der Befragten (44% und damit 24%-Punkte weniger als bei der Frage nach der Zustimmung zu einer Heirat mit einem bzw. einer Deutschen) damit uneingeschränkt einverstanden erklären. Gut ein Viertel (28%) wäre vielleicht einverstanden, 14 Prozent dagegen eher nicht und gut jeder Zehnte (11%) kann oder will sich dies gar nicht vorstellen. Zwar sind es auch bei dieser Frage in erster Linie die Muslime (45%), die einer derartigen Verbindung besonders kritisch gegenüber stehen. Allerdings fällt auch das Urteil der Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften verhaltener aus. So hegen immerhin 21 Prozent der Christen und 20 Prozent der Angehörigen sonstiger Glaubensrichtungen Bedenken gegenüber einem Schwiegersohn oder einer Schwiegertochter mit einer anderen Konfession. Diese im Vergleich zur vorhergehenden Frage größere Skepsis dürfte teilweise durch vermeintlich oder gefühlt unüberbrückbare Unterschiede zwischen den Religionen bestimmt sein, wird oftmals aber auch ganz praktischen Überlegungen (Gestaltung der Hochzeitsfeier, Erziehung der Kinder etc.) geschuldet sein.



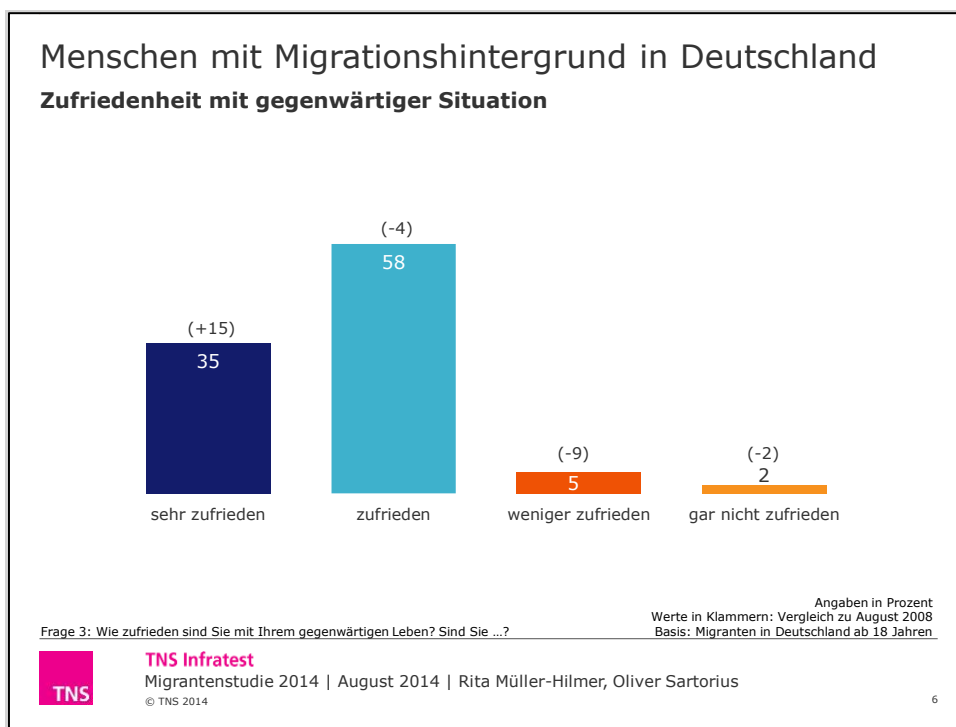
6 Verhältnis zu Deutschland

Um Integrationspolitik erfolgreich gestalten zu können, ist es wichtig, mehr über das Verhältnis der Migranten zu Ihrer (Wahl-) Heimat zu erfahren. Hier geht es insbesondere um die Lebenszufriedenheit der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund und die Frage der Verbundenheit zu Deutschland.

6.1 Lebenszufriedenheit

Zufriedenheit mit gegenwärtiger Situation

Bereits 2008 war die überwiegende Mehrheit der Befragten (82%) mit ihrem Leben in Deutschland zufrieden oder sogar sehr zufrieden. Dieser ohnehin schon gute Wert hat sich innerhalb der letzten sechs Jahre nochmal eindrucksvoll verbessert. Insbesondere der Anteil der mit ihrer gegenwärtigen Situation sehr zufriedenen Migranten ist im Vergleich zur Vorgängerstudie angestiegen (35%, +15%-Punkte im Vergleich zu 2008). Weitere sechs von Zehn (58%; -4%-Punkte) zeigen sich zufrieden. Nur eine kleine Minderheit von insgesamt 7 Prozent der Befragten beklagt sich über die eigenen Lebensumstände (-11%-Punkte).



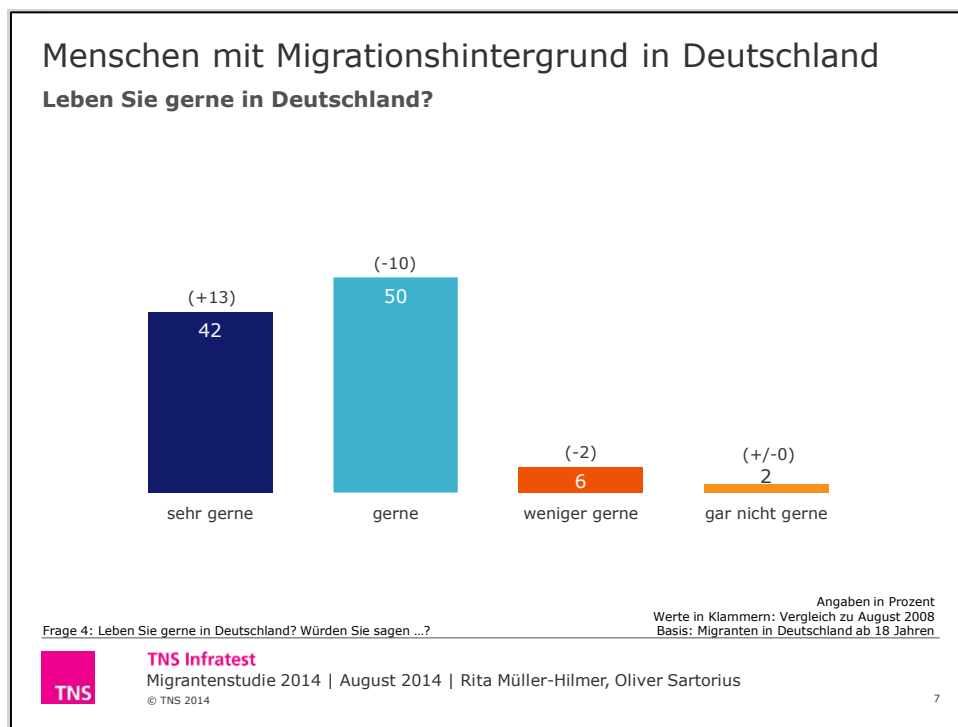
Diese positive Veränderung der Grundstimmung hängt sicherlich mit der erfreulichen wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre zusammen. Bei der Befragung im Jahr 2008 zeichnete sich bereits die drohende Banken- und die darauf folgende Wirtschaftskrise ab, aus der Deutschland allerdings sehr viel besser als andere (v.a. europäische) Länder hervorgegangen ist. Derzeit gilt Deutschland in ökonomischer Hinsicht als so stark wie kaum ein anderes Land. Auch die

Arbeitslosigkeit ist im Vergleich zu 2008 zurückgegangen.¹² Diese volkswirtschaftlichen Indikatoren wirken sich auch auf das Leben der einzelnen Menschen aus und steigern augenscheinlich die Zufriedenheit in der Zielgruppe der Befragung.

Wenig überraschend sind auch diejenigen Teilgruppen unter den hier lebenden Migranten unzufriedener, die aufgrund ihrer persönlichen Situation über weniger sozio-ökonomische Ressourcen verfügen. Dazu gehören Personen ohne Schulabschluss (-10%-Punkte im Vergleich zu Gesamt), Arbeitslose (-9%-Punkte) und Personen mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 1.000 Euro (-9%-Punkte). Vom jeweiligen Migrationshintergrund der Befragten ist diese Variable dagegen weitgehend unabhängig. Einzig die türkischstämmigen Befragten zeigen sich – wie auch schon 2008 – etwas seltener zufrieden (-6%-Punkte). Über alle Teilgruppen hinweg gilt aber, dass jeweils eine deutliche Mehrheit mit ihrem Leben zufrieden ist.

Leben in Deutschland

Grundsätzlich lebt ein Großteil der Menschen mit Migrationshintergrund gerne (50%) oder sogar sehr gerne (42%) in Deutschland. Nicht mal jeder Zehnte fühlt sich hier weniger wohl (6%) oder lebt hier gar nicht gerne (2%). Damit ist im Vergleich zu 2008 insbesondere der Anteil derer stark angestiegen, die sehr gerne in Deutschland leben (+13%-Punkte).



Auch bei dieser Frage zeigen sich Personen, die in beruflicher und damit ökonomischer Hinsicht schlechtere Perspektiven haben, besonders unzufrieden. So leben Personen ohne bzw. einfachem

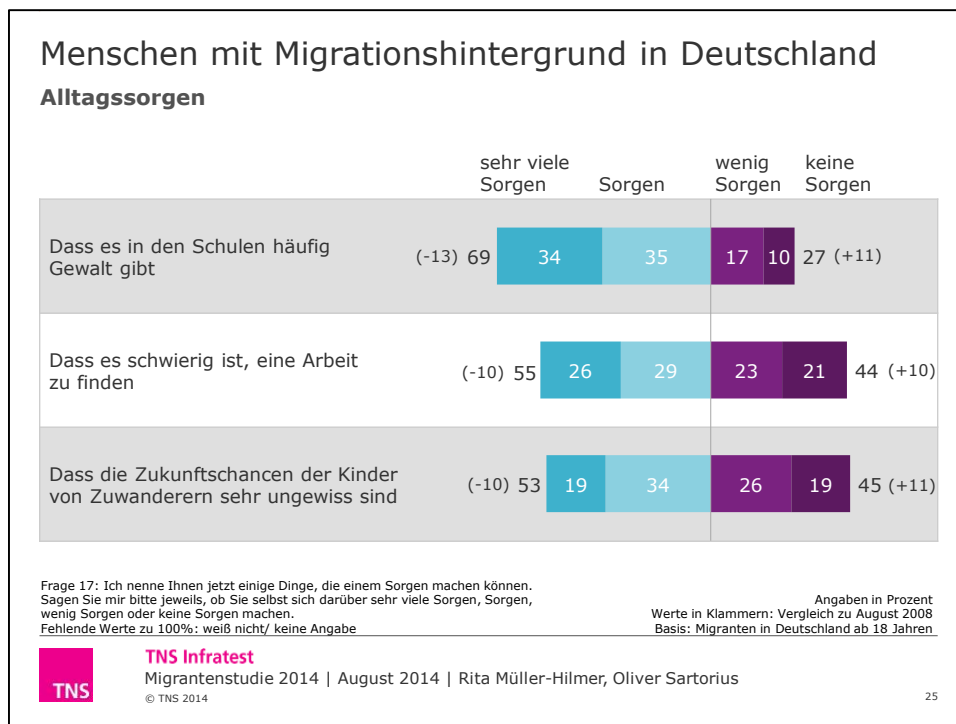
¹² Im Juli 2008 lag die Arbeitslosenquote bezogen auf abhängige zivile Erwerbsspersonen bei 8,6 Prozent. Im Juli 2014 lag sie bei 7,4 Prozent (Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf)

Schulabschluss (jeweils -10%-Punkte im Vergleich zu Gesamt), Arbeitslose (-11%-Punkte) und Menschen mit nur mittelmäßigen oder schlechten Deutschkenntnissen (-7%-Punkte) weniger gerne in Deutschland als andere. An der Tatsache, dass sich türkischstämmige Befragte in Deutschland deutlich weniger wohl fühlen als alle anderen ethnischen Gruppen, hat sich in den letzten sechs Jahren nichts geändert (-14%-Punkte im Vergleich zu Gesamt). Der Abstand ist eher noch größer geworden.

Neben den ökonomisch besseren Rahmenbedingungen mag dabei auch eine Rolle spielen, dass der Zeitraum der Befragung von internationalen Konflikten (Ukraine, Syrien, Irak, Israel/Gaza) geprägt war. Deutschland wird in diesem Kontext möglicherweise stärker als funktionierende und friedliche Gesellschaft wahrgenommen (vgl. auch Abschnitt 7.1).

Alltagsorgen

Diese grundsätzlich positive Tendenz – im Vergleich zu 2008 hat die Zufriedenheit mit der eigenen Situation deutlich und der Anteil der gerne hier lebenden Migranten leicht zugenommen – spiegelt sich auch in der Frage nach den Alltagsorgen von Menschen mit Migrationshintergrund wider.



Nach wie vor am meisten Gedanken machen sich die Befragten um das Thema Gewalt an Schulen. Rund sieben von zehn Befragten (69%) bereitet dieses Problem (sehr viele) Sorgen. Im Vergleich zu vor sechs Jahren hat das Thema allerdings deutlich an Brisanz verloren (-13%-Punkte im Vergleich zu 2008). Ebenfalls weniger sorgenvoll blicken die in Deutschland lebenden Migranten auf die Situation auf dem Arbeitsmarkt und die (beruflichen) Perspektiven von Zuwandererkindern. Etwas mehr als die Hälfte macht sich Sorgen, weil es schwierig ist, in Deutschland Arbeit zu finden (55%; -10%-Punkte). Ungefähr genauso viele (53%; ebenfalls -10%-Punkte) haben Bedenken, weil die Zukunftschancen von Kindern von Migranten in Deutschland ungewiss seien. Damit zeigen die

positive wirtschaftliche Entwicklung und die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt in den letzten Jahren auch bei den Alltagsorgen der Befragten Wirkung.

Trotz dieser positiven Tendenz macht sich nach wie vor jeweils mehr als die Hälfte der Personen mit Migrationshintergrund wegen dieser Themen Gedanken.

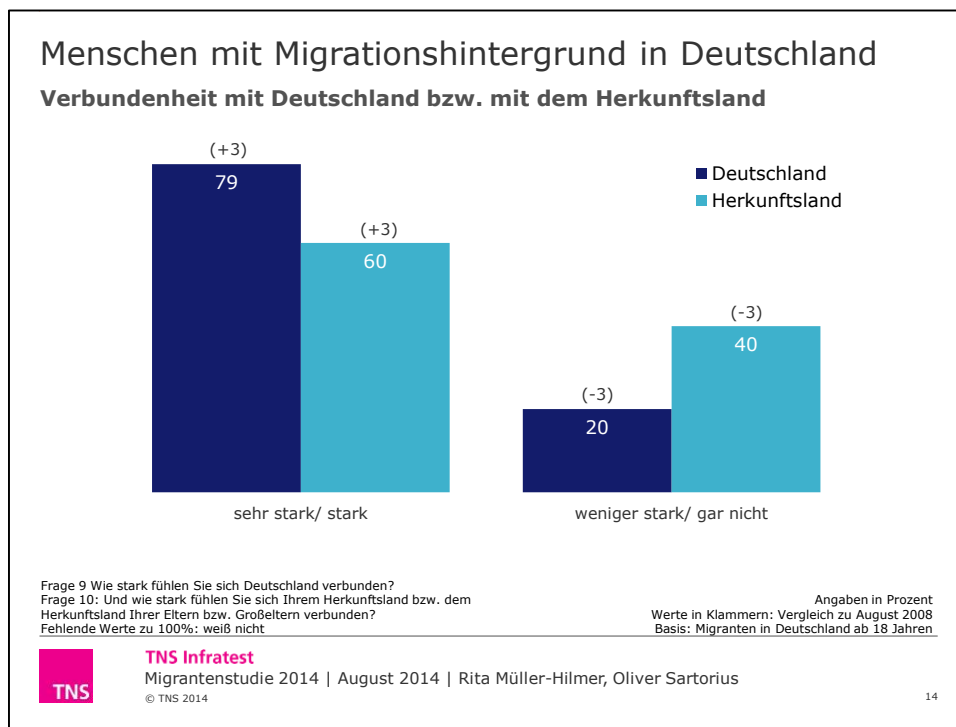
6.2 Deutschland als Heimat

Für den Erfolg von Integration ist auch entscheidend, inwieweit Deutschland als Heimatland empfunden wird.

Verbundenheit mit Deutschland und dem Herkunftsland

Fast acht von zehn Personen mit Migrationshintergrund (79%; +3%-Punkte im Vergleich zu 2008) fühlen sich Deutschland entweder stark oder sehr stark verbunden, sind also in ihrer (neuen) Heimat auch emotional verwurzelt. Gleichzeitig hat die Mehrheit aber auch zu ihrem Herkunftsland bzw. dem Herkunftsland der Eltern oder Großeltern eine sehr starke oder starke Beziehung (60%; +3%-Punkte). Für viele besteht tatsächlich kein Widerspruch darin, sich beiden Ländern zugehörig zu fühlen: 57 Prozent derjenigen, die eine (sehr) starke Verbundenheit zu Deutschland aufweisen, fühlen sich in gleicher Weise an das Herkunftsland gebunden. Im Vergleich zu 2008 ist damit die Intensität der Beziehung sowohl zu Deutschland als auch zum Herkunftsland leicht angestiegen.

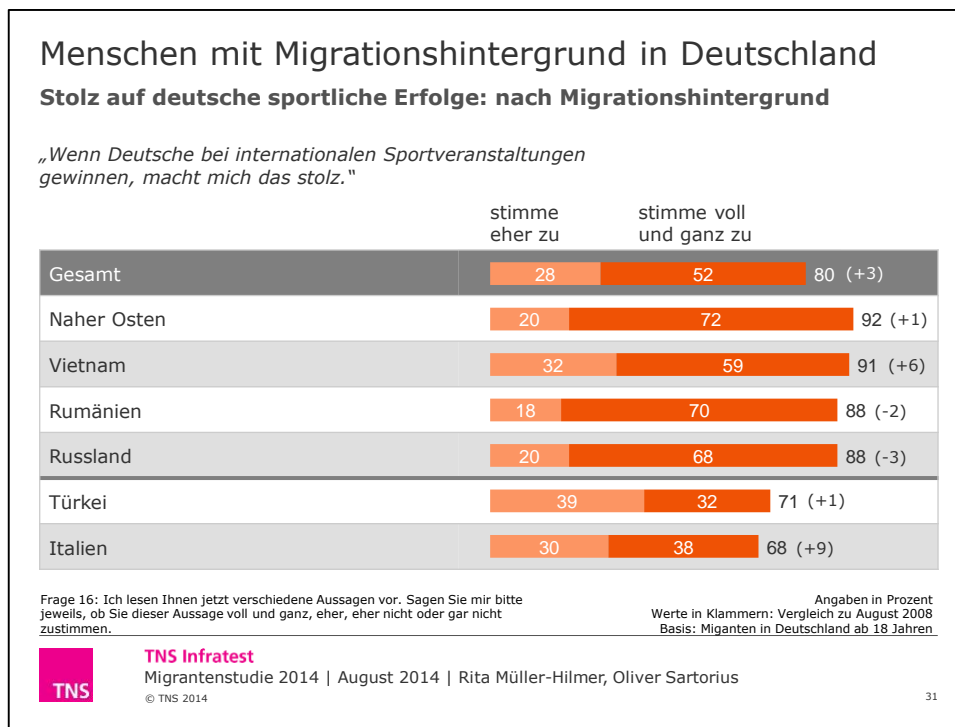
Vergleichsweise schwach ist die Bindung an Deutschland wenig überraschend bei Personen ausgeprägt, die erst in den letzten zehn Jahren nach Deutschland zugewandert sind. Sie fühlen sich auf Grund der Kürze ihres Aufenthalts in Deutschland noch stärker als andere an ihr einstiges Heimatland gebunden (+18%-Punkte im Vergleich zu Gesamt). Wie bereits 2008 gilt gleiches auch für Migranten, die die deutsche Staatsbürgerschaft nicht anstreben. Bei ihnen ist die emotionale Bindung an Deutschland relativ schwach und an das Land ihrer Geburt überdurchschnittlich stark ausgeprägt (+22%-Punkte). Dies könnte ein Anzeichen dafür sein, dass viele Deutschland nur als Transitland sehen und auf eine Rückkehr in ihre frühere Heimat hoffen. Gleichzeitig ist aber auch festzustellen, dass sich Migranten der zweiten und dritten Generation – also die Kinder bzw. Enkelkinder von Zuwanderern – wie auch schon bei der Vorgängerbefragung dem Herkunftsland ihrer Vorfahren stärker verbunden fühlen als die Gruppe der nach Deutschland Zugewanderten selbst (+10%-Punkte im Vergleich zu den Zugewanderten). Die Beziehung zum Herkunftsland spielt in dieser Gruppe für die eigene Identität also anscheinend eine vergleichsweise wichtige Rolle. Dies muss aber einer erfolgreichen Integration in die neue Heimat nicht im Wege stehen, zumal in dieser Gruppe 83 Prozent auch eine starke Verbundenheit zu Deutschland empfinden.



Eine überdurchschnittlich starke Beziehung zum Herkunftsland haben darüber hinaus Personen muslimischen Glaubens (+15%-Punkte im Vergleich zu Gesamt). Sie fühlen sich damit Deutschland und dem jeweiligen Herkunftsland genau gleich stark verbunden (jeweils 75%). Das gilt in ähnlicher Form auch für türkischstämmige Befragte, von denen ja viele einer islamischen Religionsgemeinschaft angehören. Ebenfalls stark mit dem Herkunftsland verbunden fühlen sich Griechisch- und Italienischstämmige (jeweils +13%-Punkte), wobei Griechen auch eine überdurchschnittlich starke Bindung an die Wahlheimat Deutschland aufweisen. Personen mit Wurzeln in Rumänien und Russland bzw. der ehemaligen Sowjetunion zeichnen sich dagegen durch ein relativ distanzierendes Verhältnis zu ihrem Herkunftsland aus (-10 bzw. -22%-Punkte). Dies kann damit zusammenhängen, dass in diesen Gruppen viele Menschen als (Spät-) Aussiedler nach Deutschland kamen und sich deswegen ohnehin eher als Deutsche denn als Angehörige eines anderen Landes sehen.

Die insgesamt starke Verbundenheit zu Deutschland zeigt sich auch daran, dass es acht von zehn Befragte (80%; +3%-Punkte im Vergleich zu 2008) mit Stolz erfüllt, wenn Deutsche bei einer Sportveranstaltung gewinnen. Dieser hohe Wert kann aber möglicherweise auch darin begründet sein, dass die Befragungen sowohl 2008 als auch 2014 während sportlichen Großereignissen durchgeführt wurden und somit die Begeisterung für Erfolge in dieser Hinsicht ohnehin besonders stark ausgeprägt war. So fand vor sechs Jahren zum Zeitpunkt der Erhebung die Fußball-Europameisterschaft statt, bei der Befragung 2014 wurde die Fußball-Weltmeisterschaft in Brasilien ausgetragen, aus der Deutschland sogar als Sieger hervorging. Überdurchschnittlich stark fiebern Migranten aus dem Nahen Osten (+12%-Punkte im Vergleich zu Gesamt), aus Vietnam (+11%-Punkte) sowie Rumänisch- und Russischstämmige (jeweils +8%-Punkte) mit, wenn Deutsche bei sportlichen Wettkämpfen antreten. Weniger stolz auf deutsche Erfolge sind wie auch schon vor sechs Jahren dagegen Menschen, die aus der Türkei (-9%-Punkte) oder Italien (-12%-Punkte) stammen. Dies kann im Falle von Italien auch damit zu tun haben, dass sowohl bei der Europameisterschaft

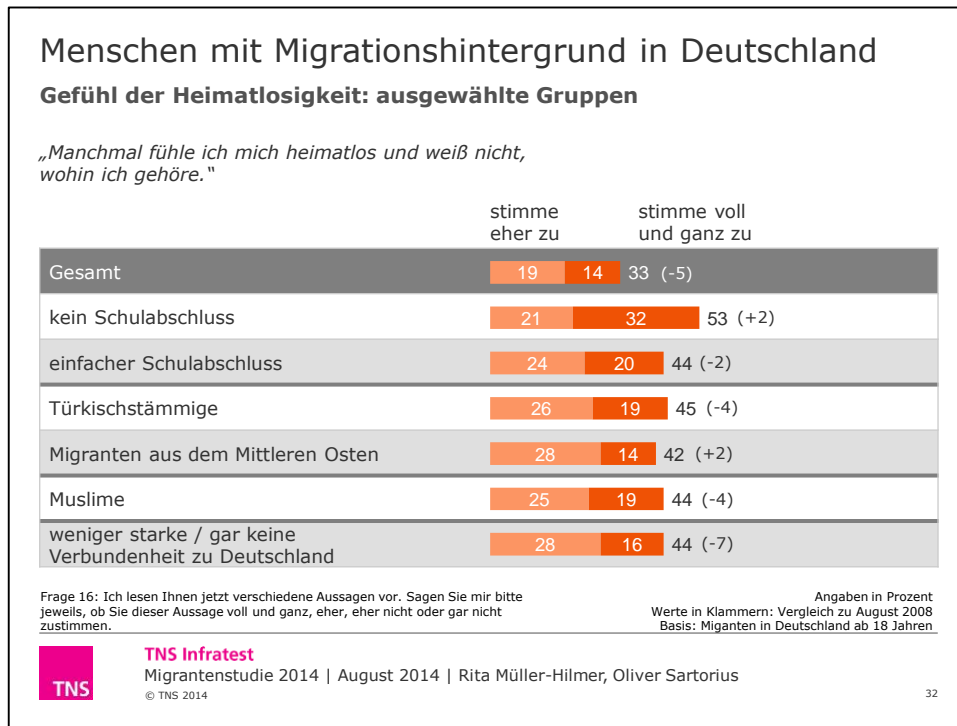
2008 als auch bei der Weltmeisterschaft 2014 das Land mit einer eigenen Mannschaft vertreten war und Italien als eine ebenso „fußballverrückte“ Nation gelten kann wie Deutschland.



Gefühl der Heimatlosigkeit

Die starke und im Vergleich zu vor sechs Jahren sogar leicht gestiegene Verbundenheit sowohl mit Deutschland als auch mit dem jeweiligen Herkunftsland führt dazu, dass sich lediglich ein Drittel der Befragten (33%; -5%-Punkte im Vergleich zu 2008) manchmal heimatlos fühlt.

Trotz dieses positiven Gesamtergebnisses und des Rückgangs des Gefühls der Heimatlosigkeit in den letzten Jahren, gibt es nach wie vor einige Untergruppen, in denen relativ viele Menschen manchmal nicht wissen, wohin sie gehören. Das gilt wie schon 2008 in erster Linie für Personen, die aufgrund eines geringen Bildungsniveaus wohl auch häufiger keine wirkliche berufliche Perspektive in Deutschland für sich sehen. So fühlen sich 53 bzw. 44 Prozent derjenigen ohne oder mit einfachem Schulabschluss manchmal heimatlos. Auch die hier lebenden Muslime (+11%-Punkte im Vergleich zu Gesamt) und damit wiederum vor allem Türkischstämmige (+12%-Punkte) geben häufiger an, diese Empfindung zu kennen. Diese Gruppen haben ausgehend von den bisher vorgestellten Ergebnissen auch immer noch die meisten Integrationsprobleme und fühlen sich auf Grund von Herkunft oder Religion oft benachteiligt. Wenig überraschend wissen Menschen, die sich Deutschland kaum oder gar nicht verbunden fühlen, ebenfalls überdurchschnittlich häufig nicht so recht, wohin sie gehören (+11%-Punkte).

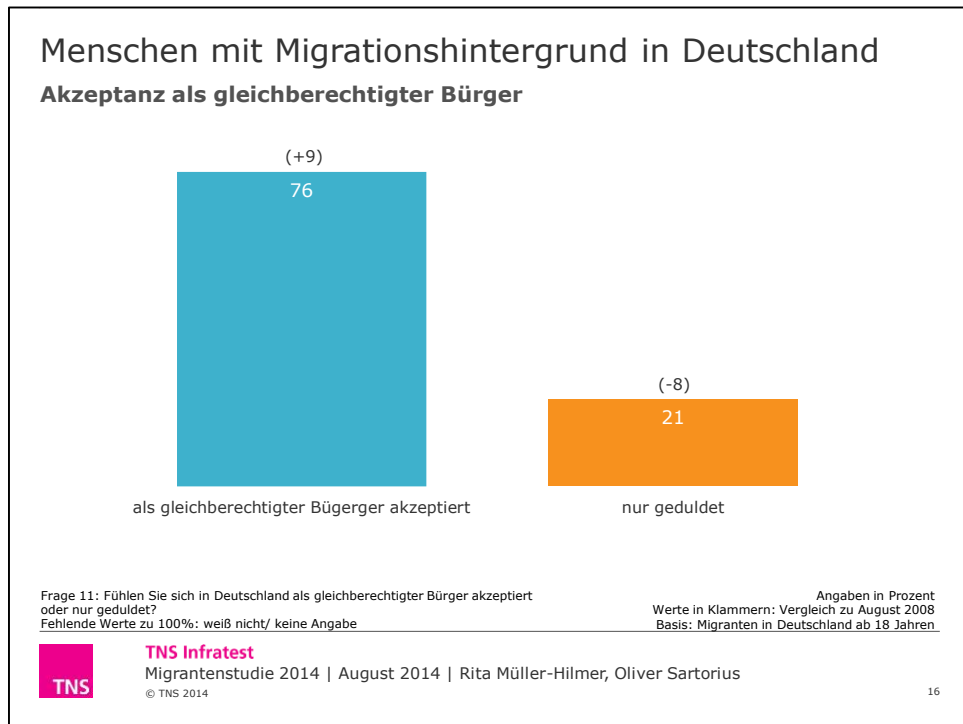


Gefühl von Akzeptanz

Als Indiz für eine erfolgreichere Integration von Migranten in die deutsche Gesellschaft kann die positive Entwicklung bei der Frage gewertet werden, ob man sich in Deutschland als gleichberechtigter Bürger akzeptiert fühlt. Während sich 2008 fast drei von zehn (29%) in Deutschland nur geduldet fühlten, ist es mittlerweile nur noch jeder Fünfte (21%). Gut drei Viertel (76%; +9%-Punkte) geben dagegen an, sich als gleichberechtigt zu fühlen.

Besonders erfreulich stimmt dabei, dass gerade in denjenigen Gruppen der Anteil der sich als gleichberechtigt fühlenden Mitbürger überproportional gestiegen ist, die als besonders problematisch gelten müssen. Dies gilt vor allem für die Angehörigen islamischer Glaubensrichtungen (+15%-Punkte im Vergleich zu 2008) und damit in ethnischer Hinsicht für Migranten, die aus Nordafrika, dem Nahen Osten, der Türkei (jeweils +13%-Punkte) sowie den Ländern des Mittleren Osten (+20%-Punkte) stammen. Besonders positiv fällt die Entwicklung auch bei Migranten mit nach eigenen Angaben nur schlechten Deutschkenntnissen (+20%-Punkte) aus. Ihre mangelnden Sprachkenntnisse führen also sehr viel seltener als noch vor sechs Jahren dazu, dass sie sich in Deutschland nur als Gast geduldet fühlen.

Insgesamt sind damit die Unterschiede in dieser Frage zwischen den relevanten Teilgruppen im Vergleich zur Vorgängerstudie kleiner geworden. In nahezu allen Gruppen fühlen sich mittlerweile mindestens rund zwei Drittel als gleichberechtigt angenommen. Dies ist ein deutlicher Fortschritt in Richtung „Willkommenskultur“. Nur bei Migranten, die sich Deutschland weniger oder gar nicht verbunden fühlen, sind es weniger als sechs von zehn (57%), die sich von der Mehrheitsgesellschaft akzeptiert sehen – wobei sich diese beiden Faktoren wohl gegenseitig bedingen dürften.

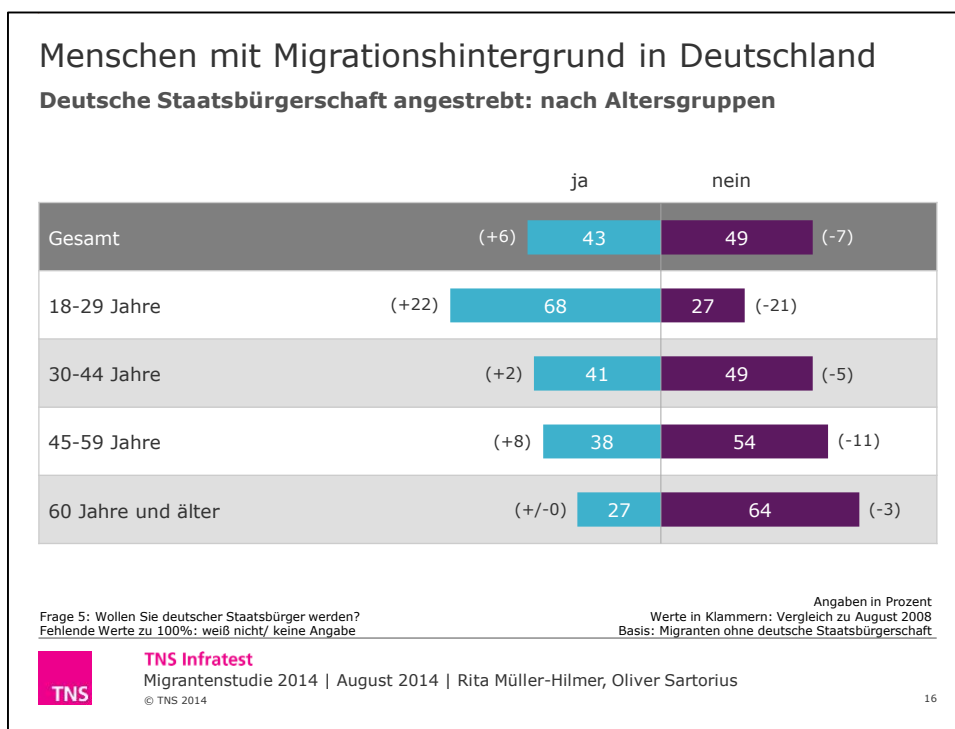


Zukunft der Migranten in Deutschland: Verbleib oder Rückkehr?

Wie sehen die Personen mit Migrationshintergrund selbst ihre Zukunft in Deutschland? Möchten sie dauerhaft hier leben und sich einbürgern lassen oder planen sie, irgendwann wieder in ihr Herkunftsland zurückzukehren?

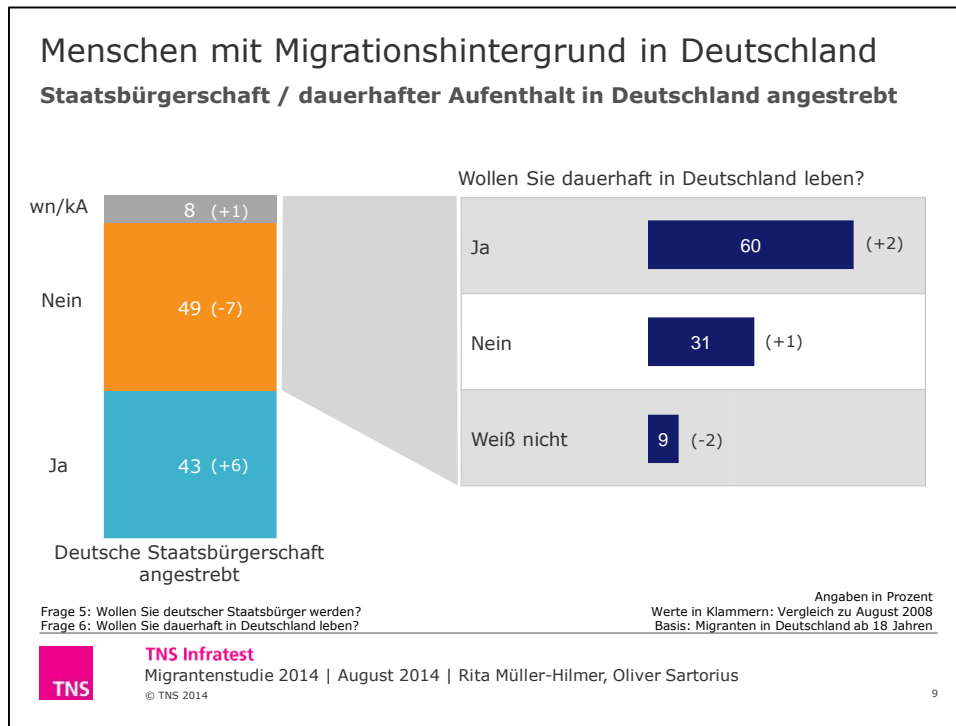
Wie in Abschnitt 3.1 bereits erwähnt, besitzt gut die Hälfte der Befragten (56%) die deutsche Staatsbürgerschaft. Von Zielpersonen ohne deutschen Pass wird eine Einbürgerung von immerhin 43 Prozent angestrebt, für knapp jeden zweiten (49%) ist dies aber keine Perspektive. 8 Prozent können oder wollen die Frage nicht beantworten. Damit ist die Beliebtheit der deutschen Staatsbürgerschaft im Vergleich zu 2008 angestiegen (+6%-Punkte).

Wie schon vor sechs Jahren korreliert der Wunsch, deutscher Staatsbürger zu werden, mit dem Alter der Befragten: Je jünger die Personen mit Migrationshintergrund sind, desto begehrt ist der deutsche Pass. Während 2008 in der Gruppe der 18 bis 29-Jährigen das Verhältnis zwischen Wunsch nach Einbürgerung und Ablehnung der deutschen Staatsangehörigkeit noch mehr oder minder ausgeglichen war (46:48%), will nun eine klare Zweidrittel-Mehrheit der jungen Generation in den Besitz der Rechte deutscher Staatsbürger kommen (68:27%). Damit einhergehend ist auch in der Gruppe der in Deutschland geborenen Personen mit Migrationshintergrund (fast die Hälfte davon ist jünger als 30 Jahre) der Wunsch nach Einbürgerung im Vergleich zu 2008 überdurchschnittlich stark angestiegen (+19%-Punkte). Viele dieser jungen Menschen sehen ihre Zukunft also langfristig hier in Deutschland, worin eine große Chance für das Gelingen integrationspolitischer Bemühungen liegt.



Unterschiedliche Entwicklungen sind in dieser Frage auch zwischen den Angehörigen verschiedener Glaubensrichtungen und Ethnien festzustellen. So streben Christen im Vergleich zur Vorgängerstudie mittlerweile sehr viel häufiger die deutsche Staatsbürgerschaft an (+17%-Punkte). Damit verbunden hat sich auch unter den vorwiegend christlichen Migranten aus den EU-Ländern Griechenland (+29%-Punkte), Polen (+27%-Punkte) und Italien (+16%-Punkte) der Wunsch nach dem deutschen Pass deutlich verstärkt. 2008 war die Einbürgerung in diesen Gruppen nur für Minderheiten interessant, da sie als EU-Bürger ohnehin in Deutschland leben und arbeiten durften. Möglicherweise hat sich ihre Einstellung aber als Folge der ökonomischen Entwicklung in ihren Herkunftsländern, die vor allem in Griechenland und Italien in den letzten Jahren deutlich schlechter verlief als in Deutschland, verändert und sie sehen jetzt für sich in Deutschland auch langfristig eher eine Perspektive.

Dagegen hat der deutsche Pass unter türkischstämmigen Befragten im Vergleich zu 2008 an Beliebtheit sogar verloren (-6%-Punkte). Nur noch drei von zehn (30%) in dieser Gruppe streben die deutsche Staatsangehörigkeit an, was für eine zunehmende Distanz der Türkischstämmigen zu ihrer (derzeitigen) Heimat spricht und in Einklang mit den bisherigen Befunden der Analyse steht. Dies könnte möglicherweise auch darauf zurückzuführen sein, dass die Türkei in den letzten Jahren wirtschaftlich sehr erfolgreich war und deshalb mehr türkische Migranten mit dem Gedanken spielen, in ihre frühere Heimat zurückzukehren.



Von den Migranten, die die deutsche Staatsbürgerschaft nicht beantragen möchten bzw. sich noch unsicher sind, planen drei von Zehn (31%; +1%-Punkt im Vergleich zu 2008) die Rückkehr ins Herkunftsland oder die Weiterreise in ein anderes Land, sechs von Zehn (60%; +2%-Punkte) wollen auch ohne deutschen Pass dauerhaft in Deutschland leben. Etwa jeder Zehnte (9%; -2%-Punkte) weiß es noch nicht. In dieser Frage gab es also in den letzten sechs Jahren nur wenig Veränderung.

Unverändert zur Vorgängerstudie ist auch die distanzierte Haltung der türkischstämmigen Befragten. Von denjenigen, die die deutsche Staatsbürgerschaft nicht anstreben, sehen nur knapp vier von Zehn eine dauerhafte Perspektive für sich in Deutschland (39%). Das sind im Vergleich zu vor sechs Jahren nochmal 8 Prozentpunkte weniger. Mehr als die Hälfte (52%) will nicht dauerhaft in Deutschland leben. Dieses Ergebnis erstaunt umso mehr, da Türkischstämmige besonders häufig der zweiten oder dritten Migrantengeneration angehören, also überdurchschnittlich viele in Deutschland geboren wurden und zur Schule gingen.

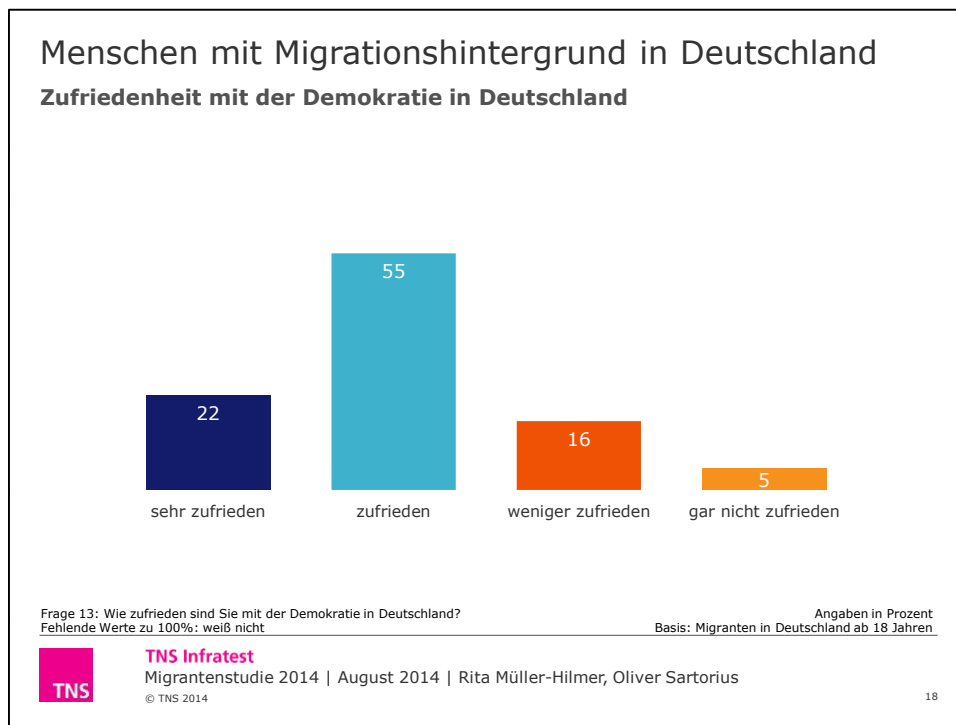
7 Integration und Integrationsbereitschaft

7.1 Einstellungen zu Staat und Demokratie

Ein Teil der nach Deutschland Zugewanderten kommt aus Staaten mit einer eher schwach ausgeprägten demokratischen Kultur oder sogar aus Krisen- bzw. Kriegsregionen. Für manche dürften sich daher die staatlichen und demokratischen Verhältnisse in Deutschland von denjenigen im Herkunftsland stark unterscheiden. Umso interessanter ist die Frage, wie zufrieden man mit der Demokratie in Deutschland ist und wie man zu einigen zentralen Prinzipien der hiesigen politischen Ordnung steht.

Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland

Mehr als drei Viertel der Befragten wissen denn auch die Demokratie in Deutschland zu schätzen. Gut jeder Fünfte ist damit sehr zufrieden (22%) und mehr als die Hälfte zumindest zufrieden (55%). Etwa jeder Sechste (16%) sieht die staatliche und politische Ordnung der Bundesrepublik eher skeptisch, nur jeder Zwanzigste (5%) ist gar nicht mit dieser zufrieden. Damit urteilen Personen mit Migrationshintergrund wesentlich positiver über die Demokratie in der Bundesrepublik als die deutsche Bevölkerung.¹³



¹³ Laut ARD-DeutschlandTREND von Infratest dimap aus dem Mai 2011 sind 51 Prozent der Wahlberechtigten mit der Art und Weise wie die Demokratie in Deutschland funktioniert sehr zufrieden oder zufrieden, 49 Prozent sind weniger oder gar nicht zufrieden.

Besonders zufrieden äußern sich Personen, die erst innerhalb des letzten Jahrzehnts nach Deutschland gekommen sind (+8%-Punkte im Vergleich zu Gesamt). In dieser Gruppe ist die Erinnerung an die möglicherweise weniger gute Situation im Herkunftsland noch stärker ausgeprägt. Die Verhältnisse in Deutschland erscheinen dann in einem besonders guten Licht. Wenig überraschend fällt die Zufriedenheit auch bei Migranten besonders hoch aus, die deutscher Staatsbürger werden wollen (+7%-Punkte). Die stabilen politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik sind vielleicht gerade auch Motivation für diesen bedeutenden Schritt. Diejenigen, die sich nicht einbürgern lassen wollen, sind dagegen weniger überzeugt von der Demokratie in Deutschland (-8%-Punkte).

Differenziert nach Migrationshintergrund fällt vor allem die positive Sicht der Menschen mit Wurzeln in Vietnam (+16%-Punkte), Rumänien (+13%-Punkte) und den jugoslawischen Nachfolgestaaten (+10%-Punkte) auf. Wiederum besonders kritisch ist das Urteil der Muslime (-7%-Punkte) und insbesondere der türkischstämmigen Befragten (-10%-Punkte). Das verwundert insofern nicht, weil sich Türkischstämmige bei fast allen bisher besprochenen Indikatoren distanzierter gegenüber Deutschland gezeigt haben als der Durchschnitt der Befragten. Auch die häufigeren Diskriminierungserfahrungen dürften zu einer skeptischeren Wahrnehmung der deutschen Gesellschaft beitragen (vgl. oben Abschnitt 5.2). Allerdings wird die Demokratie im Herkunftsland Türkei durch den Regierungsstil des früheren Ministerpräsidenten und jetzigen Präsidenten der Republik Recep Tayyip Erdoğan in den letzten Jahren stark herausgefordert. In diesem Zusammenhang sei beispielhaft an die Eingriffe in die Pressefreiheit (Sperrung des Zugangs zum Kurznachrichtendienst Twitter) und die Niederschlagung der Proteste im Jahr 2013 erinnert. Diese Entwicklungen bleiben aber offenbar ohne positive Rückwirkung auf die Bewertung der demokratischen Verhältnisse in Deutschland.

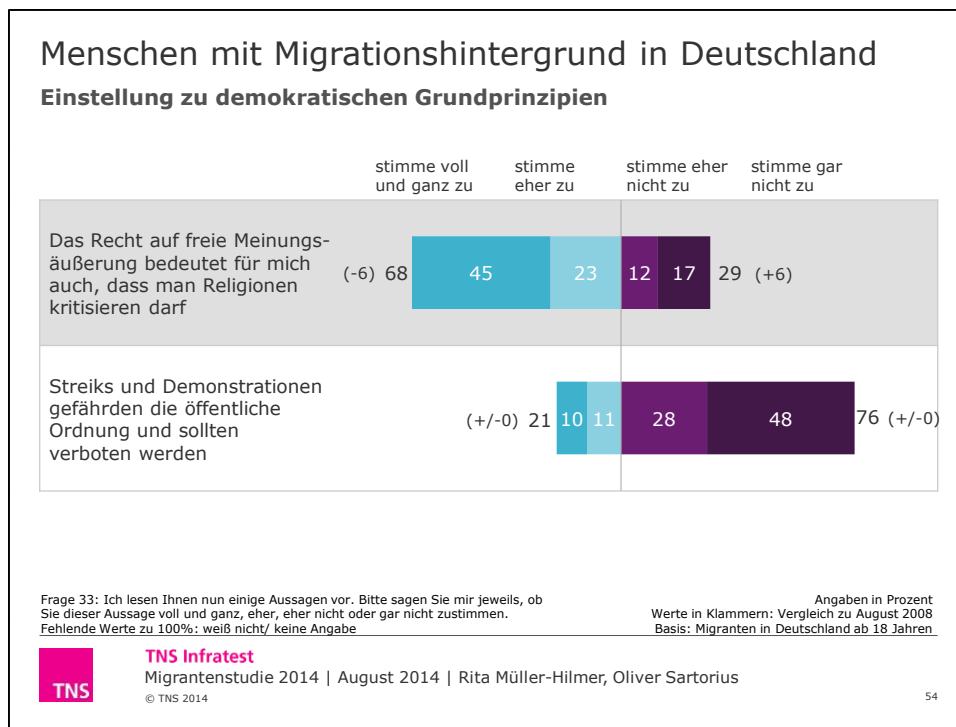
Einstellung zu demokratischen Grundprinzipien

Wie stehen die in Deutschland lebenden Migranten zu einigen wesentlichen demokratischen Prinzipien, und gab es hier in den letzten Jahren Einstellungsänderungen?

Eines der wichtigsten Rechte in einer Demokratie ist das Demonstrations- und Streikrecht. In vielen Ländern außerhalb Europas gilt dieses Recht nicht oder nur eingeschränkt. In autoritären Regimen und Diktaturen wird das Verbot zu demonstrieren oder zu streiken häufig damit begründet, dass dadurch die öffentliche Ordnung gefährdet werde. Zwar stimmt auch immerhin jeder Fünfte (21%; +/-0%-Punkte im Vergleich zu 2008) der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund dieser Argumentation zu. Die ganz überwiegende Mehrheit (76%; +/-0%-Punkte) ist aber nach wie vor der Auffassung, dass vom Demonstrations- und Streikrecht keine Gefahr für die öffentliche Ordnung ausgehe.

Auch die Unterschiede zwischen relevanten Teilgruppen sind im Vergleich zu 2008 weitgehend konstant geblieben. Nach wie vor stößt die Argumentation, Demonstrationen und Streiks bedrohten die öffentliche Ordnung, noch am ehesten bei älteren Migranten ab 60 Jahren (+6%-Punkte im Vergleich zu Gesamt) und bei Menschen mit niedrigem formalen Bildungsniveau (kein/einfacher Schulabschluss: +9%-Punkte) auf Resonanz. Zudem korreliert die Zustimmung zu dieser Aussage mit der Dauer des Aufenthalts in Deutschland: Während bei Zielpersonen, die seit mehr als 20 Jahren in Deutschland leben oder hier geboren wurden, 19 Prozent der Aussage zustimmen, sind es bei den Neuankömmlingen immerhin 27 Prozent. Interessanterweise fällt das Antwortverhalten von

Muslimen und Türkischstämmigen, die mit der Demokratie in Deutschland überdurchschnittlich unzufrieden sind, in dieser Frage nicht substantiell anders als beim Rest der Befragten.

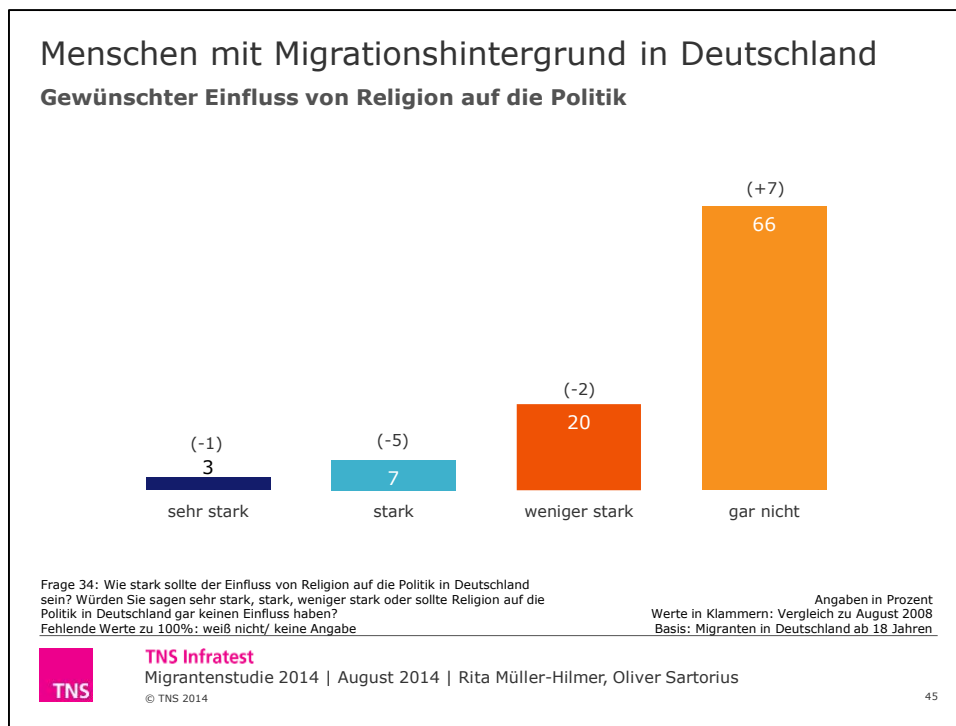


Ein weiterer wichtiger Maßstab für den Zustand eines demokratischen Rechtsstaates ist die Meinungsfreiheit. Es handelt sich dabei um ein Grundrecht, das in Deutschland durch Artikel 5 des Grundgesetzes geschützt wird. Auch die Kritik an Religionen ist vom Recht der Meinungsfreiheit gedeckt, sofern sie nicht gegen gesetzliche Bestimmungen verstößt und niemanden in seinem Recht der persönlichen Ehre verletzt. Gut zwei Drittel (68%) der befragten Migranten teilen diese Auffassung und sehen Kritik an Religionen durch die Meinungsfreiheit garantiert. Im Vergleich zur Vorgängerbefragung ist die Zustimmung zu dieser Aussage damit aber gesunken (-6%-Punkte). Immerhin knapp drei von Zehn (29%; +6%-Punkte) sind dagegen der Auffassung, dass Religionskritik auch in einer Demokratie nicht zulässig sein sollte.

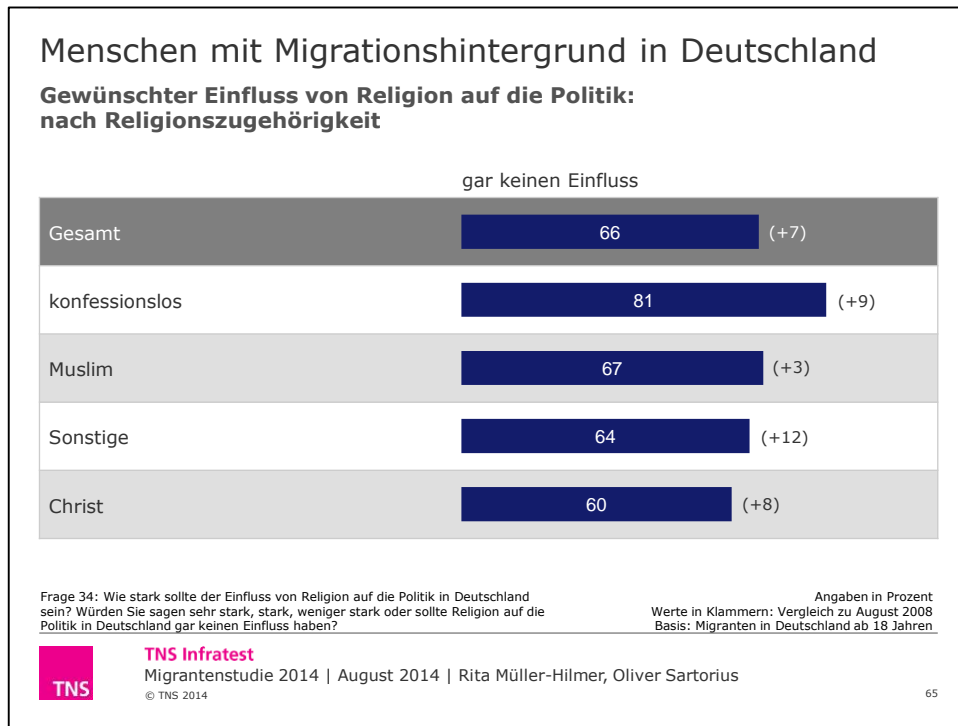
Dass die Aussage „Das Recht auf freie Meinungsäußerung bedeutet für mich auch, dass man Religionen kritisieren darf“ aktuell weniger Zustimmung erfährt, kann auf überproportionale rückläufige Zustimmung innerhalb der folgenden Migrantengruppen zurückgeführt werden: So sinkt die Zustimmung bei formal einfach Gebildeten überdurchschnittlich stark (-9%-Punkte im Vergleich zu 2008). Gleiches gilt für Christen (-10%-Punkte), sowie Personen, die erst in den letzten 10 (-24%-Punkte) oder 20 Jahren (-9%-Punkte) nach Deutschland zugewandert sind. Besonders groß ist die Veränderung im Vergleich zu vor sechs Jahren auch bei Personen mit Wurzeln im katholisch geprägten Italien (-10%-Punkte), den überwiegend muslimischen Ländern Nordafrikas (-17%-Punkte) sowie bei Migranten aus Russland bzw. der ehemaligen Sowjetunion (-14%-Punkte). Bei letzteren sind fast vier von zehn (38%) der Auffassung, dass Religionskritik nicht vom Grundrecht der Meinungsfreiheit gedeckt ist.

Trennung von Religion und Politik

Während die in Deutschland lebenden Personen mit Migrationshintergrund sich im Vergleich zu 2008 stärker gegen Religionskritik verwehren, sind sie gleichzeitig häufiger der Meinung, dass die Religion keinen Einfluss auf die Politik in Deutschland haben sollte. Für eine vollständige Trennung von Staat und Religion sprechen sich nun zwei Drittel der Migranten aus (+7%-Punkte). Ein weiteres Fünftel (20%; -2%-Punkte) ist der Ansicht, dass Religion im politischen Raum nur eine untergeordnete Rolle spielen sollte. Nur noch ein Zehntel (10%; -6%-Punkte) wünscht sich, dass der Glaube starken oder sehr starken Einfluss auf politische Entscheidungen hat.

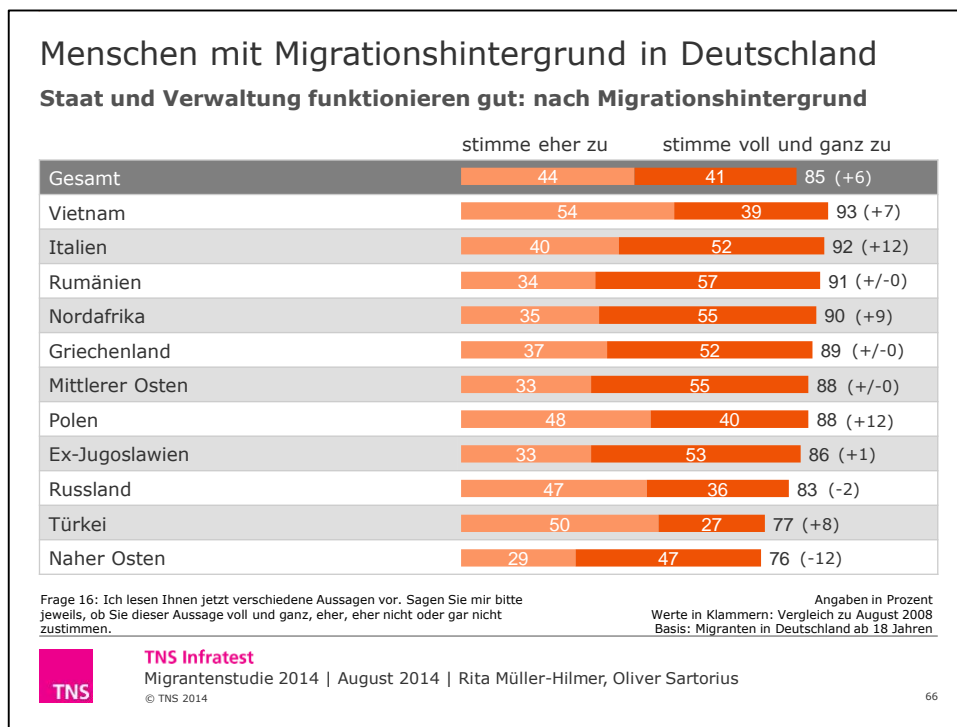


Das Antwortverhalten korreliert mit der Bildung der Befragten: Je geringer das formale Bildungsniveau, desto stärker ist der Wunsch nach mehr religiösem Einfluss auf die Politik ausgeprägt. Wenig überraschend sind Konfessionslose besonders häufig der Ansicht, dass sich die Kirchen aus der Politik komplett heraushalten sollten (+15%-Punkte im Vergleich zu Gesamt). Für manche überraschend mag hingegen sein, dass auch bei den Angehörigen muslimischen Glaubens eine klare Zweidrittel-Mehrheit (67%) die strikte Trennung von Staat und Kirche befürwortet. Dies könnte aber darauf zurückzuführen sein, dass viele Muslime in der Zielgruppe aus der Türkei und damit aus einem bereits seit den 1920er Jahren laizistischen Staat stammen.



Zufriedenheit mit Funktionsweise von Staat und Verwaltung

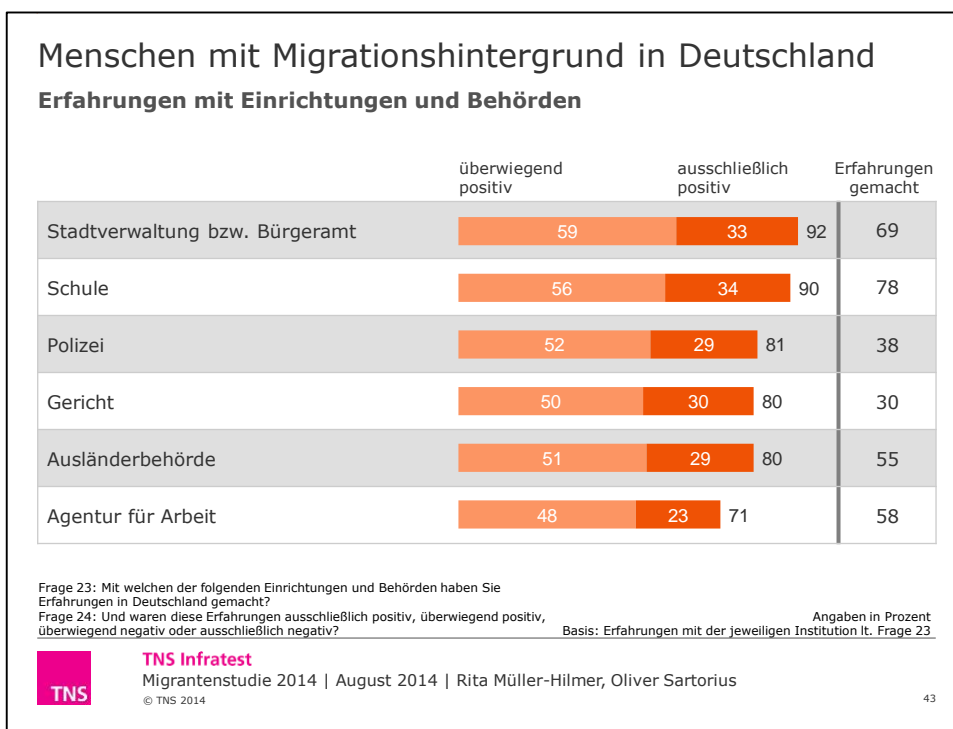
Migranten in Deutschland sind nicht nur zufrieden mit der hiesigen Demokratie, sie stellen auch Staat und Verwaltung ein sehr positives Zeugnis aus. Deutlich über 80 Prozent stimmen der Aussage, Staat und Verwaltung funktionierten in Deutschland gut, entweder eher (44%; -4%-Punkte im Vergleich zu 2008) oder sogar voll und ganz zu (41%; +10%-Punkte). Damit kann in dieser Frage im Vergleich zu vor sechs Jahren ein positiver Trend festgestellt werden. Auch hier mag die Wahrnehmung durch die derzeitigen Krisen und Kriege in vielen anderen Ländern geprägt sein. Während vielerorts die Verwaltung unter staatlicher Verschuldung, Korruption oder gar kriegsbedingter Zerstörung leidet, sind die Verhältnisse in Deutschland durch Stabilität gekennzeichnet.



Besonders überzeugt von der Effizienz der deutschen Verwaltung sind Migranten vietnamesischer (+8%-Punkte im Vergleich zu Gesamt), italienischer (+7%-Punkte) und rumänischer Herkunft (+6%-Punkte). Vergleichsweise kritisch fällt dagegen wiederum das Urteil von Türkischstämmigen (-8%-Punkte) und Menschen aus dem Nahen Osten (-9%-Punkte) aus.

Das Bild von der staatlichen Ordnung in Deutschland wird oftmals auch durch persönliche Erfahrungen mit staatlichen Einrichtungen und Behörden geprägt. Die Zielpersonen wurden deshalb zunächst danach gefragt, mit welchen Organisationen sie hierzulande bereits Erfahrungen gesammelt haben. Falls sie Kontakt zu der jeweiligen Stelle hatten, wurden sie im Anschluss um eine Einschätzung ihrer Erfahrungen gebeten.

Am häufigsten hatten die hier lebenden Migranten Kontakt zu Schulen. Fast acht von zehn der Befragten haben damit schon Erfahrungen gesammelt (78%), entweder persönlich oder ihre Kinder. Am zweithäufigsten sind Besuche in der Stadtverwaltung bzw. im Bürgeramt (69%). Ebenfalls jeweils mehr als die Hälfte können von ihren Erfahrungen mit der Arbeitsagentur (58%) und der Ausländerbehörde (55%) berichten. Immerhin fast vier von zehn hatten schon Kontakt mit der Polizei (38%), etwas weniger (30%) hatten bereits mit den Gerichten in Deutschland zu tun. Unabhängig von der jeweiligen Einrichtung oder Behörde hat jeweils eine deutliche Mehrheit der Befragten nach eigener Auskunft überwiegend oder ausschließlich positive Erfahrungen gemacht. Besonders gut fällt das Urteil für Stadtverwaltungen bzw. Bürgerämter und Schulen aus. Hier waren jeweils neun von zehn zufrieden (92 bzw. 90%). Jeweils rund 80 Prozent äußern sich positiv über ihre Erfahrungen mit der Polizei, der Justiz und der Ausländerbehörde. Und selbst der Kontakt zur Agentur für Arbeit, sicher auch für viele Deutsche eine mit negativen Gefühlen behaftete Einrichtung, gestaltete sich nach eigener Aussage noch für 71 Prozent (eher) positiv.



Junge Migranten im Alter zwischen 18 und 29 Jahren berichten seltener von positiven Erfahrungen mit der Polizei (-12%-Punkte im Vergleich zu Gesamt), der Gerichtsbarkeit sowie der Ausländerbehörde (jeweils -6%-Punkte). Damit verbunden fällt die Kritik an diesen Stellen auch bei den Auszubildenden zum Teil deutlicher aus. Personen ohne Schulabschluss empfanden ihre Kontakte zur Polizei (-14%-Punkte), zu den Schulen (-17%-Punkte) und zur Ausländerbehörde (-11%-Punkte) als weniger angenehm als der Durchschnitt der Befragten. Differenziert nach Migrationshintergrund berichten vor allem Befragte mit Wurzeln im Mittleren Osten seltener positiv, vor allem wenn es um Erfahrungen mit der Ausländerbehörde (-33%-Punkte), dem Bürgeramt (-13%-Punkte) oder der Schule (-12%-Punkte) geht.

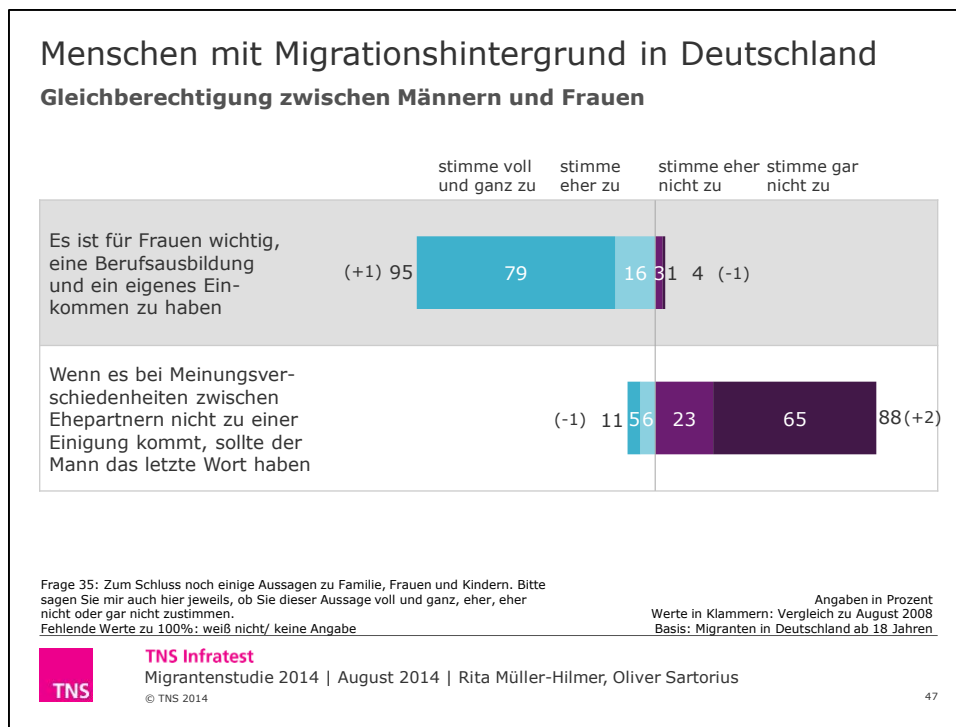
7.2 Gesellschaftspolitische Einstellungen

Neben der Einstellung der Migranten zur demokratischen und staatlichen Ordnung in Deutschland ist auch die Entwicklung ihrer gesellschaftspolitischen Vorstellungen von Interesse für Integrationspolitik.

Gleichberechtigung von Frauen und Männern

Das Meinungsbild der Menschen mit Migrationshintergrund zum Thema Gleichberechtigung hat sich in den letzten Jahren nicht verändert. Nahezu alle Befragte finden es wichtig, dass Frauen beruflich und finanziell unabhängig sind: 79 Prozent (+1%-Punkt im Vergleich zu 2008) stimmen dem voll und ganz, 16 Prozent (+/-0%-Punkte) eher zu. Besonders hoch fällt die volle Zustimmung zu dieser Aussage bei weiblichen Migranten (85%), Personen mit hohem Bildungsniveau und den in

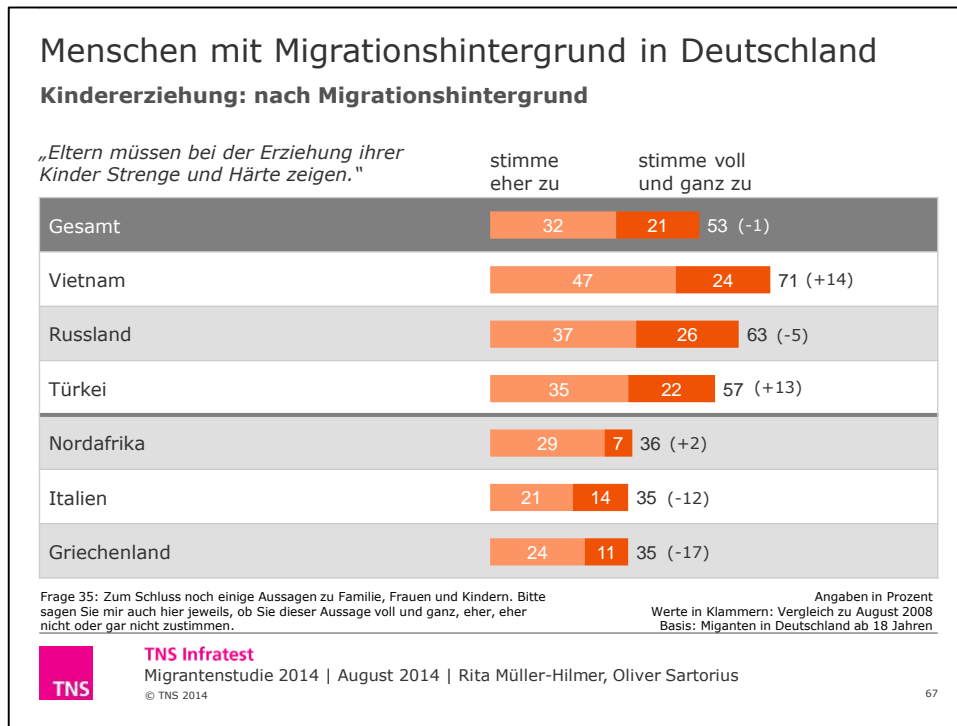
Deutschland Geborenen aus (jeweils 84%). In ethnischer Hinsicht zeigen sich Griechischstämmige (90%) sowie Migranten aus dem Mittleren Osten (88%) und Rumänien (87%) besonders progressiv.



Wie auch schon in der Vorgängererhebung befürwortet nur eine kleine Minderheit der in Deutschland lebenden Migranten (11%; -1%-Punkt im Vergleich zu 2008), dass bei Streitigkeiten zwischen Ehepartnern die Frau nachgeben und ihrem Mann das letzte Wort überlassen soll. Noch am höchsten fällt die Zustimmung zu dieser Aussage bei Personen mit einfacher formaler Bildung (20%) und Zuwanderern aus dem Nahen Osten (18%) aus. Diese Gruppen haben sich bereits 2008 durch ein vergleichsweise konservatives Frauenbild ausgezeichnet. Insgesamt kann aber festgehalten werden, dass beim Thema Gleichberechtigung das Stimmungsbild der Menschen mit Migrationshintergrund im Wesentlichen dem der deutschen Mehrheitsgesellschaft entsprechen dürfte.

Erziehungsfragen

Auch bei Fragen der Kindererziehung hat sich die Einstellung der in Deutschland lebenden Migranten nicht verändert. Nach wie vor gibt es hier zwei Gruppen: Gut jeder Zweite ist voll und ganz (21%; -3%-Punkte im Vergleich zu 2008) oder eher (32%; +2%-Punkte) der Ansicht, dass Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder Strenge und Härte walten lassen müssen. Nur etwas weniger (45%; +/-0%-Punkte) würden diese Aussage dagegen eher oder gar nicht unterschreiben.

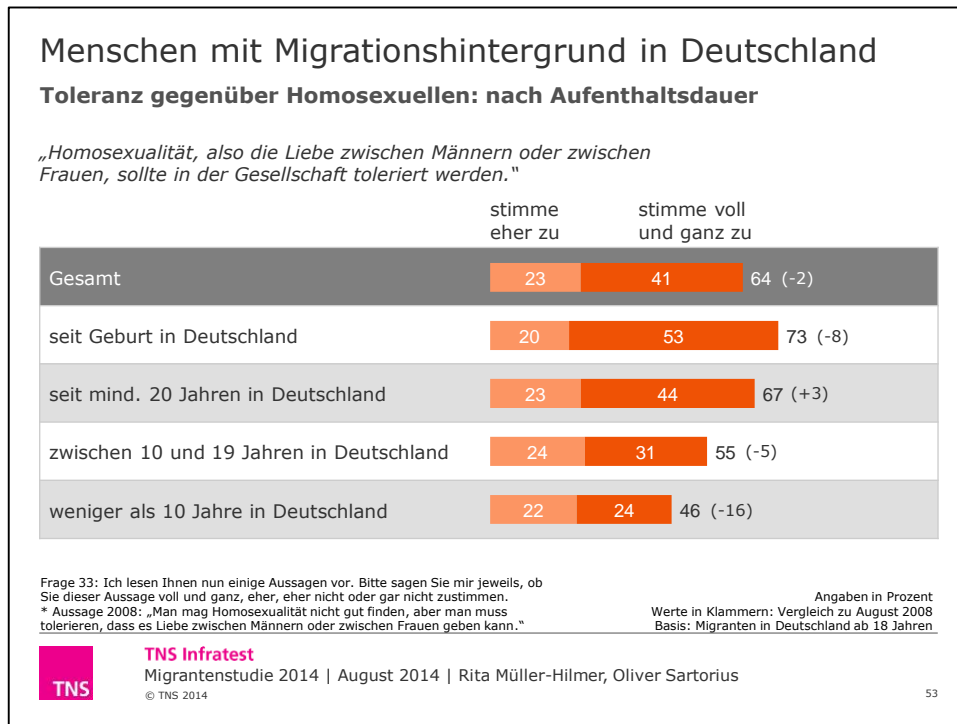


Für eine autoritäre Erziehung sprechen sich wie auch in der Vorgängererhebung vor allem Personen ohne oder mit einfachem Schulabschluss aus (60%) und tendenziell auch ältere Migranten über 60 Jahren (58%). Mitunter deutlich sind auch die Unterschiede zwischen den einzelnen Migrantengruppen. Während Menschen mit vietnamesischen (71%) oder russischem (63%) Migrationshintergrund überdurchschnittlich häufig für eine strenge Erziehung plädieren, sind es bei Migranten mit Wurzeln in Griechenland und Italien (jeweils 35%) sowie Nordafrika (36%) nur jeweils etwas mehr als ein Drittel.

Toleranz gegenüber Homosexuellen

Auch die Einstellung der Menschen mit Migrationshintergrund zum Thema Toleranz gegenüber Homosexualität ist im Vergleich zu vor sechs Jahren trotz leicht veränderter Frageformulierung relativ stabil.¹⁴ Knapp zwei Drittel der Befragten stimmen der Aussage, dass Homosexualität von der Gesellschaft toleriert werden müsse, entweder voll und ganz (41%; -2%-Punkte im Vergleich zu 2008) oder eher (23%; +/-0%-Punkte) zu. Wie in der Vorgängererhebung korreliert die Toleranz gegenüber Menschen mit dieser sexuellen Identität stark mit der Bildung und der Aufenthaltsdauer der Befragten. Je höher das formale Bildungsniveau bzw. je länger man in Deutschland lebt, desto offener ist man gegenüber diesem Thema eingestellt. Dies kann insofern optimistisch stimmen, da diese Zusammenhänge darauf hinweisen, dass es sich bei Intoleranz gegenüber Minderheiten nicht um unveränderbare Einstellungen handelt.

¹⁴ Aussage 2008: „Man mag Homosexualität nicht gut finden, aber man muss tolerieren, dass es Liebe zwischen Männern oder zwischen Frauen geben kann.“

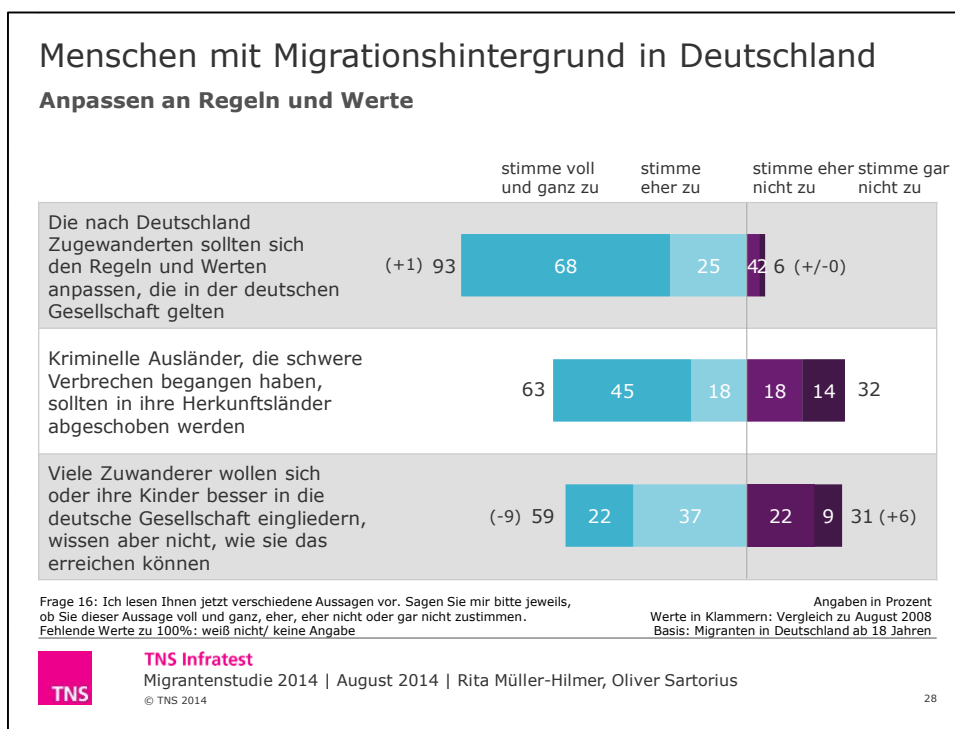


Starke Unterschiede gibt es weiterhin im Hinblick auf Religion und Religiosität der Befragten. Muslimen (52% Zustimmung) fällt es wie schon 2008 wesentlich schwerer, Homosexualität zu akzeptieren als Konfessionslosen (73%), Angehörigen kleinerer Glaubensrichtungen (74%) oder auch Christen (68%). Dementsprechend fällt auch das nach Migrationshintergrund differenzierte Meinungsbild aus. Während Personen, die aus Vietnam oder anderen EU-Ländern stammen (also Griechenland, Polen, jugoslawischen Nachfolgeländern, Italien und Rumänien) sich überdurchschnittlich häufig für Toleranz gegenüber Schwulen und Lesben aussprechen, fällt dies Menschen mit Wurzeln in der Türkei (53%), dem Nahen Osten und Russland (jeweils 47%) deutlich schwerer.

7.3 Integrationsbereitschaft

Anpassen an Regeln und Werte

Auch wenn Migranten bei manchen Themen eine etwas andere Meinung vertreten als die Mehrheitsgesellschaft, besteht grundsätzlich große Einigkeit darüber, dass sich die nach Deutschland Zugewanderten den Regeln und Werten anpassen sollten, die hierzulande gelten. Mehr als neun von Zehn (93%; +1%-Punkt im Vergleich zu 2008) zeigen sich in dieser Hinsicht integrationsbereit. Nur sechs Prozent (+/-0%-Punkte) sehen das nicht so. Zwar stimmt auch die ganz überwiegende Mehrheit der Türkischstämmigen der Aussage zu, dass man von Migranten ein gewisses Maß an Anpassung erwarten kann (83%). Wie auch schon in der Vorgängerstudie handelt es sich dabei jedoch um die Migrantengruppe, die diese Aussage am relativ stärksten ablehnt (14%; 2008: 11%).

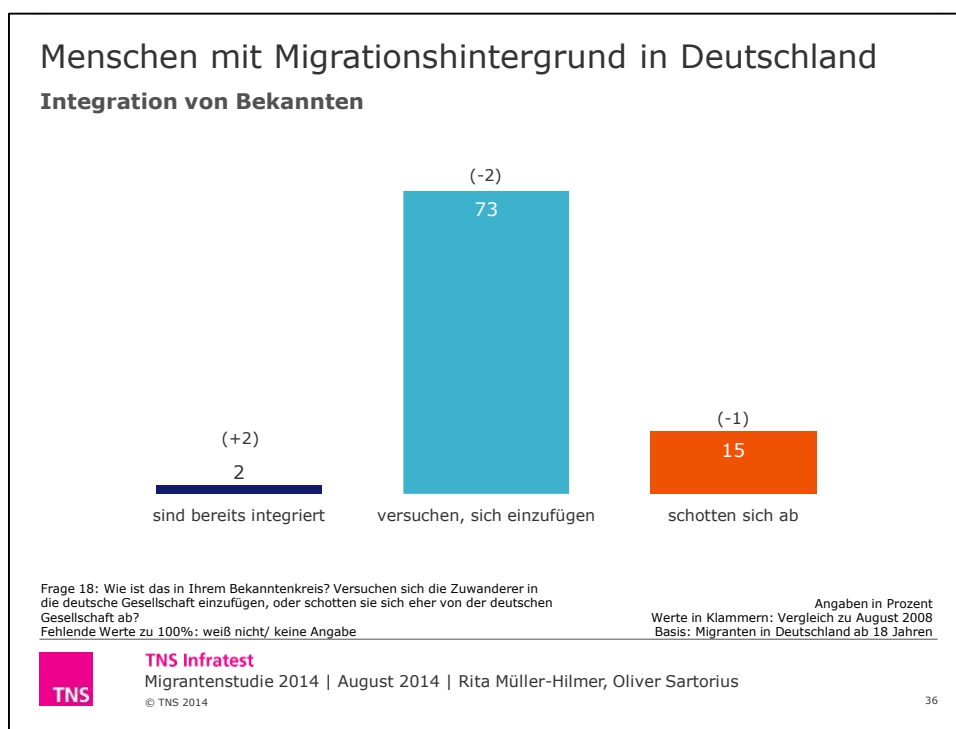


Die in Deutschland lebenden Migranten zeigen aber nicht nur eine große Bereitschaft zur Anpassung an die hier geltenden Regeln und Werte. Fast zwei Drittel der Befragten (63%) stimmen auch der Aussage zu, dass kriminelle Ausländer, die schwere Verbrechen begangen haben – also gegen eben jene Regeln und Werte verstoßen haben – in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden sollten. Nur etwa jeder Dritte teilt diese Auffassung nicht (32%). Deutlich kritischer als der Durchschnitt stehen der Abschiebung krimineller Ausländer allerdings jüngere Migrantengruppen gegenüber: Dies betrifft die 18 bis 29-Jährigen, die in Deutschland Geborenen (jeweils 42% Ablehnung) und die Auszubildenden (46%). In religiöser bzw. ethnischer Hinsicht sprechen sich 47 Prozent der Migranten aus dem Nahen Osten und sogar mehr als die Hälfte der Türkischstämmigen (55%) und damit fast jeder zweite Migrant muslimischen Glaubens (47%) gegen die Rückführung ausländischer Krimineller in die Herkunftsländer aus. Dabei mag eine Rolle spielen, dass viele in diesen Teilgruppen befürchten, dass vor allem Personen gleicher Herkunft von einer solchen Abschiebep Praxis betroffen sein könnten.

Auf deutlich weniger Zustimmung als 2008 stößt die Aussage, dass viele Zuwanderer sich oder ihre Kinder gerne besser in die deutsche Gesellschaft integrieren würden, aber nicht wissen, wie sie das tun können. Sechs von Zehn (59%; -9%-Punkte) bejahen dies, ein knappes Drittel ist hier anderer Meinung (31%; +6%-Punkte). Nach wie vor vermissen überdurchschnittlich viele Türkischstämmige Unterstützung bei der Integration (67%), woraus sich für die Politik in Deutschland weiterhin der Auftrag ableitet, für diese Gruppe mehr Angebote zu machen bzw. bestehende Angebote besser zu kommunizieren. Aber auch bei ihnen ist die Zustimmung in den letzten Jahren zurückgegangen (-9%-Punkte).

Integration im Bekanntenkreis

Die insgesamt geringere Zustimmung zu der zuletzt genannten Aussage lässt die Frage aufkommen, ob die Zielpersonen im Vergleich zur Vorgängerstudie seltener der Ansicht sind, dass die meisten Migranten sich besser eingliedern wollen, oder ob sie vielmehr davon ausgehen, dass mittlerweile größere Klarheit darüber herrscht, was dazu nötig ist. Die Antworten auf die nächste Frage lassen eher letzteres vermuten. Denn wie schon vor sechs Jahren sind drei Viertel der Ansicht, dass sich die Zuwanderer in ihrer Umgebung durchaus in die deutsche Gesellschaft zu integrieren versuchen (73%; -2%-Punkte) oder bereits integriert sind (2%; +2%-Punkte). Nur etwa jeder Siebte (15%; -1%-Punkt) stellt dagegen vornehmlich Abschottungstendenzen fest.

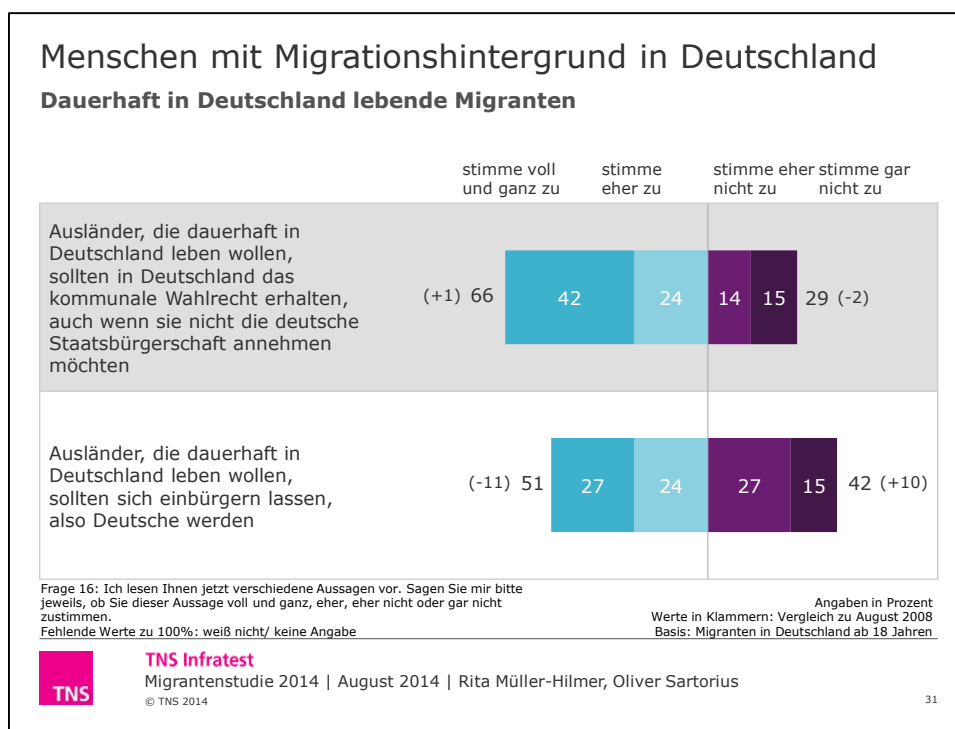


Vergleichsweise viele integrationsunwillige Zuwanderer zählen Personen zu ihrem Bekanntenkreis, die auf Grund limitierter Ressourcen selbst stärkere Schwierigkeiten haben dürften, sich in die deutsche Gesellschaft einzufügen. So berichten Personen ohne bzw. einfachem Schulabschluss (22%) sowie Menschen mit schlechten Deutschkenntnissen (29%) besonders häufig, dass sich ihre Bekannten eher abschotten. Wie auch schon vor sechs Jahren haben darüber hinaus vor allem die türkischstämmigen Befragten (24%; +/-0%-Punkte) vergleichsweise häufig das Gefühl, dass ihr Bekanntenkreis lieber unter sich bleibt.

Dauerhaft in Deutschland lebende Migranten

Wie können Anreize für ein besseres Gelingen von Integration geschaffen werden? Eine Möglichkeit besteht in der Ausweitung der politischen Partizipationsmöglichkeiten von Zuwanderern, zum Beispiel durch das Verleihen des kommunalen Wahlrechts auch an diejenigen Menschen mit Migrationshintergrund, die sich nicht einbürgern lassen wollen. Für EU-Bürger besteht das aktive und passive Wahlrecht in dem Mitgliedsland, in dem sie ihren ständigen Aufenthalt haben, bereits seit

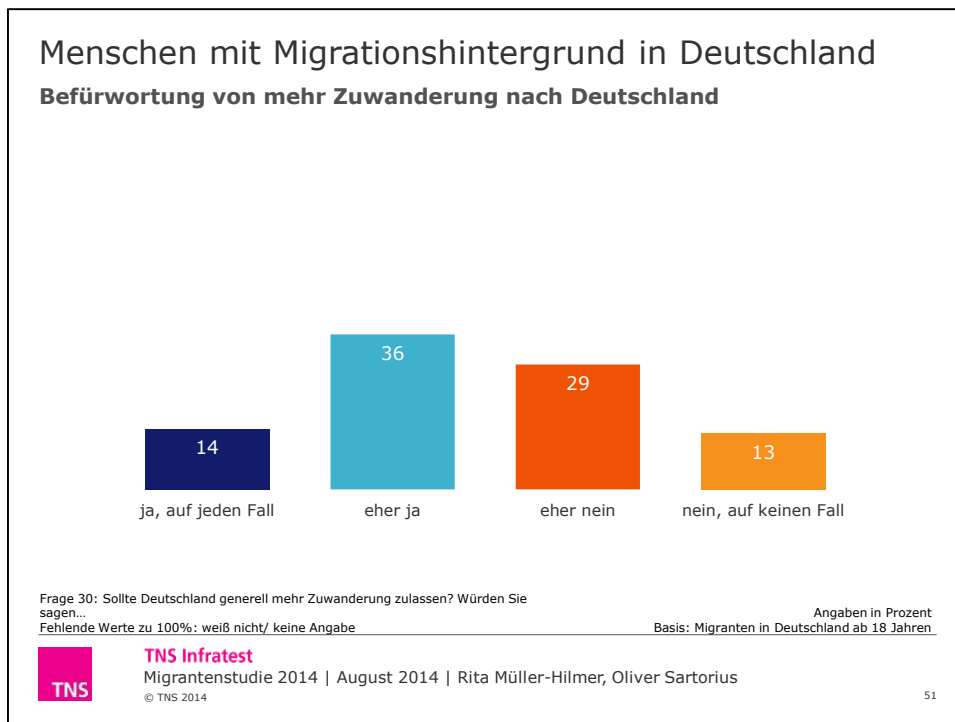
mehr als zwei Jahrzehnten. Wie schon in der Vorgängererhebung sprechen sich zwei Drittel der in Deutschland lebenden Migranten (66%; +1%-Punkt) dafür aus, dieses Recht auf alle Ausländer auszuweiten. Drei von Zehn (29%; -2%-Punkte) lehnen dies ab. Diese Idee verfängt wenig überraschend besonders bei Personen, die die deutsche Staatsbürgerschaft nicht besitzen und deren Status dadurch eine Aufwertung erfahren würde (80%). Überdurchschnittlichen Zuspruch gibt es zudem von Seiten der Muslime (80%) sowie italienisch- (81%) und türkischstämmigen (80%) Befragten. Damit hat sich auch in den Teilgruppen im Vergleich zu 2008 kaum etwas verändert.



Eine andere Möglichkeit der Aufwertung der Rechte von Migranten wäre die Einbürgerung von Ausländern, die dauerhaft in Deutschland leben. Damit wäre automatisch der Erhalt aller Rechte als Staatsbürger verbunden. Diese Forderung wird zwar immerhin noch von rund der Hälfte der Menschen mit Migrationshintergrund unterstützt (51%), hat aber im Vergleich zu vor sechs Jahren deutlich an Zugkraft eingebüßt (-11%-Punkte). Mehr als vier von Zehn (42%; +10%-Punkte) würden sich dem mittlerweile nicht mehr anschließen. Wie in Abschnitt 6.2 ausgeführt, ist die deutsche Staatsbürgerschaft unter den Migranten zwar begehrt geworden. Gleichzeitig ist man aber auch sehr viel häufiger der Ansicht, dass die Entscheidung zur Einbürgerung jedem Einzelnen überlassen bleiben und nicht auf sozialen Druck oder gar gesetzlichen Zwang basieren sollte. Wie auch 2008 haben Angehörige der zweiten oder dritten Migrantengeneration, die selbst in Deutschland geboren wurden (Zustimmung: 43%), sowie verständlicherweise insbesondere Menschen, die die deutsche Staatsbürgerschaft nicht anstreben, besonders wenig Verständnis für diese Forderung (Zustimmung: 25%).

Befürwortung von mehr Zuwanderung nach Deutschland

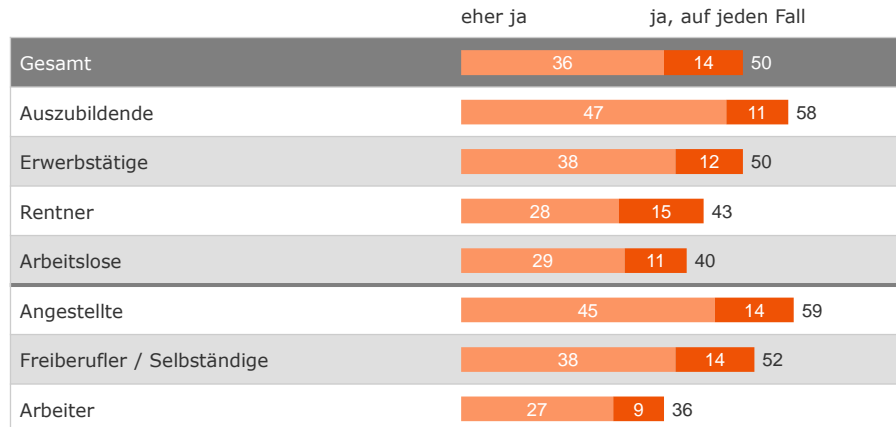
Neben Erkenntnissen zur Bereitschaft der hier lebenden Migranten, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, ist es auch spannend zu erfahren, wie Personen mit Migrationshintergrund der Aufnahme weiterer Zuwanderer in Deutschland gegenüberstehen. Hier zeigt sich ein geteiltes Meinungsbild. Nur 14 Prozent sprechen sich uneingeschränkt und gut ein Drittel (36%) tendenziell für mehr Zuwanderung nach Deutschland aus. Gut vier von Zehn lehnen mehr Zuwanderung nach Deutschland allerdings eher (29%) oder voll und ganz (13%) ab.



Besonders Arbeiter sind sehr viel häufiger als andere Migranten der Ansicht, dass Deutschland keine zusätzlichen Menschen aus dem Ausland aufnehmen sollte (+13%-Punkte im Vergleich zu Gesamt). Möglicherweise fühlen sie sich am meisten von anderen Zuwanderern bedroht, da für ihre Tätigkeit eine vergleichsweise geringe Qualifikation ausreicht. In ethnischer Hinsicht ist die Ablehnung gegenüber weiterer Zuwanderung bei den Türkischstämmigen am höchsten (+13%-Punkte), und damit in derjenigen Gruppe, die selbst am meisten Integrationsprobleme aufweist. Es wäre denkbar, dass auch sie eine weitere Verschlechterung ihrer eigenen Situation durch mehr Zuwanderung in die Bundesrepublik befürchten.

Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland

Befürwortung von mehr Zuwanderung nach Deutschland: nach Tätigkeit und Beruf



Frage 30: Sollte Deutschland generell mehr Zuwanderung zulassen? Würden Sie sagen...

Angaben in Prozent
Basis: Migranten in Deutschland ab 18 Jahren



TNS Infratest

Migrantenstudie 2014 | August 2014 | Rita Müller-Hilmer, Oliver Sartorius

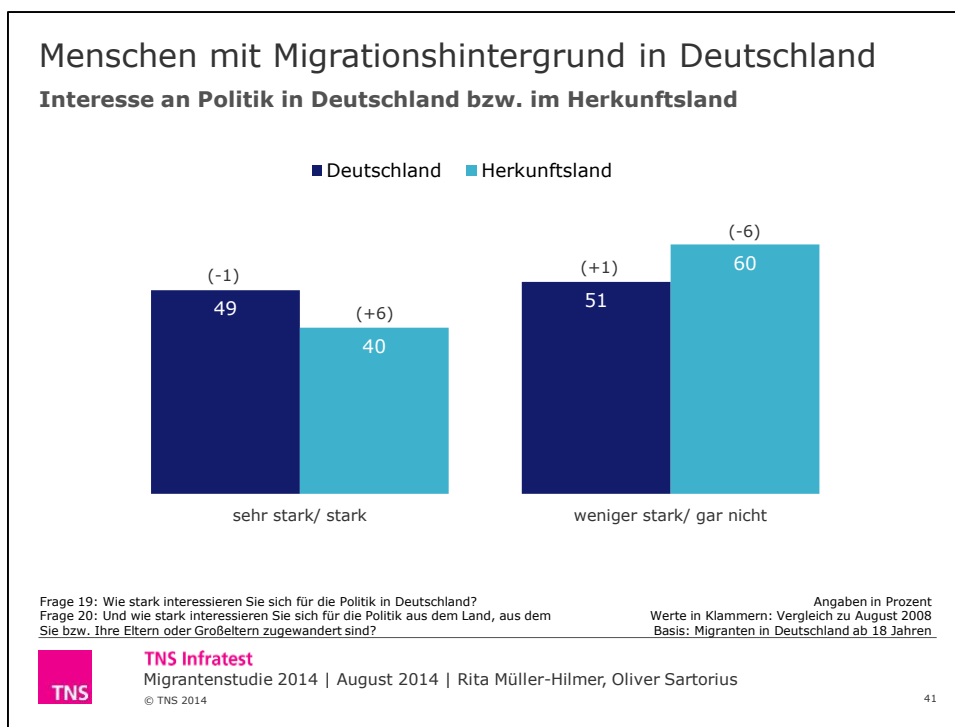
© TNS 2014

68

8 Politisches Interesse und politische Orientierung

8.1 Politisches Interesse

Das Interesse an der Politik in Deutschland und – im Vergleich dazu – im Herkunftsland kann als weiterer Gradmesser für die Bereitschaft gelten, am öffentlichen Leben in der (neuen) Heimat teilzuhaben.



Das Interesse der Migranten an der Politik in Deutschland ist wie auch schon 2008 relativ groß. Immerhin jeder Zweite ist entweder sehr stark (18%; +1%-Punkt) oder stark (31%; -2%-Punkte) an den politischen Geschehnissen hierzulande interessiert. In etwa genauso viele nehmen weniger stark (37%; +1%-Punkt) oder gar nicht (14%; +/-0%-Punkte) Notiz von der Politik in Deutschland. Damit ist ihr Interesse nur etwas geringer als in der deutschen Bevölkerung ab 18 Jahren¹⁵ – obwohl Migranten ohne deutsche Staatsbürgerschaft viele Möglichkeiten der politischen Teilhabe nicht besitzen. In den soziodemografischen Teilgruppen zeigen sich bei dieser Frage in etwa die gleichen Muster wie in der deutschen Bevölkerung: So sind ältere Migranten, Männer und Personen mit höherem formalen Bildungsniveau etwas stärker an Politik interessiert als Junge, Frauen und einfach Gebildete. Interessanterweise steigt das Interesse am politischen Betrieb in der (neuen) Heimat mit zunehmender Aufenthaltsdauer an: Nur ein Drittel (32%) derjenigen Migranten, die erst innerhalb des letzten Jahrzehnts nach Deutschland kamen, kann Interesse für die hiesige Politik aufbringen.

¹⁵ Laut ARD-DeutschlandTREND von Infratest dimap aus dem September 2013 interessieren sich 55 Prozent der Wahlberechtigten ab 18 Jahren entweder sehr stark oder stark für Politik.

Bei denjenigen, die schon seit 20 Jahren oder länger in der Bundesrepublik zuhause sind, zeigen dagegen 54 Prozent Interesse.

Der Politik im Herkunftsland wird im Vergleich zu 2008 deutlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt. So geben in dieser Befragung vier von zehn Migranten an, dass sie sich für die Politik in dem Land, aus dem sie bzw. ihre Eltern oder Großeltern zugewandert sind, sehr stark (17%; +5%-Punkte) oder stark (23%; +1%-Punkt) interessieren. Dass dieser Anstieg viel mit der aktuellen Situation im jeweiligen Herkunftsland zu tun haben könnte, zeigt der Blick auf die einzelnen Migrantengruppen. So fallen die Zuwächse bei Personengruppen besonders groß aus, die aus Ländern stammen, die auf Grund von ökonomischen oder politischen Krisen in den letzten Jahren im Fokus der internationalen Aufmerksamkeit standen. Das gilt zum einen für die südeuropäischen Krisenländer Italien (+7%-Punkte im Vergleich zu 2008) und vor allem Griechenland (+10%-Punkte), aber auch für Migranten aus den Ländern der Russischen Föderation bzw. der ehemaligen Sowjetunion (+9%-Punkte), die in Folge der während der Erhebung andauernden Ukraine-Krise wohl besonders für die Geschehnisse in ihren Herkunftsländern sensibilisiert waren. Sehr viel mehr Interesse an der Politik in der ehemaligen Heimat als noch vor sechs Jahren zeigen auch Migranten aus dem Mittleren Osten (+22%-Punkte), worunter neben Personen mit Wurzeln im Iran auch Menschen aus Afghanistan und Pakistan sind. Schließlich ist auch das Interesse der hier lebenden Türkischstämmigen an der Politik in der Türkei gestiegen (+16%-Punkte), was unter anderem am Wahlkampf zur Präsidentschaftswahl, der während der Erhebung stattfand und teilweise auch in Deutschland ausgetragen wurde, liegen könnte. Damit sind Migranten aus der Türkei die einzige Gruppe, die sich (während der Feldzeit) stärker für die Politik im Herkunftsland (60%) als für die Politik in Deutschland (44%) interessiert.

8.2 Politische Orientierung

Parteisympathie

Das relativ starke politische Interesse der Menschen mit Migrationshintergrund zeigt sich auch bei der Frage nach der Sympathie für deutsche Parteien. 72 Prozent der Befragten können eine Partei benennen, die ihnen am besten gefällt. Das sind im Vergleich zu 2008 noch mal drei Prozentpunkte mehr. Rund drei von Zehn gefällt dagegen entweder keine der Parteien in Deutschland (11%; -3%-Punkte) oder sie können bzw. wollen diese Frage nicht beantworten (17%; +/-0%-Punkte). Der Blick auf die Teilgruppen offenbart keine wesentlichen Unterschiede zur Vorgängerstudie. Nach wie vor sind es in erster Linie Personen mit schlechten Deutschkenntnissen (46%), Migranten, die nicht deutsche Staatsbürger werden wollen (37%) sowie Zuwanderer, die erst in den letzten zehn (40%) oder 20 Jahren (36%) nach Deutschland gekommen sind, die sich mit dieser Frage besonders schwer tun. Gleiches gilt in ähnlicher Weise für Personen ohne Schulabschluss, politisch Desinteressierte.

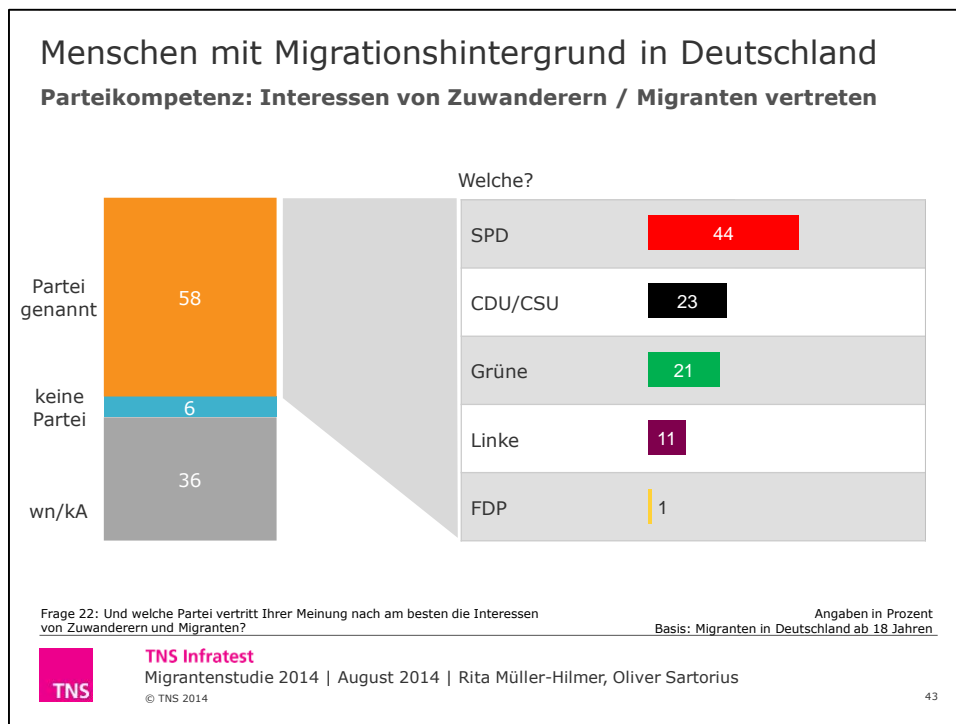
Von denjenigen, die eine Partei nennen, geben vier von Zehn (41%; -6%-Punkte) an, dass ihnen die SPD am besten gefalle. 34 Prozent (+1%-Punkt) bringen der Union am meisten Sympathie entgegen. Die Grünen werden von etwa jedem Zehnten präferiert (11%; +1%-Punkt), die Linke von 8 Prozent (+3%-Punkte). Die Liberalen spielen mittlerweile auch bei der parteipolitischen Orientierung von Migranten keine Rolle mehr (1%; -3%-Punkte). Jeweils zwei Prozent sagt die Alternative für Deutschland bzw. die Piratenpartei derzeit am meisten zu. Auch bei Migranten mit deutscher

Staatsangehörigkeit, die somit an Wahlen in Deutschland teilnehmen dürfen, fallen die Sympathiewerte für die einzelnen Parteien ähnlich aus.

Parteikompetenz: Interessen von Migranten vertreten

Diesmal wurde neben der generellen Parteiensympathie auch danach gefragt, welche Partei am besten die Interessen von Zuwanderern und Migranten vertritt. Die Ergebnisse dieser Frage unterscheiden sich zum Teil deutlich von denen der vorhergehenden. So können hier nur knapp sechs von Zehn (58%) eine Partei benennen. Jeder Siebzehnte (6%) sagt ganz bewusst, dass er dies keiner Partei in Deutschland zutraut. Besonders häufig sind Migranten ohne Schulabschluss dieser Ansicht. Mehr als ein Drittel (36%) kann oder will dazu keine Angaben machen.

In der Gruppe derjenigen Migranten, die eine Partei nennen, hat die SPD in integrations- und migrationspolitischen Fragestellungen klar die Kompetenzführerschaft. 44 Prozent trauen ihr in diesem Bereich am meisten zu. Jeweils gut ein Fünftel setzt am ehesten auf die Union (23%) oder die Grünen (21%). Etwa jeder Zehnte glaubt, dass die Linke sich am besten für die Belange von Zuwanderern einsetzt (11%). Damit schneiden die Sozialdemokraten, insbesondere aber die Grünen, bei der Kompetenzfrage wesentlich besser ab als bei der Sympathiefrage. Dies zeigt, dass sich die grundsätzliche Bewertung einer Partei nicht nur danach bemisst, inwiefern man ihr zutraut, die eigenen Interessen als in Deutschland lebender Migrant zu vertreten. Auch andere Einschätzungen und Wertvorstellungen (wie z.B. Religionszugehörigkeit) spielen dabei eine Rolle.

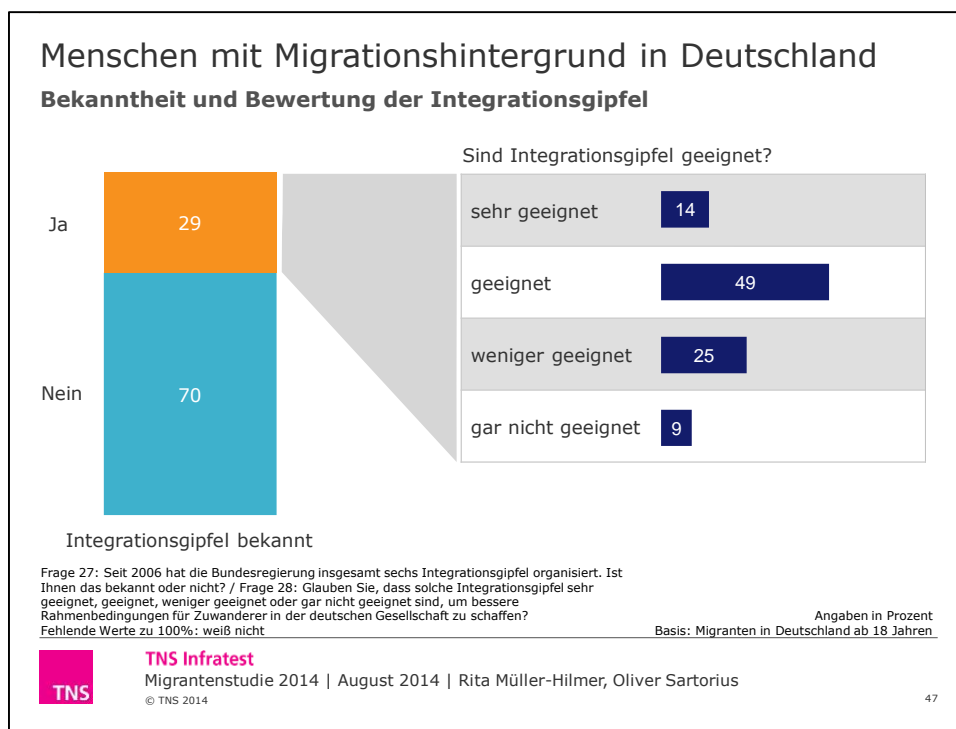


9 Integrationspolitische Initiativen der Bundesregierung

9.1 Bekanntheit und Bewertung der Integrationsgipfel

Ein zentrales Instrument der Integrationspolitik in Deutschland sind die seit 2006 stattfindenden Integrationsgipfel der Bundesregierung. Bisher haben sechs solcher Konferenzen stattgefunden, bei denen Repräsentanten von Politik, Medien und Gesellschaft mit Vertretern von Migranten ins Gespräch kommen und über Initiativen zur Verbesserung der Eingliederung von Migranten in die Gesellschaft beraten.

Gemessen an der großen Bedeutung dieser Veranstaltungen für die Integrationspolitik in Deutschland, fällt der Bekanntheitsgrad der Integrationsgipfel unter den Menschen mit Migrationshintergrund jedoch ernüchternd aus. Nur 29 Prozent der Zielgruppe geben an, dass ihnen diese Veranstaltungen bekannt sind. 70 Prozent haben davon noch nicht gehört. Wie zu erwarten, korreliert die Kenntnis von den Integrationsgipfeln stark mit dem politischen Interesse. Aber selbst unter denjenigen Migranten, die der Politik in Deutschland nach eigener Aussage sehr viel Aufmerksamkeit schenken, sind die Integrationsgipfel nur jedem Zweiten (51%) ein Begriff.

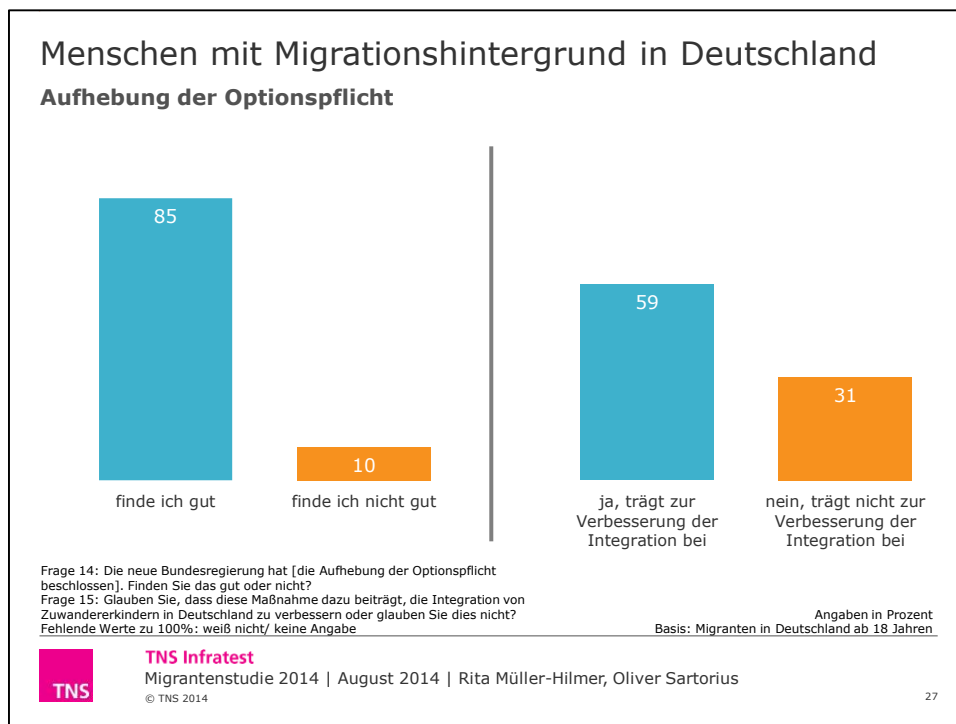


Diejenigen, die schon mal von den Integrationsgipfeln gehört haben, urteilen aber mehrheitlich positiv über die Veranstaltungen. Fast zwei Drittel halten diese Konferenzen entweder für geeignet (49%) oder sogar sehr geeignet (14%), um für bessere Rahmenbedingungen für Zuwanderer in Deutschland zu sorgen. Besonders wohlwollend fällt das Urteil der jungen Migranten im Alter zwischen 18 und 29 Jahren, von Frauen mit Migrationshintergrund und von Sympathisanten der CDU/CSU und der Grünen aus. Hier sind jeweils mindestens 70 Prozent der Ansicht, dass die Integrationsgipfel (sehr) geeignet sind.

Angesichts dieser positiven Bewertung sollte die Kommunikation über diese Veranstaltungen weiter verstärkt werden, um die Bekanntheit der Integrationsgipfel unter Migranten zu verbessern.

9.2 Wegfall der Optionspflicht

Das wichtigste integrationspolitische Vorhaben der amtierenden Bundesregierung ist die Abschaffung der Optionspflicht. In Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern dürfen künftig die deutsche und ausländische Staatsbürgerschaft behalten und müssen sich nicht mehr bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres für eine der beiden entscheiden. Dieser Beschluss der Großen Koalition stößt bei Menschen mit Migrationshintergrund auf breite Zustimmung: 85 Prozent finden das richtig, lediglich 10 Prozent halten nichts davon. Gerade diejenigen Personen, die von der Abschaffung der Optionspflicht häufig selbst unmittelbar betroffen sind, begrüßen die Neuregelung – also vor allem junge Befragte im Alter zwischen 18 und 29 Jahren sowie Menschen, die bereits in Deutschland geboren wurden (jeweils 90%). Dass die Abschaffung der Optionspflicht dem Lebensgefühl dieser Gruppe entspricht, wird auch dadurch belegt, dass sie sich nicht nur Deutschland stark verbunden fühlen, sondern auch dem Herkunftsland ihrer Eltern oder Großeltern (siehe Abschnitt 6.2).

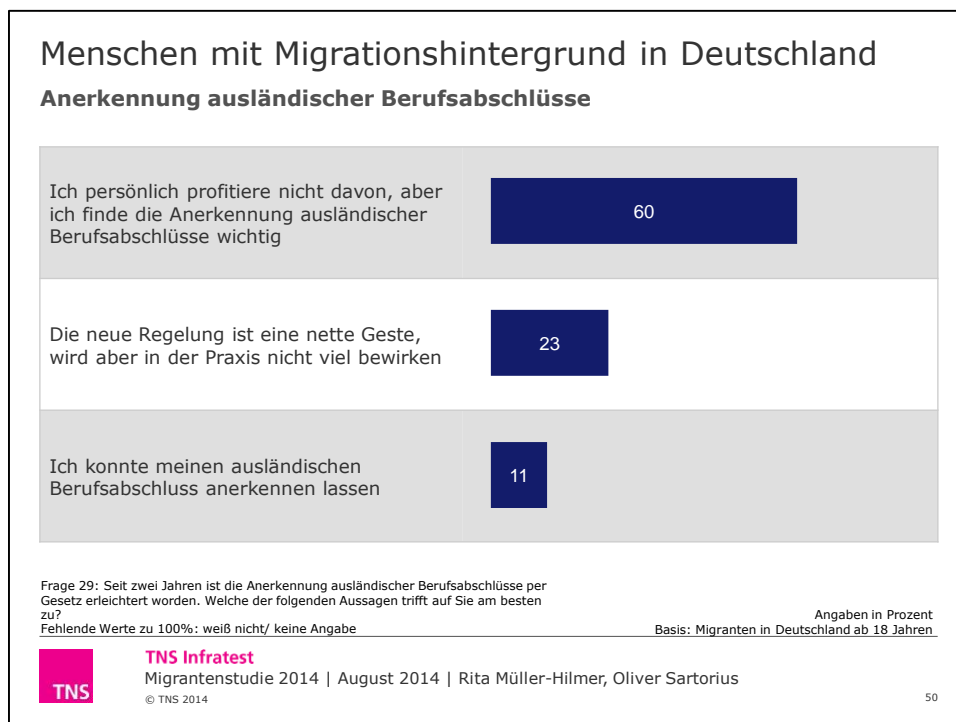


Wie aber wird die Wirkung dieser Maßnahme auf das Gelingen der Integration von Zuwandererkindern eingeschätzt? Hier fällt die Meinung der Befragten zwar etwas verhaltener aus, aber immerhin sechs von Zehn (59%) finden die Maßnahme nicht nur generell gut, sondern erwarten sich davon auch konkrete Verbesserungen für die Eingliederung von jungen Migranten in die deutsche Gesellschaft. Rund drei von Zehn (31%) glauben dagegen nicht, dass solch ein Effekt eintreten wird. In dieser Hinsicht bewerten gerade diejenigen Teilgruppen die Abschaffung der Optionspflicht als

besonders hilfreich, die selbst am meisten Integrationsprobleme haben: also Personen mit niedriger formaler Bildung (65%), Muslime (67%) und Türkischstämmige (66%). Dies kann insofern positiv gedeutet werden, als dass die Politik der Bundesregierung den Bedürfnissen dieser problematischen Gruppen entspricht und dadurch eine bessere Integration in die deutsche Gesellschaft befördert werden kann. Eine negative Interpretation könnte allerdings sein, dass diese Gruppen vergleichsweise integrationsunwillig und daher froh sind, ihre ausländische Staatsbürgerschaft nicht ablegen und sich ganz für Deutschland entscheiden zu müssen. Des Weiteren erhoffen sich Migranten, die die deutsche Staatsbürgerschaft anstreben (70%) sowie SPD-Anhänger (66%) überdurchschnittlich häufig Verbesserungen bei der Eingliederung von Zuwandererkindern von der Abschaffung der Optionspflicht.

9.3 Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

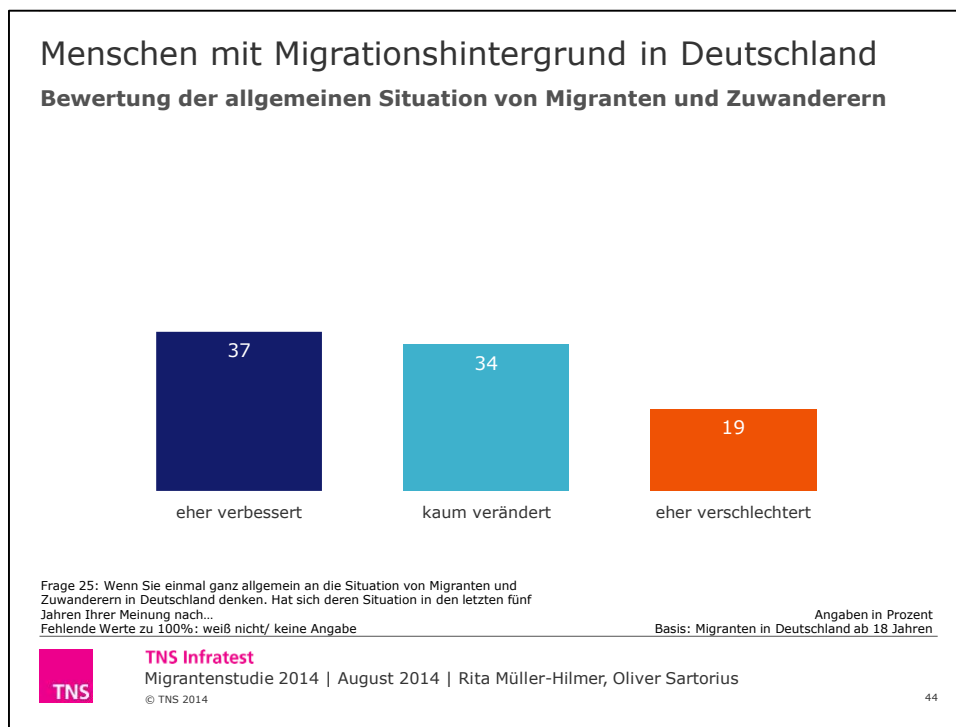
Noch unter der schwarz-gelben Bundesregierung ist vor zwei Jahren die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse erleichtert worden. Das Gesetz hat einige Hürden im deutschen Anerkennungsrecht beseitigt. Ein Großteil der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund sieht die leichtere Anerkennung von Berufsabschlüssen positiv. Jeder Zehnte (11%) gibt an, dass sein eigener ausländischer Berufsabschluss in Deutschland anerkannt wurde – wohl unabhängig davon, ob dies in den letzten zwei Jahren oder bereits früher erfolgte. Sechs von Zehn (60%) sehen für sich persönlich dadurch zwar keine Vorteile, finden die Anerkennung aber grundsätzlich wichtig. Knapp ein Viertel (23%) steht der neuen Regelung eher skeptisch gegenüber, weil man sich in der Praxis kaum Verbesserungen erwartet.



Vor allem Migranten, die erst im letzten Jahrzehnt nach Deutschland zugewandert sind, geben vergleichsweise häufig (19%) an, dass ihnen ihr ausländischer Berufsabschluss anerkannt wurde. Dies kann als Indiz dafür gelten, dass die neuen Regelungen hier tatsächlich zu einer Erleichterung der Anerkennung geführt haben. Auch die Berufsabschlüsse von Personen, die aus Polen (20%) oder Rumänien (30%) stammen, wurden überdurchschnittlich oft als gleichwertig zu einem deutschen bewertet. Türkischstämmige hingegen sehen darin besonders häufig nur eine nette Geste (35%).

9.4 Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung

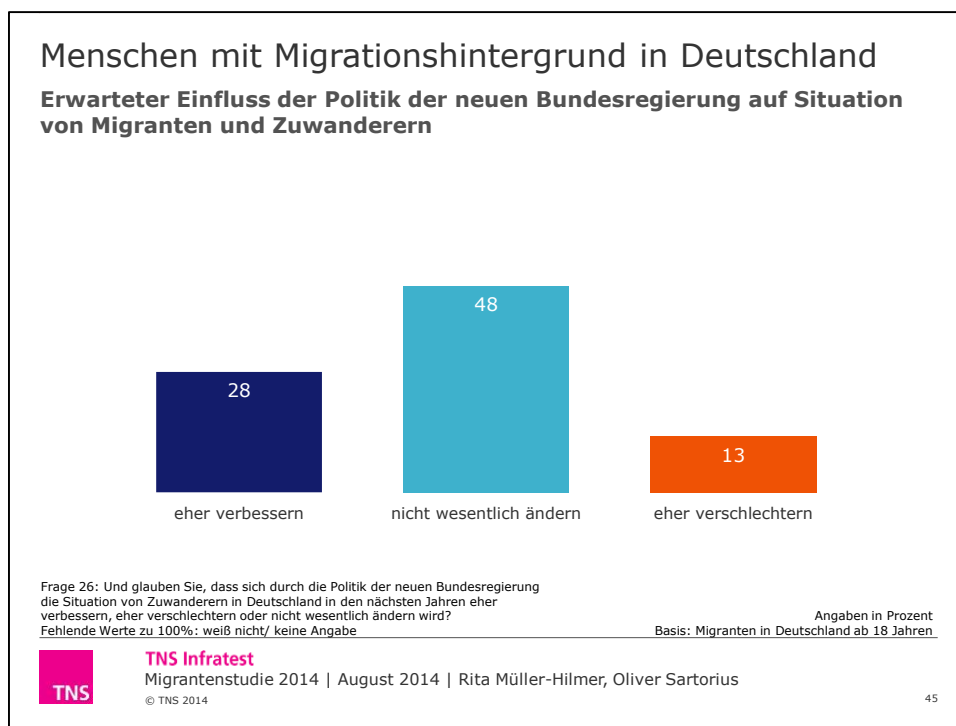
Die in Deutschland lebenden Migranten wurden danach gefragt, wie sich die allgemeine Situation von Menschen mit Migrationshintergrund in den letzten fünf Jahren verändert hat. Damit ist zum einen die Zeitspanne seit der letzten Erhebung umrissen. Zum anderen kann dies im Wesentlichen als Bewertung der Arbeit der letzten Legislaturperiode von 2009 bis 2013 interpretiert werden.



Das Fazit der Menschen mit Migrationshintergrund fällt alles in allem verhalten positiv aus. 37 Prozent sind der Ansicht, dass sich die Lage von Zuwanderern und Migranten in den letzten Jahren zum Besseren entwickelt habe, knapp jeder Fünfte stellt eine Verschlechterung fest (19%). Etwas mehr als ein Drittel (34%) kann keine wesentliche Änderung ausmachen. Die Bewertung fällt umso positiver aus, je höher das eigene Einkommen ist und je besser die eigenen Deutschkenntnisse eingeschätzt werden. Dies zeigt, dass die persönliche Zufriedenheit wohl auch Einfluss auf die Beurteilung der allgemeinen Entwicklung haben dürfte. Besonders häufig konstatieren darüber hinaus junge Migranten im Alter zwischen 18 und 29 Jahren (48%) und damit verbunden Auszubildende (55%) sowie in Deutschland Geborene (46%) Verbesserungen, was als gutes Zeichen für eine erfolgreiche Integration junger Migrantengenerationen in die deutsche Gesellschaft

interpretiert werden kann. Überdurchschnittlich kritisch fällt dagegen die Retrospektive bei türkischstämmigen Befragten aus. Hier geben 26 Prozent an, dass sich die Situation für Migranten eher verschlechtert habe.

Die seit Ende 2013 regierende Große Koalition aus CDU/CSU und SPD hat sich laut ihrem Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt, „die Willkommens- und Anerkennungskultur“ in Deutschland zu stärken, um Integration erfolgreich zu gestalten. Dennoch machen sich die hier lebenden Migranten nur vorsichtige Hoffnungen, dass sich ihre Situation in den nächsten Jahren verbessern wird. Gut ein Viertel (28%) zeigt sich optimistisch, dass die Politik der neuen Bundesregierung positive Auswirkungen auf die Lage der Zuwanderer haben wird. 13 Prozent befürchten eher eine Verschlechterung. Der größte Teil (48%) glaubt jedoch, dass auch die Politik der Großen Koalition nichts Wesentliches an der Lage der Migranten ändern wird.



Bei dieser Frage gibt es nur wenige nennenswerte Unterschiede zwischen Teilgruppen. Noch am zuversichtlichsten blicken Migranten in die Zukunft, die sich einbürgern lassen wollen (38%) oder erst in den letzten zehn Jahren nach Deutschland zugewandert sind (37%). Wenig überraschend erhoffen sich auch die Anhänger der Regierungsparteien Union (34%) und SPD (32%) etwas häufiger positive Veränderungen von der Politik der Bundesregierung.